

75 Jahre BDZ

1948 – 2023

Inhaltsverzeichnis

Grußworte

- 4 Grußwort von Bundesfinanzminister Christian Lindner
- 6 Grußwort des Bundesvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion Ulrich Silberbach
- 10 Grußwort des Bundesvorsitzenden des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Dieter Dewes

Die Bundesvorsitzenden im Porträt

- 14 Erich Dentler
- 15 Hans-Werner Devers
- 15 Rolf-Robert Wiethüchter
- 16 Richard Müller
- 17 Heinz Schulze
- 18 Ronald Hilgert
- 18 Klaus H. Leprich
- 19 Dieter Dewes

Chronologie –

Gewerkschaftsgeschichte im Zeitraffer

- 25 Das erste Jahrzehnt: Aufbau und erste Erfolge
- 31 Das zweite Jahrzehnt: Kontinuität und Fortschritt
- 36 Das dritte Jahrzehnt: Protest und Solidarität
- 43 Das vierte Jahrzehnt: Politischer Wechsel und europäische Öffnung
- 51 Das fünfte Jahrzehnt: Deutsche Einheit und Folgen des Schengener Abkommens
- 65 Das sechste Jahrzehnt: Grundlegende Strukturveränderungen
- 79 Das siebte Jahrzehnt: Die Strukturveränderungen werden fortgesetzt
- 93 Das achte Jahrzehnt: Die Corona-Pandemie erzwingt neue Wege in der Arbeitsgestaltung

Entwicklung des BDZ im Laufe der Jahrzehnte

- 102 Interview mit einem Gründungsmitglied
- 106 Der BDZ – die einzige echte Fachgewerkschaft
- 112 Die Bezirks- und Ortsverbände im BDZ
- 115 Gründung eines Bezirksverbands: Beispiel Westfalen

Prozesse und Ereignisse

- 120 Europäische Einigung
- 124 Deutsche Teilung, Wende und Wiedervereinigung
- 127 Gewalt gegen Zollbeamte

Interessenvertretung

- 134 Seniorenbereich: Altersversorgung sichern und Fürsorge verbessern
- 136 Jugend: Zukunft gewinnen
- 138 Frauenvertretung: Gleichberechtigung tatsächlich leben
- 140 Tarifbereich: Arbeitsplätze sichern und Lohngefüge verbessern

144 75 Jahre im Dienst der Mitglieder



Grußwort von Bundesfinanzminister Christian Lindner

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesfinanzverwaltung,
liebe Zöllnerinnen und Zöllner,

zu ihrem 75-jährigen Bestehen und der erfolgreichen Arbeit gratuliere ich der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft ganz herzlich. Bereits ein Dreivierteljahrhundert lang vertritt der BDZ als mitgliederstärkste Gewerkschaft in der Bundesfinanzverwaltung engagiert die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gestaltet die Verwaltungsgeschicke an entscheidenden Stellen mit.

Für die Bundesfinanzverwaltung und insbesondere für die Zöllnerinnen und Zöllner waren die vergangenen Jahrzehnte von einem stetigen Wandel geprägt. Manche Aufgaben sind weggefallen, viele neue kamen hinzu. Heute ist die Zollverwaltung eine moderne, leistungsfähige und starke Einheit, die sich um ein enorm breites und verantwortungsvolles Aufgabenspektrum kümmert.

Auch die Strukturen der Zollverwaltung wurden in dieser Zeit mehrfach angepasst. Für die persönlichen Fragen und Bedürfnisse der Beschäftigten war der

BDZ stets ein verlässlicher Gesprächspartner. Vertrauen und Respekt waren dabei immer die Grundlagen für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken.

Während der Corona-Pandemie haben viele Kolleginnen und Kollegen in allen Geschäftsbereichen bewiesen, wie gut die Bundesfinanzverwaltung selbst unter schwierigsten Bedingungen funktioniert. Auf Sie war und ist Verlass. Die aktuelle digitale Transformation bietet zahlreiche Chancen, die Prozesse neu zu gestalten, um auch in Zukunft unserer Verantwortung gerecht zu werden. Außerdem wollen wir als Bundesfinanzverwaltung ein attraktiver Arbeitgeber sein. Wir sollten also das Momentum nutzen und genau auf unsere Prozesse schauen, sie hinterfragen und verbessern.

Das Jahr 2022 markierte mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine einen tiefen Einschnitt auch in der deutschen Politik. Auf die notwendige politische wie ökonomische Zeitenwende hat die Finanzpolitik entschlossen reagiert. Deutschland hat im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft die internationale Hilfe für die Ukraine koordiniert, ein Sondervermögen zur Ertüchtigung der Bundeswehr auf den Weg gebracht, Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe umfassend entlastet und mit seinen europäischen Partnern Sanktionen gegen russische Banken und Oligarchen umgesetzt. Bei der Durchsetzung der Sanktionen leistet insbesondere die Zollverwaltung einen wesentlichen und wertvollen Beitrag. Auch bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Finanzkriminalität setzen wir auf die Expertise und die Erfahrung des Zolls.

Die Arbeit der Bundesfinanzverwaltung ist unverzichtbar für unser Land. Unsere gemeinsame Verantwortung ist ein starkes Fundament, um auch in Zukunft in vertrauensvoller Zusammenarbeit die notwendigen Entscheidungen treffen zu können und für die Beschäftigten zu guten Ergebnissen zu kommen.

Ich wünsche dem BDZ weiterhin die verdiente Wertschätzung für sein wichtiges Engagement und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Ihr

Christian Lindner
Bundesminister der Finanzen



Grußwort des Bundesvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion Ulrich Silberbach

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der BDZ ist seit 75 Jahren eine wichtige Stimme im dbb und einer der Motoren innerhalb der Bundesbeamtengewerkschaften.

Als größte Fachgewerkschaft für die Beschäftigten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen hat der BDZ für seine 25.000 Mitglieder viele Verbesserungen durchgesetzt. Dank der zahlreichen Orts- und Bezirksverbände weiß der BDZ genau, welche Probleme vor Ort eine Rolle spielen und angegangen werden müssen. Dieser Erfolg zeigt sich auch darin, dass der BDZ in den meisten örtlichen Personalvertretungen die bestimmende Kraft ist. Auf Bundesebene verfügt er zudem im Gesamtpersonalrat, Bezirkspersonalrat und Hauptpersonalrat über die absolute Mehrheit.

Das Motto des Gewerkschaftstages »75 Jahre BDZ – zielbewusst und zuverlässig für die Zoll- und Bundesverwaltung« ist sehr treffend gewählt. Den BDZ zeichnete immer ein zielbewusstes Vorgehen im Einsatz für seine gewerkschaftlichen Kernforderungen gegenüber der Politik und eine hohe Zuverlässigkeit gegenüber den Beschäftigten in der Zoll- und Bundesverwaltung aus.

Durch seine erfolgreiche Arbeit in den letzten 75 Jahren hat sich der BDZ Achtung erworben und Anerkennung verdient!

Der Gewerkschaftstag des BDZ findet in einer turbulenten und durch zahlreiche Krisen geprägten Zeit statt. Deutschland ist im Krisenmodus: Energieknappheit, steigende Preise, Rezession, atomare Gefahr – all das macht vielen Menschen große Sorgen und Angst. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat die Welt, wie wir sie kannten, von einem auf den anderen Tag auf den Kopf gestellt. Er hat nicht nur unermessliches Leid über die Menschen in der Ukraine gebracht, sondern auch enorme Auswirkungen auf unser Land und den öffentlichen Dienst. Die EU verhängte als Reaktion auf den Angriff zahlreiche Sanktionen gegen Russland. Diese richten sich unter anderem gegen den russischen Finanz-, Energie- und Transportsektor. Der Zoll spielt bei der Umsetzung der Sanktionen eine wichtige Rolle und leistet damit einen substantiellen Beitrag zur Krisenbewältigung. Allein dieses aktuelle Beispiel macht deutlich, welchen hohen Stellenwert der Zoll in der Sicherheitsarchitektur Deutschlands einnimmt. Mit seinen zahlreichen Aufgaben wie dem Kampf gegen Wirtschaftskriminalität, Schwarzarbeit, Zigarettenschmuggel und Geldwäsche sichert der Zoll das Gemeinwesen, sorgt für Sicherheit und fördert den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Um alle diese und weitere Aufgaben bewältigen zu können, muss der Zoll – genauso wie der gesamte öffentliche Dienst – gestärkt und massiv investiert werden. Der öffentliche Dienst wurde lange Zeit kaputtgespart, das rächt sich insbesondere in Krisenzeiten. Jetzt zahlt die Gesellschaft den Preis dafür, dass wir bei der Politik um jeden Euro und jede Stelle für den öffentlichen Dienst feilschen müssen. Nie war das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat geringer. Laut unserer dbb Bürgerbefragung 2022 sind nur noch 29 Prozent der Befragten der Meinung, der Staat sei handlungsfähig und könne seine Aufgaben erfüllen.

Der öffentliche Dienst steht vor enormen Herausforderungen angefangen bei einem eklatanten Investitionsstau der öffentlichen Infrastruktur über den demografischen Wandel bis zum Fachkräftemangel. Schon heute fehlen Bund, Ländern und Gemeinden 360.000 Beschäftigte. Doch das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange: Von den 5 Millionen Beschäftigten werden fast 1,3 Millionen in den nächsten 10 Jahren altersbedingt ausscheiden.

Die dramatische Personallage betrifft alle Bereiche des öffentlichen Dienstes und besonders auch den Zoll. Immer noch sind mehrere Tausend Stellen des Zolls unbesetzt. In den nächsten 15 Jahren werden etwa 40 Prozent der Beschäftigten des Zolls ruhestandsbedingt aus dem aktiven Dienst aussteigen und parallel wachsen noch die Aufgaben ständig. Die Politik ist mehr denn je gefordert, für eine aufgabengerechte Personalausstattung und für zukunftsgerichtete Aus- und Fortbildungskonzepte zu sorgen. Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und damit auch für seine Attraktivität für jüngeren Nachwuchs!

Entscheidend für die Attraktivität einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist natürlich auch eine angemessene und wettbewerbsfähige Bezahlung. Die Politik hat in kurzer Zeit 500 Milliarden Euro für Corona-Hilfen, Bundeswehr, Entlastungspakete und Gaspreisbremse mobilisiert. Vor diesem Hintergrund ist keinem mehr zu vermitteln, dass für deutliche Einkommenssteigerungen im öffentlichen Dienst kein Geld mehr da ist.

Wir stehen als dbb auch künftig als verlässlicher Ansprechpartner zur Verfügung und wollen den gesamten BDZ nach besten Kräften unterstützen, die dringend erforderlichen berufspolitischen Forderungen durchzusetzen.

In diesem Sinne wünsche ich im Namen des gesamten dbb beamtenbund und tarifunion dem BDZ einen erfolgreichen Verlauf des Gewerkschaftstages sowie gute und wegweisende Beratungen: für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst und eine starke Interessenvertretung - im Sinne der Kolleginnen und Kollegen!



Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender
dbb beamtenbund und tarifunion



Grußwort des Bundesvorsitzenden des BDZ Deutsche Zoll- und Finanz- gewerkschaft Dieter Dewes

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir feiern den 75. Geburtstag des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, der 1948 als Bund der Deutschen Zollbeamten gegründet wurde. Mit der vorliegenden Chronik zeichnen wir die Entwicklung des BDZ vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte nach, von der gewerkschaftlichen Aufbauphase im Westdeutschland der Nachkriegszeit über die Zeiten von gewerkschaftlichem Protest und Solidarität, die Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts und mehrstufige Erweiterung der EU mit ihren Auswirkungen auf die Beschäftigten der Zollverwaltung sowie die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit nach der deutschen Wiedervereinigung bis zur Bewältigung der Herausforderungen durch die strukturellen Veränderungen der Zollverwaltung in den letzten Jahren.

1948 legten die Gründungsmitglieder des BDZ den Grundstein für eine Solidargemeinschaft der Zöllnerinnen und Zöllner, die sich unter dem Dach des dbb

beamtenbund und tarifunion zur repräsentativen Fachgewerkschaft in der Bundesfinanzverwaltung für alle Beschäftigtengruppen entwickelte.

In der Chronik wird deutlich, wie der BDZ dabei immer wieder auf politische Veränderungen reagieren und neue Herausforderungen bewältigen musste und wie er sich durch die Zeiten des Wandels hindurch beharrlich und erfolgreich für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt hat.

Zentrale Voraussetzung für die kompetente und wirksame Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder sind die historisch gewachsenen Mehrheiten in den Personalräten auf allen Stufen. Nach Errichtung der Generalzolldirektion zum 1. Januar 2016 konnte der BDZ mit der Erlangung und Verteidigung der Mehrheiten im Hauptpersonalrat (HPR) beim Bundesministerium der Finanzen, dem Bezirkspersonalrat (BPR) und dem Gesamtpersonalrat (GPR) bei der Generalzolldirektion seine Bedeutung als einzige Fachgewerkschaft für den Zoll eindrucksvoll bestätigen.

Der Erfolg des BDZ ist das Ergebnis der unermüdlichen Arbeit unserer ehrenamtlich tätigen und solidarischen Mandatsträgerinnen und -träger, engagierten Personalratsmitglieder und weiteren Interessenvertreterinnen und -vertreter sowie unserer die Solidargemeinschaft unterstützenden Mitglieder. Ich bedanke mich bei diesen für ihr nachhaltiges Engagement für den BDZ.

Weitere wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Interessenvertretung des BDZ bildet das dichte politische Netzwerk bestehend aus der Zusammenarbeit mit dem dbb und seinen Bundesbeamten- und Bundesbeschäftigten-Gewerkschaften, der Kommunikation mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Verwaltung. Ich bedanke mich bei den Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung für die Zusammenarbeit und Gesprächsbereitschaft, die es immer wieder ermöglicht hat, gewerkschaftliche Forderungen zugunsten der Beschäftigten umzusetzen.

Der BDZ wird sich auch weiterhin neuen Herausforderungen stellen müssen. Jüngste Beispiele hierfür sind die Verschärfung der personellen Probleme durch den Brexit, die Corona-Pandemie mit ihren Folgen für die Digitalisierung der Verwaltung sowie die Herausforderung für die Zollverwaltung, die als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verhängten Sanktionen effektiv durchzusetzen. In einer sich ständig verändernden Welt werden wir uns weiterhin für die berechtigten Interessen unserer Mitglieder einsetzen.

Dieter Dewes
Bundesvorsitzender



Die Bundesvorsitzenden im Portät

Die Bundesvorsitzenden im Porträt

Erich Dentler (1948 bis 1958)



Erich Dentler prägte als Gründungsmitglied maßgeblich die ersten 10 Jahre des BDZ. Ab 1948 ist er Bundesvorsitzender des BDZ. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 wirkt er von Anfang an auf einen Zusammenschluss aller Zollbeamten hin, durch den die Zersplitterung in mehrere, nach Laufbahnen gegliederte Verbände beseitigt wird.

Erich Dentler ist 1882 in Löbau (Westpreußen) geboren und tritt 1904 beim Hauptzollamt Neustadt (Oberschlesien) in die Zollverwaltung ein. Er führt zu dieser Zeit die Amtsbezeichnung »Zoll-supernumerar«. Im Jahr 1912 legt er die Prüfung als »Oberzollkontrolleur« ab. Nach seiner Teilnahme am Ersten

Weltkrieg wird er von 1918 bis 1932 in mehreren Hauptzollämtern in Hamburg – unter anderem im Steueraufsichtsdienst, in Strafsachenangelegenheiten und in der Schiffsabfertigung – eingesetzt. Es folgt eine Tätigkeit als Vorsteher des Hauptzollamtes Wesermünde, dem heutigen Bremerhaven, ehe ihm ab 1936 Aufgaben bei der Oberfinanzdirektion übertragen werden.

Auf gewerkschaftliche Erfahrungen kann Erich Dentler aus der Zeit als Vorstandsmitglied beim Landesverband Schleswig des Bundes Deutscher technischer Zollbeamten zurückgreifen. An seine Tätigkeit als Schriftführer der »Zollwarte«, der Mitgliederzeitschrift dieses Verbandes, knüpft er als Herausgeber der ersten Ausgabe der Zeitschrift »Der Deutsche Zollbeamte« (ddz) 1948 an.

Als die Besatzungsmächte 1947 auch den Beamten das Koalitionsrecht zugestehen, ist Erich Dentler an der Gründung des Deutschen Beamtenbundes (dbb) beteiligt. Zusammen mit anderen Gründungsmitgliedern gelingt ihm der Aufbau des BDZ. Erich Dentler stirbt 1964.

Hans-Werner Devers (1958 bis 1960)

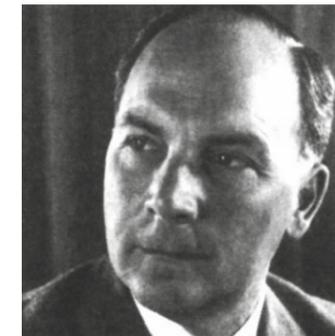


Hans-Werner Devers folgt Erich Dentler im Juli 1958 im Amt des Bundesvorsitzenden. Der 48-jährige Zolloberinspektor leitet die Geschicke der Gewerkschaft jedoch nur zwei Jahre bis zu seinem plötzlichen Tod 1960. Während seiner Amtszeit steigt die Zahl der Mitglieder auf über 32.000 Beschäftigte an.

Hans-Werner Devers kehrt erst 1949 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück. Der gebürtige Berliner, der die Ausbildung zum Zollinspektor noch vor Beginn des Zweiten Weltkrieges absolviert hat, nimmt 1950 seinen Dienst bei der Oberfinanzdirektion Hamburg auf.

Hans-Werner Devers engagiert sich vor seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden als Vorsitzender eines Ortsverbands und führt dessen Geschäfte. Auf der Basis seiner gewerkschaftlichen Erfahrungen übernimmt er nach 10-jährigem Bestehen des BDZ ein noch junges Erbe. Sein plötzlicher Tod im Jahre 1960 lässt ihm keine Gelegenheit, den BDZ über die zweijährige Amtszeit hinaus nachhaltig zu prägen.

Rolf-Robert Wiethüchter (1960 bis 1973)



Nach dem Tod von Hans-Werner Devers wählt der Bundeshauptvorstand im Oktober 1960 Rolf-Robert Wiethüchter zum Bundesvorsitzenden des BDZ. Er wird 1961 von der Bundeshauptversammlung, die in Bremerhaven tagt, bestätigt. An den gewerkschaftlichen Erfolgen der 1960er Jahre hat er entscheidenden Anteil.

Rolf-Robert Wiethüchter, 1912 in Hamburg geboren, tritt 1930 bei der Oberfinanzdirektion Hamburg in den Dienst der Zollverwaltung ein. Während seiner Ausbildung zum Zollinspektor lernt er die Zollverwaltung unter anderem in Kiel, Cuxhaven und an der deutsch-niederländischen Grenze kennen, ehe er zum Wehrdienst eingezogen und 1940 an das damalige Oberfinanzpräsidium Prag versetzt wird. Nach seiner Flucht im August 1945 wird er nach Tätigkeiten bei mehreren Hauptzollämtern 1958 zum Regierungsrat befördert.

Rolf-Robert Wiethüchter setzt sich schon 1946 durch seine Teilnahme an Verhandlungen mit der britischen Militärregierung für eine gewerkschaftliche Organisation der Beamten ein. Als Mitbegründer des BDZ wirkt er wesent-

lich an der Vereinigung von Zollbeamten aller Laufbahnen in einer Gewerkschaft mit.

Unter der Regie von Rolf-Robert Wietühchter feiert der BDZ 1968 im Beisein von Bundesfinanzminister Franz-Josef Strauß sein 20-jähriges Bestehen. Die Bundeshauptversammlung in Hamburg wählt ihn 1973 zum Ehrenvorsitzenden auf Bundesebene. Dem Präsidium der Union des Finanzpersonals in Europa gehört er von 1964 bis 1973 als kooptiertes Mitglied an. Bis zu seinem Tod im Jahr 2007 nimmt er interessiert an der Arbeit des BDZ teil und bleibt der Gewerkschaft eng verbunden.

Richard Müller (1973 bis 1993)



Richard Müller steht 20 Jahre an der Spitze des BDZ. 1928 geboren, erlebt er den Kriegsdienst mit Gefangenschaft. Nach dem Abitur absolviert er die Ausbildung zum Zollinspektor. Während seiner zöllnerischen Tätigkeit wird er auf insgesamt acht Dienstposten, zuletzt als Leiter des Binnenzollamtes Idar-Oberstein, eingesetzt.

Ende der 1950er Jahre ist der berufliche Werdegang Müllers von gewerkschaftlichem Engagement und Per-

sonalratsarbeit gekennzeichnet. Seit 1960 gehört er im Bereich der Oberfinanzdirektion Koblenz den Personalvertretungen auf Orts- sowie auf Ebene der Mittelbehörde an – auch als deren Vorsitzender.

1959 wird Richard Müller Vorsitzender des Ortsverbandes Trier. Ab 1963 gehört er dem Vorstand des Bezirksverbandes Rheinland-Pfalz an. 1973 wird er zum Bundesvorsitzenden gewählt. Ab diesem Zeitpunkt ist er auch Mitglied des Präsidiums der UFE, deren Präsident er von 1980 bis 1996 ist. In dieser Funktion macht er sich in hohem Maß um das europäische Zoll- und Steuerpersonal verdient. Aufgrund seiner fundierten Fachkenntnisse arbeitet er zum Ende seiner Amtszeit hin im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Kommission der Europäischen Gemeinschaft mit. Darüber hinaus hatte er eine beratende Stimme im Ausschuss für Zollfragen. Die dbb-Kommission für Besoldung und Versorgung wählte ihn zu ihrem Vorsitzenden.

In die Amtszeit von Richard Müller fällt auch die Wiedervereinigung Deutschlands. Es gelingt ihm, mit der neu gegründeten Zollgewerkschaft der DDR (GdZ) eine Kooperation zu vereinbaren, die im September 1990 zu einer Verschmelzung der beiden Organisationen innerhalb des BDZ führt.

Für sein vielfältiges Engagement wird Richard Müller 1988 mit dem Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Der Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg würdigt 1992 seine freundschaftliche Verbundenheit mit den

Luxemburger Zöllnern mit den Insignien eines Offiziers des luxemburgischen Verdienstordens. Seine gewerkschaftlichen Verdienste finden 1993 ihre Anerkennung in der Wahl zum Ehrenvorsitzenden auf Bundesebene durch die Bundeshauptversammlung. Auch die UFE ernennt ihn zu ihrem Ehrenpräsidenten. Richard Müller stirbt im Jahr 2000.

Heinz Schulze (1993 bis 2000)



Für Heinz Schulze stehen die gewerkschaftlichen Aufgaben im Zusammenhang mit dem europäischen Einigungsprozess und der deutschen Wiedervereinigung im Mittelpunkt seiner Tätigkeit als Bundesvorsitzender.

1939 in Hamburg geboren, tritt er nach dem Abitur im Jahr 1958 in den gehobenen Zolldienst ein. Nach der Laufbahnprüfung ist er in der Zollabfertigung und als Sachbearbeiter in verschiedenen Bereichen der Zollverwaltung – zuletzt als Abfertigungsleiter – tätig.

Heinz Schulze wird 1958 Mitglied im BDZ und gehört von 1968 bis 1970 dem Vorstand des Ortsverbandes Hamburg-Ericus an. Für seine hauptamt-

liche Tätigkeit als Schriftleiter der ddz in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn sammelt er während eines Praktikums bei einem Presseverlag und als Pressesachbearbeiter bei der Oberfinanzdirektion Hamburg wichtige Erfahrungen. Dieses Wahlamt hat er von 1971 bis 1993 inne.

1997 wird Heinz Schulze in den Bundespersonalausschuss beim Bundesministerium des Innern berufen. Von 1998 bis 2000 vertritt er in Brüssel als Vorsitzender des Zollausschusses der Europäischen Union der unabhängigen Gewerkschaften (CESI) die Interessen der Zöllnerinnen und Zöllner in Europa. Als kooptiertes Präsidiumsmitglied steht Heinz Schulze von 1999 bis 2000 auch an der Spitze der UFE.

Heinz Schulze setzt den Kurs seiner Vorgänger konsequent fort. Er hat wesentlichen Anteil an der sozialverträglichen Gestaltung der einschneidenden Folgen des Wegfalls der Grenzkontrollen im Zuge des Schengener Abkommens und der innerdeutschen Grenze nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Nachhaltig setzt er sich für den Aufbau tragfähiger gewerkschaftlicher Strukturen in den neuen Ländern ein. In seine Amtszeit fallen die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und die Strukturveränderungen der Bundesfinanzverwaltung mit der Straffung der Mittelbehörden.

Heinz Schulze schafft die Voraussetzungen für die Sitzverlagerung des BDZ in die Bundeshauptstadt Berlin. Für sein Wirken wird er 1999 mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Im Jahr 2000 tritt Heinz Schulze aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt als Bundesvorsitzender des BDZ zurück. Er stirbt im Jahr 2007.

Ronald Hilgert (2000 bis 2001)



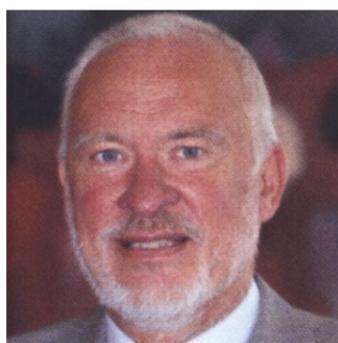
Nach dem Rücktritt von Heinz Schulze überträgt der Bundeshauptvorstand dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ronald Hilgert im September 2000 kommissarisch den Bundesvorsitz. Er gestaltet den Übergang zu der vorgezogenen Bundeshauptversammlung im März 2001 in Potsdam und führt den BDZ in schwieriger Zeit ausgleichend und besonnen.

Ronald Hilgert, im Juni 1943 geboren, tritt 1970 in den BDZ ein und engagiert sich über 16 Jahre lang als Vorsitzender des damaligen Bezirksverbands Bremen. Zwei Jahrzehnte ist er als stellvertretender Vorsitzender Mitglied der Bundesleitung. Von 2005 bis 2014 leitet er den Ständigen Ausschuss Senioren. Im Rahmen des Gewerkschaftstages 2014 in Magdeburg wurde Ronald Hilgert zum Ehrenmitglied ernannt.

In den Jahren 2001 bis 2010 ist Ronald Hilgert für den BDZ im Bundeshaupt-

vorstand sowie im Ausschuss Personalvertretungsrecht beim dbb tätig. Darüber hinaus ist er seit 1988 ehrenamtlicher Richter beim Bundesdisziplinargericht und später ehrenamtlicher Richter in der Fachkammer für Personalvertretungssachen beim Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht in Bremen.

Klaus Hilger Leprich (2001 bis 2014)



Klaus Hilger Leprich stand seit seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden 2001 bis zum Jahr 2014 an der Spitze des BDZ.

1945 geboren, tritt er nach einer Maurerlehre 1967 beim Hauptzollamt Lüneburg in den mittleren Grenzzolldienst ein.

In den ersten Jahren wird er als Hundeführer und als Steueraufsichtsbeamter eingesetzt. 1973 beginnt er den Aufstieg in den gehobenen Dienst. Nach der Laufbahnprüfung ist er beim Zollfahndungsamt Hannover, Zweigstelle Nordhorn und ab 1978 beim heutigen Zollkriminalamt als hauptamtlich Lehrender sowie nach universitärem Studium als Schriftsachverständiger für forensische Schriftuntersuchung tätig.

Schon seit 1968 engagiert sich Klaus Hilger Leprich im BDZ, unter anderem als Vorsitzender des Ortsverbands beim damaligen Zollkriminalinstitut und in verschiedenen Personalvertretungen bis hin zum Vorsitzenden des Hauptpersonalrates beim Bundesministerium der Finanzen.

Er ist ehrenamtlicher Richter in der Fachkammer Personalvertretungsrecht beim Verwaltungsgericht Köln und beim Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in Münster.

Im Jahr 2001 wird Klaus Hilger Leprich von der Bundeshauptversammlung in Potsdam zum Bundesvorsitzenden gewählt – und von der Bundeshauptversammlung 2005 in Nürnberg mit eindrucksvoller Mehrheit im Amt bestätigt. Mit der Umbenennung in Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft öffnet sich der BDZ für alle Beschäftigten der Bundesfinanzverwaltung im Sinne einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung und Modernisierung der Gewerkschaftsarbeit.

Klaus Hilger Leprich setzt Schwerpunkte bei der Gestaltung gewerkschaftspolitischer Grundsatzfragen innerhalb der Gremien des dbb. Er gehört dem Bundesvorstand und dem Bundeshauptvorstand des dbb an und ist seit 2007 Sprecher der dbb-Bundesbeamtengewerkschaften. Akzente setzt er auch in den dbb-Kommissionen »Organisationsfragen und Satzung« und »Innere Sicherheit«.

2007 wird Klaus Hilger Leprich in den Bundespersonalausschuss des Bundesministeriums des Innern berufen. In der europäischen Gewerkschafts-

politik knüpft er an das Engagement seiner Vorgänger an. Er ist Vizepräsident der UFE und Mitglied des Zollausschusses.

In seine Amtszeit fällt die Verlegung der Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin im Jahr 2001.

Für seine Verdienste wird Klaus Hilger Leprich 2004 mit dem Bundesverdienstorden am Bande ausgezeichnet.

Dieter Dewes (2014 bis 2023)



Dieter Dewes wird mit eindrucksvoller Mehrheit auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag 2014 in Magdeburg zum neuen Bundesvorsitzenden des BDZ gewählt. 2019 wird er auf dem 31. Gewerkschaftstag von den Delegierten in diesem Amt bestätigt.

Entsprechend seiner Antrittsrede im Januar 2014 achtet er stets auf eine enge Vernetzung von Gewerkschaft und Personalvertretungen und pflegt den intensiven Dialog mit der Politik. Die engen Kontakte zu den Abgeordneten und den Institutionen des Deutschen Bundestages werden von Dieter Dewes kontinuierlich ausgebaut und vertieft. Die eindrucksvollen Er-

folge dieser Arbeit lassen sich nicht zuletzt an den Personalübersichten der Bundeshaushalte ablesen.

Nach acht Jahren Wehrdienst bei der Bundesmarine tritt Dieter Dewes – Jahrgang 1955 – im Jahr 1983 als Zollanwärter in den mittleren Grenzzolldienst ein und steigt nach bestandener Laufbahnprüfung in den gehobenen Dienst auf.

Von 1988 bis 2002 ist er Vorsitzender des örtlichen Personalrats beim damaligen Hauptzollamt Saarlouis und von 2002 bis 2004 beim Hauptzollamt Saarbrücken. 1998 wird er Mitglied des Bezirkspersonalrats bei den damaligen Oberfinanzdirektionen Saarbrücken und Koblenz.

Dem Hauptpersonalrat beim Bundesfinanzministerium gehört Dewes von 1996 bis 2020 an. Er übernimmt 2003 das Amt des Vorsitzenden, in dem er bei den Personalratswahlen in den Jahren 2004, 2008, 2012 und 2016 bestätigt wird.

Ab 1990 ist er Vorsitzender des Ortsverbands Saarlouis und von 1999 bis 2009 Vorsitzender des Bezirksverbands Saarland. In der Zeit von 2001 bis 2014 ist er als stellvertretender Bundesvorsitzender Mitglied der Bundesleitung.

Nachhaltig und in Tradition seiner Vorgänger engagiert sich Dieter Dewes auch im dbb. Er ist Mitglied im Bundesvorstand, Vorsitzender der Bundesbeamtenkommission, Sprecher der Vorsitzenden der Bundesbeamtengewerkschaften, Mitglied der dbb-Grundsatzkommissionen »Haushalts-

und Finanzfragen«, »Innere Sicherheit« sowie »Organisationsfragen und Satzung«. Darüber hinaus gehörte er während seiner beruflichen Tätigkeit dem Bundespersonalausschuss an.

Dieter Dewes kandidiert auf dem 32. Gewerkschaftstag im April 2023 nicht mehr für das Amt des Bundesvorsitzenden.



Chronologie – Gewerkschaftsgeschichte im Zeitraffer

Chronologie – Gewerkschaftsgeschichte im Zeitraffer

Nachdem Erich Dentler, Mitbegründer der Deutschen Beamten-Gewerkschaft, einem Vorläufer des Deutschen Beamtenbunds (dbb), in der am 15. Oktober 1947 stattfindenden Sitzung des Ausschusses zur Vereinigung Hamburger Zollbeamten aufgerufen hatte, folgen die Gründungsmitglieder dem Aufruf zur konstituierenden Gründungsversammlung am 20. Januar 1948.

Der Gründungsbeschluss wird auf dem Hotelschiff »Daressalam« in Hamburg gefasst. Mehr als 700 Zollbeamte gründen den Bund der Deutschen Zollbeamten als eine Notgemeinschaft. Es ist die Zeit der Militärregierungen und der Demontagen, des Hungers, der Wohnungsnot und des Mangels.

Die Reichsfinanzverwaltung war nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs zerschlagen. Nachdem die Gewerkschaften in der NS-Zeit gleichgeschaltet wurden und eine freie Betätigung von Verbänden und Gewerkschaften in der Zeit von 1933 bis 1945 unterbunden wurde, bietet sich mit der sogenannten »Stunde Null« allmählich

die Chance zu einem gewerkschaftlichen Neuanfang.

Die Gründer im Westen Deutschlands können an die Erfahrungen in der Weimarer Republik anknüpfen und die neue Gewerkschaft in der sich gründenden Bundesrepublik formen. Im Osten Deutschlands wird es noch über 40 Jahre dauern, ehe eine freie gewerkschaftliche Betätigung wieder möglich wird.

Mit seiner Gründung wird der BDZ zugleich die erste Fachgruppe der Deutschen Beamten-Gewerkschaft, eine Vorläuferin des später wieder gegründeten dbb. Erheblichen Vorbehalten zum Trotz genehmigt die britische Militärregierung Ende 1947 den Antrag von zwölf Beamten aus Hamburg, darunter vier Zollbeamte, eine gemeinsame Beamten-Gewerkschaft zu gründen.

Das erste Jahrzehnt: Aufbau und erste Erfolge

1948

Am 20. Januar 1948 findet die Gründungsversammlung des BDZ als Bund der Deutschen Zollbeamten in Hamburg statt, an der über 700 Zollbeamte teilnehmen.

Am 14. Dezember 1948 entsteht der BDZ unter der Dachorganisation der Gewerkschaft dbb als Zusammenschluss der in den Oberfinanzbezirken der britischen Zone bereits bestehenden Gliederungen des BDZ.

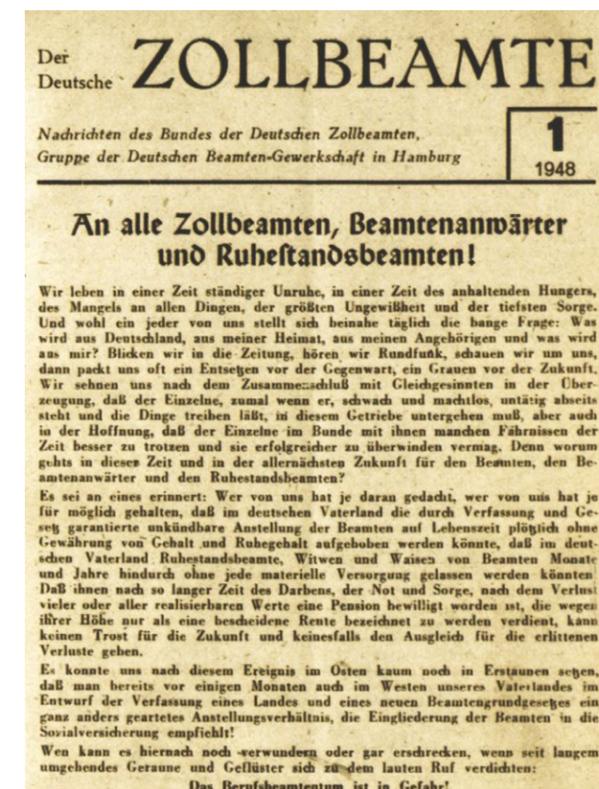
Erich Dentler wird zum ersten Bundesvorsitzenden des BDZ gewählt.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg verleiht die Lizenz für die BDZ-Zeitschrift »Der Deutsche Zollbeamte« (ddz). Die erste Ausgabe erscheint im März 1948.

In den ersten Ausgaben der ddz ist nachlesbar, wie schnell der Appell Erich Dentlers umgesetzt wird, Ortsverbände zu gründen und Bezirksverbände organisatorisch und rechtlich zu konstituieren.

1949

Die neue Gewerkschaft bekennt sich zur Erhaltung des Berufsbeamtentums auf öffentlich-rechtlicher Grundlage.



Die erste Ausgabe der Zeitschrift »Der Deutsche Zollbeamte« (ddz)

In der ersten Sitzung des neuen Gesamtvorstands werden Leitsätze zum Zollgrenzdienst beschlossen. Darin wird die Wiedereinführung der Grenzdienstzulage als vordringliche Aufgabe bezeichnet. Eine Kernforderung sieht der Vorstand in einer den gestiegenen Anforderungen gerecht werdenden Dienstpostenbewertung.

Bundesweit werden Bezirks- und Ortsverbände des BDZ gegründet.

1950

Nach dem Willen des BDZ soll eine umfassende Neuregelung der Besoldung und Versorgung eine ausreichende soziale Stellung sichern. Erst



Bundeshauptversammlung in München (1950), Bundesfinanzminister Schäffer (links) und Bundesvorsitzender Dentler (rechts)

1951 stellt das Bundesministerium des Innern (BMI) die »Gewährung eines angemessenen Lebensstandards« in Aussicht.

Der BDZ appelliert an das Bundesministerium der Finanzen (BMF), die Mittel für Beihilfen in Notfällen deutlich zu erhöhen.

Die 1. Bundeshauptversammlung in München verabschiedet die Satzung des BDZ. Erich Dentler wird als Bundesvorsitzender bestätigt.

1951

Der BDZ würdigt die Leistung der Zöllnerinnen und Zöllner bei der Umstellung vom bisherigen System der spezifischen Zölle zur Einführung der Wertzollordnung.

Die 2. Bundeshauptversammlung in Stuttgart-Bad Cannstatt beschließt einen umfangreichen Forderungskatalog:

- Sofortige Angleichung der Gehälter und Versorgungsbezüge an die gestiegenen Lebenshaltungskosten
- Verbesserung der Dienstpostenbewertung
- deutliche Erhöhung der Nachdienstzulagen
- Anrechnung von Zeiten der Nichtbeschäftigung im öffentlichen Dienst auf das Besoldungsdienstalter
- Beseitigung der Lohnsteuerpflicht für die Grenzzulage

1952



Bundesgeschäftsstelle in Hamburg (von 1950 bis 1973)

Im Entwurf des Personalvertretungsgesetzes vorgesehene Mitbestimmungsrechte bleiben hinter den Forderungen des BDZ zurück.

Die angespannte Personalsituation im inneren Dienst erfordert die Bewilligung zusätzlicher Planstellen.

Aufbau von Auslandsbeziehungen: Eine Gruppe von 40 schwedischen Zollbeamten besucht auf Einladung des Bezirksverbands Hamburg die Hansestadt.

Die 3. Bundeshauptversammlung in Niederlahnstein bekennt sich zum Ziel der deutschen Wiedervereinigung.

Als Nachfolgerin der »Zollkriminalwissenschaftlichen Abteilung« wird das Zollkriminalamt gegründet.

1953



Der Bundesvorstand vor dem Brandenburger Tor in Berlin in den 50er Jahren

Die Mitgliederzahl des BDZ erreicht die 30.000-Grenze.

Der BDZ mahnt, die Beratungen über das neue Personalvertretungsgesetz voranzutreiben.

Die in Hamburg stattfindende 4. Bundeshauptversammlung bewertet die erreichte Gleichbehandlung von Besoldungs- und Versorgungsempfängern als BDZ-Erfolg.

BDZ und dbb erreichen spürbare Gehaltsverbesserungen:

- 20-prozentige Zulage zum Grundgehalt
- Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses
- Staffelung des Kinderzuschlags nach Lebensalter



Bundeshauptversammlung in Hamburg (1953)

1954

Die 5. Bundeshauptversammlung in Berlin verabschiedet eine Resolution über die »widernatürliche Spaltung dieser Stadt«. Gefordert wird die Klärung der Rechtsverhältnisse der Zollbeamten im Westteil Berlins.

Das neue Bundesbeamtengesetz beseitigt noch nicht die seit Jahren bestehende Rechtsunsicherheit in der Frage der Vorbildung.

Die BDZ-Forderung nach einer grundlegenden Neubewertung der Dienstposten scheidet vorerst am Widerstand des BMF.

Der Bundesvorstand führt mit dem Bundesministerium für Verkehr Verhandlungen über Belange der Wasserzollbeamten.

Der BDZ weist die Kritik von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard an Leibesvisitationen bei Grenzübertritten durch den Zoll zurück.

1955

Die 6. Bundeshauptversammlung in Düsseldorf beklagt die »bedrückende Beförderungslage«. Insbesondere im gehobenen Zolldienst stagniert das Beförderungsgeschehen.

Die Zunahme des Reiseverkehrs führt bei zahlreichen Grenzzollämtern zu erheblichen personellen Engpässen.

Das Personalvertretungsgesetz tritt in Kraft. Das Regelungswerk bleibt Gegenstand harter Kontroversen in den Gewerkschaften des dbb.

Der Bundesvorstand des BDZ spricht sich einstimmig gegen Verschlechterungen der Beihilfeleistungen aus.

1956



Der Zollkreuzer »Hamburg« sticht in See

Die in Bad Harzburg stattfindende 7. Bundeshauptversammlung zieht in der Frage der Neuregelung der Beamtenbesoldung eine vernichtende Bilanz. Das gilt insbesondere für das Besoldungsniveau. Die Festlegung der Grundgehälter auf 155 Prozent des Niveaus von 1927 wird als unzureichend abgelehnt.

Der BDZ fordert für den Grenzaufsichtsdienst günstigere Nachtzeitregelungen und die Einführung einer Zehrzulage. Die Nachtdienstzulage in Höhe von je 0,20 DM pro Stunde für die Zeit von 22 bis 6 Uhr wird als zu niedrig angesehen.

Bei der ersten Wahl des Hauptpersonalrats beim BMF erringt der BDZ 16 von 20 Beamtensitzen. In den Personalratswahlen der folgenden Jahrzehnte bleibt der BDZ die dominierende Kraft.

dbb und BDZ ergreifen die Initiative mit dem Ziel der »stufenweisen Abkehr von der nicht mehr zeitgemäßen 48-Stunden-Woche«.

Ein Jahr vor der Eingliederung des Saargebiets in die Bundesrepublik Deutschland wird der Bezirksverband Saar gegründet. Zöllner, die im saarländischen Verbrauchsteuerdienst tätig sind, nehmen an der Gründungsversammlung in Saarbrücken teil.

1957

Der BDZ legt allen im Bundestag vertretenen Parteien detaillierte Vorschläge zur Eingliederung der Zollbeamten in die Besoldungsordnung vor.

Die 8. Bundeshauptversammlung in Kiel befasst sich mit der Verwirklichung einer europäischen Zollunion.

Europäische Gewerkschaftskontakte: Zollbeamte aus Österreich besuchen ihre Kollegen in Hamburg und Cuxhaven.

Im BDZ sind inzwischen mehr als 90 Prozent der Zollbeamten organisiert.

Der BDZ fordert gegenüber dem BMF erneut die Gewährung einer Weihnachtsgewährung.

1958

Der Mitgliederbestand des BDZ steigt auf über 32.000.

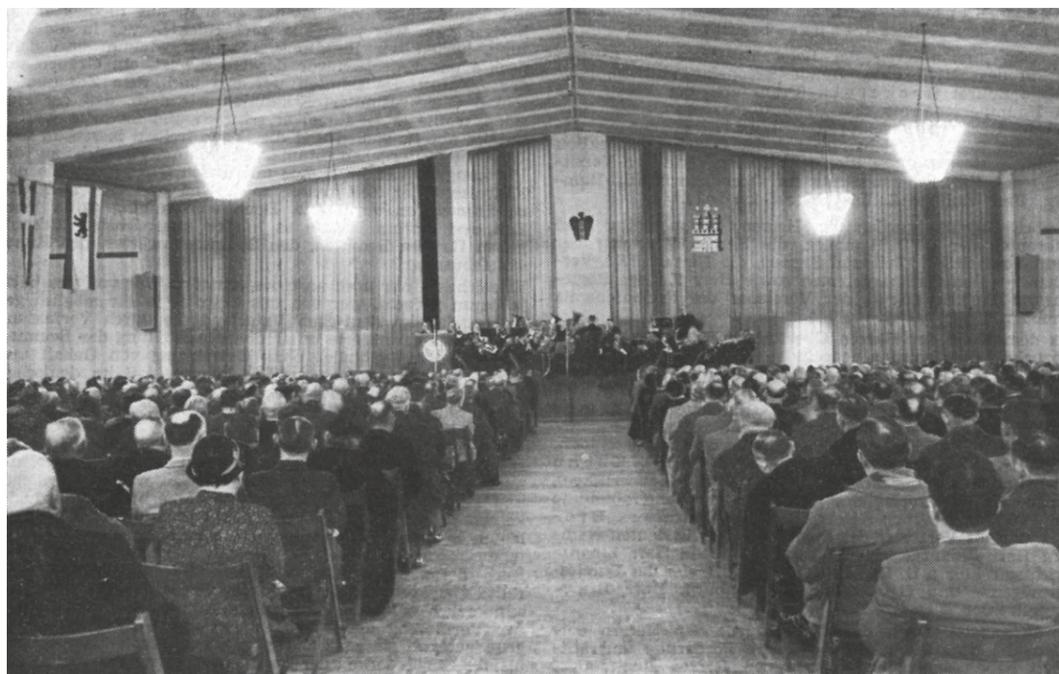
Am 20. Januar 1958 findet in Hamburg eine Festveranstaltung zum 10-jährigen Bestehen des Bundes der Deutschen Zollbeamten statt, an der u.a. Bundesfinanzminister Etzel teilnimmt.

Die 9. Bundeshauptversammlung in Fulda wählt Hans-Werner Devers zum Bundesvorsitzenden. Erich Dentler wird in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenbundesvorsitzenden gewählt.

Für Bedienstete des Bundes wird die 45-Stunden-Woche eingeführt.



Bundesvorsitzender Devers im Pressgespräch



Festsaal „Planten un Blumen“ in Hamburg (1958)

Eine zentrale Forderung des BDZ im Zuge der Besoldungsneuregelung wird erfüllt: Die Besoldungsordnung A erhält vier Besoldungsgruppen für jede Laufbahn.

Der BDZ thematisiert die Ungleichbehandlung von Grenzaufwachtsdienst und Polizeivollzugsdienst des Bundes. Nicht nur Polizeivollzugsbeamte des Bundes wie etwa der Passkontrolldienst und die Bundeskriminalpolizei seien besoldungsrechtlich höher bewertet. Die Länder beabsichtigten, ihre Vollzugsbeamten in gleicher Weise einzustufen.



Tagung der Bundeshauptversammlung (1958)

Das zweite Jahrzehnt: Kontinuität und Fortschritt

1959

Grundsätze und Richtlinien für die Dienstpostenbewertung der Zollverwaltung werden in einer Sitzung des Gesamtvorstands in Neckargemünd diskutiert.

Nicht durchsetzen kann sich der BDZ mit seiner Forderung, Beurteilungen und Befähigungszeugnisse der Beamten zur Einsichtnahme freizugeben.

Europa wächst zusammen: Eine Ständige Kommission der Zollbeamten Europas unter dem Vorsitz von Rolf

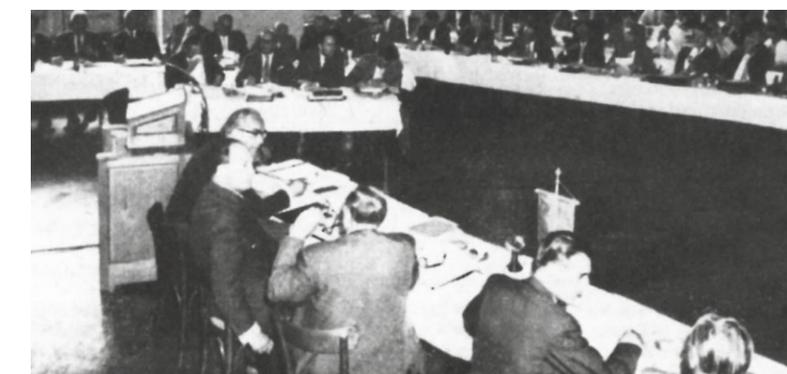


Bundeshauptversammlung in Köln (1959)

Robert Wiethüchter wird in Luxemburg gebildet. Aufgabe dieser Kommission ist es unter anderem, die Interessen der Zollbeamten der einzelnen Staaten gegenüber den Organen der EWG gemeinsam zu schützen und zu vertreten.

1960

Der Bundesvorsitzende Hans-Werner Devers äußert in einem Telegramm an Bundeskanzler Konrad Adenauer sein Unverständnis über die Benachteiligung der Zollbeamten. Die Gehälteranpassung lasse den hohen Kaufkraftverlust außer Acht.



Bundeshauptversammlung in Mainz (1960)

Die vom BDZ befürwortete Verfassungsbeschwerde gegen eine Pauschalalanpassung der Versorgungsbezüge wird vom Bundesverfassungsgericht verworfen. In der Beschwerde war gerügt worden, dass die Ruhestandsbeamten bei der Erhöhung der Bezüge schlechter gestellt seien als die aktiven Beamten.

Gemeinsamer Erfolg von dbb und BDZ: Die Besoldungsforderungen werden weitgehend erfüllt. Nicht erreicht wird die Zahlung des 13. Monatsgehalts.

Die 11. Bundeshauptversammlung in Mainz nimmt eine EntschlieÙung an, in der das »krasse Missverhältnis« zwischen den Aufgaben der Zollbeamten und ihrer Bewertung beklagt wird.



Bundeshauptversammlung in Bremerhaven (1961)

Nach dem überraschenden Tod des Bundesvorsitzenden Hans-Werner Devers wählt der Bundeshauptvorstand in seiner Sitzung am 7. Oktober 1960 Rolf Robert Wiethüchter zum Bundesvorsitzenden des BDZ.

1961

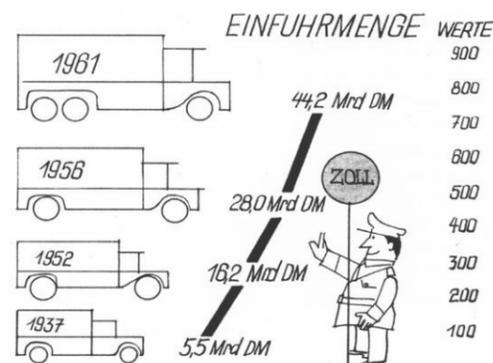
Die in Bremerhaven stattfindende 12. Bundeshauptversammlung bestätigt die Wahl Rolf Robert Wiethüchters zum Bundesvorsitzenden.

Die Durchsetzung eines gerechteren Systems für die sogenannte Grenzablösung, also den Wechsel der Zollgrenzdienstbeamten in den Innendienst, wird Teil eines »Schwerpunktprogramms« des BDZ.

Der BDZ appelliert an das BMF, Beamte des mittleren Zolldienstes zum Aufstieg in den gehobenen Zolldienst zuzulassen. Die Aufstiegsmöglichkeit wird ein Jahr später in einem BMF-Erlass geregelt.

Der Bundesvorstand fordert die Anpassung der steuerfreien Aufwandsentschädigung (Zehrzulage) an die gestiegenen allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Die Auswirkungen des neuen Zollgesetzes und die wachsende Bedeutung der EWG nähren die Angst der Mitglieder vor einem Personalabbau beim Zoll.



Wachstum des Außenhandels

1962

Im Rahmen der Gewährung von Rechtsschutz lässt der BDZ verfassungsrechtlich prüfen, ob und inwieweit der Grenzaufsichtsdienst des Zolls und der Polizeivollzugsdienst gleichwertig seien. Die Verfassungsbeschwerde bleibt erfolglos.

In Nürnberg berät die 13. Bundeshauptversammlung über die Dienstpostenbewertung und daraus resultierende Stellenhebungen. Protestkundgebungen im Rahmen der Veranstaltung richten sich gegen die unzureichende Höhe der Besoldungsanpassung.

Der Bundeshauptvorstand erklärt die Durchsetzung des 13. Monatsgehalts und die Erhöhung des Kindergeldzuschlags zum vordringlichen Ziel.

Von rund 3.500 Stellenhebungen sind 2.000 in das Haushaltsverfahren eingebracht worden. Die Verbesserung des Stellenkegels geht auf eine Initiative des BDZ zurück.

Den BDZ beschäftigen Nachwuchsprobleme bei der Personalgewinnung für den gehobenen Zolldienst.

1963

Die 14. Bundeshauptversammlung in Saarbrücken setzt sich mit Nachdruck für Stellenhebungen, vor allem im Wasserzolldienst ein. Insgesamt hält der BDZ zur weiteren Verbesserung des Stellenkegels eine Anhebung von ca. 6.000 Planstellen für notwendig.

dbb und BDZ fordern die Bundesregierung auf, eine Besoldungsplanung vorzulegen. Gerechtigkeit im Besoldungssystem lässt sich nach Ansicht des BDZ nur durch eine Neubewertung der Dienstposten gewährleisten.

Die Fünf-Tage-Woche wird immer noch nicht in allen Dienststellen der Zollverwaltung praktiziert.

Der BDZ besteht darauf, dass die Versetzung der Zollgrenzdienstbeamten in den Innendienst (Grenzablösung) garantiert wird. Die Erschwerniszulage ist für diesen Personenkreis politisch nicht durchsetzbar.

1964

Beherrschendes Thema bleiben die Stellenhebungen: Für 1964 werden vom Deutschen Bundestag 2.874 genehmigt.

Der geplante Abbau der EWG-Binnenzölle löst eine innergewerkschaftliche Diskussion über die Zukunft der Zollverwaltung aus. Später soll sich zeigen, dass die politischen Prognosen des Personalabbaus falsch waren und zu erheblichen Personaldefiziten führen.

Teil eines BDZ-Forderungskatalogs ist eine besondere Vergütung für Dienst zu ungünstigen Zeiten.

Durchbruch nach jahrelangen Verhandlungen: Erstmals wird allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als 13. Monatsgehalt eine Sonderzuwendung (»Weihnachtsgeld«) gewährt.



Bundesfinanzminister Dahlgrün besucht Heiligabend 1965 eine Zollstreife bei Lauenburg

1965

In einer EntschlieÙung beklagt die 15. Bundeshauptversammlung in Karlsruhe, die Besoldung der Bundesbeamten hinke um rund 20 Prozent hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung hinterher.

Eine Denkschrift des BDZ befasst sich mit dem Berufsbild der Zollbeamten und dem Leitbild der Bundeszollverwaltung.

Der BDZ setzt sich massiv für eine Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten von Zollkapitänen im Wasserzolldienst ein.

Eine Reihe besoldungspolitischer Erfolge kennzeichnet das Jahr:

- Erhöhung des Kinderzuschlags
- Verbesserung der Beihilfevorschriften
- Verbesserung der Dienstzeitberechnung bei Jubiläumszuwendungen



Besuch der BDZ-Spitze beim Zollamt Wasserbilligerbrück (Ende der 60er Jahre)

1966

Ein interfraktioneller Antrag im Bundestag zur weiteren Stellenplanverbesserung ist das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative von BDZ und dbb. Ein weiteres Anliegen ist die Harmonisierung der Stellenpläne von Bund und Ländern.

Der BDZ wirft der Bundesregierung Wortbruch vor: Das Versprechen der Besoldungserhöhung wurde nicht eingehalten.

Pro und Kontra der Teilzeitarbeit bestimmen auch im BDZ die Debatten: Sind Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren? Diese Frage wird in der damaligen Zeit kontrovers diskutiert.

1967

Die in Münster tagende 16. Bundeshauptversammlung spricht sich dafür

aus, die Zollbeamten entsprechend ihrem veränderten Berufsbild neu in die Besoldungsordnung einzustufen.

Besoldungsverbesserungen werden durch eine Neufestsetzung des Besoldungsdienstalters erreicht. Das Besoldungsdienstalter wird weder bei Beförderungen noch beim Aufstieg hinausgeschoben. Außerdem rechnet die gesamte Zeit der Ausbildung zur Dienstzeit.

Gegenüber dem BMF fordert der BDZ, bei der Gewährung von Amtszulagen Zoll- und Steuerbeamte gleich zu behandeln.

Der BDZ weist auf den bedrohlichen Personalmangel in der Zollverwaltung hin.

Absage an den sogenannten »All-round«-Zöllner: Der BDZ tritt für eine verstärkte Spezialisierung, vor allem im gehobenen Zolldienst, ein.

1968

Auseinandersetzungen über die Besoldungsanpassung prägen das Jahr: Nach Maßhalte-Appellen bewegen sich die Forderungen von dbb und BDZ im Rahmen der Finanzplanung. Der Bundeshauptvorstand des BDZ wendet sich in einer EntschlieÙung gegen eine »fortgesetzte Benachteiligung in der Gehälteranpassung«.

Der BDZ beklagt die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung. Die organisatorischen und personellen Auswirkungen der EWG-Zollunion sind nicht



20-Jahr-Feier des BDZ in Hamburg

umfassend untersucht worden. Die Prognosen haben sich nicht bestätigt. Es fehlt Personal.

Für die Zollbeamten, die in Zollfahndung, Betriebsprüfung und Steueraufsichtsdienst eingesetzt sind, verlangt der BDZ die Gewährung von Zulagen.

Die Bemühungen um eine Zahlung für Dienst zu ungünstigen Zeiten sind erfolgreich.

Mit einem Festakt in Hamburg, an dem 1.700 Zollbeamte aus der ganzen Bundesrepublik teilnehmen, begeht der BDZ sein 20-jähriges Bestehen. Prominenter Gast ist Bundesfinanzminister Franz-Josef Strauß, der in seiner Rede bekräftigt, der Übergang zu einer europäischen Wirtschaftsunion erfordere eine funktionierende Zollverwaltung.

Das dritte Jahrzehnt: Protest und Solidarität

1969

Die 17. Bundeshauptversammlung in Bonn-Bad Godesberg fordert eine Teilnahme der Versorgungsempfänger und Hinterbliebenen an den Verbesserungen der Besoldungsstrukturen.



Bundesfinanzminister Strauß bei der Bundeshauptversammlung in Bonn-Bad Godesberg (1969)

In der Diskussion über eine Neuordnung des Laufbahnrechts setzt sich der BDZ für die Ablösung des Laufbahngruppensystems durch eine einheitliche Laufbahn ein.

Der BDZ wirbt um weitere Stellenzulagen für Zollbeamte.

Eine Ausbildungsreform bahnt sich an: Der BDZ veröffentlicht Änderungsvorschläge für die praktische Ausbildung und plädiert für eine Weiterbildung der Beamten des gehobenen Zolldienstes.

Der BDZ beklagt eine unverständliche Beförderungspraxis im mittleren Dienst. Es dränge sich der Verdacht auf, dass auf Kosten der Beamten dieser Laufbahn Haushaltsmittel eingespart werden, indem Beförderungsmöglichkeiten nicht ausgenutzt oder Beförderungen verzögert werden.

Im Zollgrenzdienst werden Zollobersekretäre aus anderen Oberfinanzbezirken im Rahmen des überbezirklichen Personalausgleichs bei der Grenzablösung übernommen. Gleiches gilt für Zollsekretäre des Grenzzoll-

dienstes, die zur Beförderung freigegeben werden.

Der BDZ erkennt Mängel in der Öffentlichkeitsarbeit des Zolls und fordert eine bessere Darstellung nach außen. Das Schlagwort der Zeit lautet »public relations«.

1970

Der »Besoldungsplan« von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher wird umgesetzt: Zum 1. Januar 1970 werden die Grundgehälter und Ortszuschläge der Beamtinnen und Beamten des Bundes um acht Prozent erhöht. Versorgungsempfänger, die bei den bisherigen Besoldungsverbesserungen leer ausgingen, erhalten eine Stellenplan-Anpassungszulage, wenn sie ihr letztes Amt mindestens sechs Jahre wahrgenommen haben.

Der BDZ baut seine europäischen Beziehungen aus: In Lübeck-Travemünde sind finnische, schwedische und dänische Zöllner zu Gast.

Der Bundeshauptvorstand beschließt eine Kundgebung, um gegen die Benachteiligung der Zollbeamten gegenüber Länderfinanzbeamten zu protestieren. 10.000 Zöllner folgen dem Aufruf des BDZ zu einer Sternfahrt nach Bonn. Ziel des Protestmarschs ist die Bonner Beethovenhalle, in der der Staatssekretär des BMF seine Rede nach Tumulten abbrechen muss. Unter tosendem Beifall erklärt der Bundesvorsitzende Rolf Robert Wietühchter: »Die Zollbeamten haben es satt, sich noch länger zweitklassig behandeln zu lassen!« Am Ende des



Kundgebung in der Bonner Beethovenhalle (1970)



Sternmarsch in Bonn (1970)

Protests stehen beachtliche Gehaltsverbesserungen.

Der BDZ erreicht, dass der Bund für durch Grenzablösung versetzte Zollbeamte Wohnraum beschafft. Einer langjährigen Forderung entsprechend wird die Grenzablösung zudem künftig nach dem Grenzdienstalter vorgenommen.

1971

Die 18. Bundeshauptversammlung setzt sich in Freiburg mit Vorruhestandsmodellen auseinander. Befürwortet wird ein freiwilliger Eintritt in den Ruhestand mit 60 Jahren.

BDZ und DSTG verständigen sich in Düsseldorf auf eine engere Zusammenarbeit beider Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaft »Finanzgewerkschaften« wird gegründet.

In Aachen findet das erste Europa-Seminar des BDZ mit anschließender Studienreise nach Brüssel, Straßburg und Paris statt.

Vorsitzender des Hauptpersonalrats wird Hans Müllerschön (BDZ).

Um eine sachgerechte Bewertung von Funktionen zu ermöglichen, werden durch die Funktionsgruppenverordnung für bestimmte Funktionsgruppen höhere Obergrenzen zugelassen. Einbezogen sind die Bereiche Betriebsprüfung, Ermittlungsdienst, mittlerer Zoll- und Verbrauchsteueraufsichtsdienst, IT-Bereich sowie der mittlere nautische und maschinentechnische Dienst.

Den Polizeivollzugsbeamten der Länder in der Besoldungsgruppe A mit abgeschlossener Berufsausbildung wird zur Abgeltung der Besonderheiten des Polizeidienstes seit 1971 eine pauschale einheitliche Zulage (Polizeizulage) gewährt.

1972



Gespräch zwischen Bundesfinanzminister Schmidt und dem Bundesvorsitzenden Wiethüchter (1972)

In einem Spitzengespräch auf ministerieller Ebene wirft der BDZ der Bundesregierung Versäumnisse bei der Bildungsreform der Bundesfinanzverwaltung vor.

Der BDZ begegnet Bedenken von Bundeswirtschafts- und -finanzminister Karl Schiller gegen die Einführung der Fünf-Tage-Woche im Zollgrenzdienst.

Der BDZ spricht sich gegen Bestrebungen aus, die Kompetenzen des BGS zu Lasten des Zolls zu erweitern.

In der Frage der Höherstufung der Eingangssämter der Laufbahnen und der Verbesserung der Anwärterbezüge erhöht der BDZ den Druck.

1973



Bundesgeschäftsstelle in Bonn (von 1973 bis 2001)

Die 19. Bundeshauptversammlung in Hamburg steht im Zeichen des Wandels: Richard Müller wird zum Bundesvorsitzenden und Rolf Robert Wiethüchter zum Ehrenbundesvorsitzenden gewählt. Der BDZ öffnet sich für Tarifbeschäftigte und trägt künftig den Namenszusatz »Gewerkschaft Zoll und Finanzen«. Darüber hinaus beschließt die Bundeshauptversammlung die Verlegung des BDZ-Sitzes von Hamburg nach Bonn.

Seit Bestehen des BDZ hatte die Bundesgeschäftsstelle ihren Sitz in Hamburg, Karlstraße 37. Nach der Verlegung des Sitzes in die damalige Bundeshauptstadt wird im selben Jahr die neue Bundesgeschäftsstelle in Bonn, Rheinweg 33 in unmittelbarer Nähe zum Regierungsviertel eröffnet.

Umorganisation der Zollverwaltung: Die Rationalisierungsmaßnahmen des BMF werden flächendeckend umgesetzt. Rund 20.000 Zöllner sind betroffen. Der BDZ erreicht, dass das BMF eine Tagung zur Lage der Zollverwaltung einberuft, die von Bundesfinanzminister Helmut Schmidt geleitet wird.

Der Bundesvorsitzende Richard Müller fordert nach einem Besuch der Grenzzolldienststelle in Helmstedt: Die Nachtdienstzeit muss erheblich verkürzt werden.

1974

Erfolg bei Einführung der Polizeizulage: Der Empfängerkreis der Polizeizulage wird erweitert. Nach den Polizeivollzugsbeamten beim BGS und den Beamten der Bahnpolizei erhalten auch die Zollbeamten des Grenzaufsichts- und Grenzabfertigungsdienstes die seit langem geforderte Zulage. Zollfahndungsbeamten wird die Polizeizulage jedoch weiter vorenthalten.



Podiumsdiskussion mit Bundesfinanzminister Apel in Berlin (1974)

Die Zollverwaltung wird in das Sicherheitsprogramm der Bundesregierung einbezogen. Der BDZ befürwortet die Schaffung eines europäischen Zollfahndungsamtes.

Der BDZ stimmt Arbeitszeitverkürzungen von 42 auf 40 Stunden nur unter der Bedingung zu, dass gleichzeitig Stellen und Planstellen erhöht werden.

Im BDZ organisierte Angestellte der Bundesfinanzverwaltung werden künftig in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber durch die Gemeinschaft der Gewerkschaften und Verbände im öffentlichen Dienst (GGVöD) vertreten.

Der BDZ begrüßt, dass zusätzliche Haushaltsmittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Zolls bewilligt werden.

1975



Die in München stattfindende 20. Bundeshauptversammlung des BDZ beantragt den Beitritt zur Gemeinschaft tariffähiger Verbände (GtV).

Aus dem BMF werden Überlegungen bekannt, Planstellen im Grenzaufsichtsdienst an den Ostgrenzen zu verringern. Der BDZ regt an, dem funktionsfähigen Grenzaufsichtsdienst Aufgaben der inneren Sicherheit zu übertragen und das Personal nicht zu vermindern, sondern zu vermehren.

Der BDZ fordert für die Zollverwaltung einen Rationalisierungsschutz. Die Pläne zur Umorganisation der Zollverwaltung auf örtlicher Ebene bleiben umstritten.

Europäische Gewerkschaftskontakte: Eine Studienreise bringt eine BDZ-Delegation mit britischen Kollegen in London und Southampton zusammen.

1976

Der BDZ unternimmt erneut einen Vorstoß für eine funktionsgerechte Besoldung zur Angleichung an Bereiche im Vollzugsdienst mit gleichwertigen Tätigkeiten.

Eine Intervention des BDZ richtet sich gegen Mieterhöhungen bei Bundesdarlehenswohnungen.

Der Bundeshauptvorstand lehnt einen weiteren Personalabbau beim Zoll entschieden ab und kritisiert die verzögerte Besoldungsanpassung.

Imagebroschüre des BDZ aus den 70er Jahren.



Dienststellenbesuch von Bundesfinanzminister Apel (1976)

Mit einem Informationsbesuch in Luxemburg werden die Beziehungen zur Zollgewerkschaft LDG vertieft. Die Delegationen diskutieren die künftige Bedeutung des Zolls für die europäische Wirtschaft und die internationale Sicherheit.

Der BDZ gewährt Rechtsschutz für eine Verfassungsbeschwerde wegen der Konkurrenzregelungen beim Ortszuschlag.

1977

Der BDZ verlangt die Anerkennung der Bundeszollverwaltung als Organ der Inneren Sicherheit in Deutschland.

Im »Heißen Herbst« des Jahres 1977 werden Zollbeamte in Mobilien Verstärkungseinheiten zur Bekämpfung des Terrorismus herangezogen.

Die Kontakte zur österreichischen Zollgewerkschaft werden bei einem Treffen in Innsbruck ausgebaut. Im Mittelpunkt des Erfahrungsaustauschs stehen die Auswirkungen der Rationalisierung und des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung in beiden Ländern.

Der BDZ erinnert Bundesfinanzminister Hans Apel an die Zusage, den Vorbereitungsdienst bei der Ausbildung zu intensivieren.

Auf der Tagesordnung des Bundesjugendausschusses steht der Wegfall der Altersgrenze für die Ernennung von Lebenszeitbeamten. Im selben Jahr findet ein Beteiligungsgespräch im BMF über die neue Laufbahn- und Ausbildungsprüfung statt.



Bundeshauptversammlung in Braunschweig (1978)

1978

Der BDZ richtet an Bundeskanzler und Bundestag den dringenden Appell, Beamten des Zollfahndungsdienstes die Polizeizulage zu gewähren.

Der Protest des BDZ wendet sich gegen ein »Besoldungsmoratorium«, das die Regierungschefs von Bund und Ländern ein Jahr zuvor vereinbart hatten.

Die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund) wird gegründet und nimmt ein Jahr später ihren Lehrbetrieb auf. Der Fachbereich Finanzen, aus dem das heutige Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung hervorgeht, hat seinen Sitz in Münster.

Die 21. Bundeshauptversammlung in Braunschweig kritisiert die mangelnde Durchlässigkeit der Laufbahnen und setzt sich erneut für verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten ein.

In weiteren Anträgen fordern die Delegierten

- eine Freistellung der Beamten des Grenzabfertigungsdienstes von Wehrübungen der Bundeswehr,
- schussichere Westen für besonders gefährdete Beamte des Grenzaufsichts- und des Zollfahndungsdienstes sowie
- eine verstärkte personelle und technische Ausstattung des mittleren Grenzzolldienstes.

Das vierte Jahrzehnt: Politischer Wechsel und europäische Öffnung

1979



Bundsvorsitzender Müller an der innerdeutschen Grenze (1978)

Unzureichende Besoldung: In Lübeck versammeln sich 1.500 Teilnehmer zu einer Protestversammlung. In Lörrach gehen 500 aufgebrachte Zöllner auf die Straße. In Aachen entlädt sich der Zorn gegen leitende Beamte des BMF, denen Versäumnisse bei der Abgren-

zung der Kompetenzen von Zoll und BGS vorgeworfen werden. Transparente tragen die Aufschrift »Unsere Geduld hat auch eine Grenze«.

In einem Beteiligungsgespräch beim BMI wird deutlich, dass der Entwurf eines Besoldungsstrukturgesetzes hinter den Erwartungen des BDZ zurückbleibt.

Das BMF wird mit der Forderung des BDZ nach einer unbefristeten Unabkömmlichkeitsstellung von Beamten des Grenzzolldienstes vom Wehrdienst



Protestkundgebung in Aachen (1979)



Protestmarsch in Lübeck (1979)

konfrontiert. Die Eingabe bleibt ohne Erfolg.

Noch immer ist kein ernsthafter Wille des BMF erkennbar, den Zoll mit allen Konsequenzen in das Sicherheitsprogramm der Bundesregierung einzubeziehen.

Die gewerkschaftliche Weiterbildung wird vorangetrieben. Funktionsträger des BDZ werden in der dbb akademie zu Seminarleitern und Referenten ausgebildet.

Kundgebung vor dem Lübecker Rathaus (1979)



1980

Eine langjährige BDZ-Forderung wird erfüllt: Die Beamten des Zollfahndungsdienstes erhalten die Polizeizulage. Die 1971 eingeführte Zulage war beim Zoll zunächst nur den Beamten des Zollgrenzdienstes gewährt worden.

An den Innen- und Haushaltsausschuss des Bundestags wendet sich der BDZ mit der Eingabe, den Beförderungsstau beim Zoll aufzulösen. In einem Spitzengespräch mit Bundesfinanzminister Hans Matthöfer in der Bundesgeschäftsstelle nimmt das Thema breiten Raum ein.

Verschlechterungen bei den Beihilfevorschriften werden vom BDZ unter Berufung auf allgemein verbesserte soziale Leistungen kritisiert.

Bundesvorsitzender Richard Müller wird zum Präsidenten der Europäischen Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) gewählt, dem Zusammenschluss von damals 23 Zoll- und Steuergewerkschaften aus 11 EG-Staaten.

1981

Die 22. Bundeshauptversammlung in Stuttgart setzt sich für die Beibehaltung des Status quo in der Aufgabenwahrnehmung von Zoll und BGS ein.

Die Verschärfung der Haushaltskrise des Bundes lässt keine Aufhebung des vom BDZ kritisierten »Besoldungsmoratoriums« erwarten.

Die Dienstpostenbewertung im Grenzaufsichtsdienst bleibt ein »ungeliebtes Kind« des BMF. Bei der Beförderung nach Besoldungsgruppe A 7 werden 400 Zollsekretäre übergangen.

Die anhaltende Ungleichbehandlung von Zollbeamten und Polizeibeamten von Bund und Ländern in der Besoldung bleibt diskriminierend.

Auch im Grenzabfertigungsdienst wird die Fünf-Tage-Woche eingeführt.

Der BDZ warnt vor einem Wortbruch bei Ausgleichsregelungen für im Schichtdienst eingesetzte Beamte.

In Luxemburg spricht sich das UFE-Komitee unter Vorsitz des Präsidenten Richard Müller gegen weitere Personalkürzungen in den EG-Mitgliedsstaaten aus.

1982

Unter dem Eindruck der nach dem Regierungswechsel angekündigten Sparmaßnahmen nehmen 40.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an einer Großkundgebung des dbb in Bonn teil, die unter dem Motto »Protest und Solidarität« steht. BDZ-Mitglieder aus allen Teilen der Bundesrepublik folgen dem Aufruf.

Auch die von der neuen Bundesregierung geplanten Verschlechterungen beim Kindergeld und bei der Beihilfe stoßen beim BDZ auf Widerstand.

Bei den Beratungen über den Entwurf einer Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren



Bilder vom dbb-Protestmarsch mit BDZ-Beteiligung in Bonn (1982)

Zolldienst besteht der BDZ auf dem Realschulabschluss als Einstellungsvoraussetzung.

Der Bundesrechnungshof bestätigt den Standpunkt des BDZ, dass eine Aufgabenverlagerung zwischen Zoll und BGS an den Ostgrenzen unter Haushaltsgesichtspunkten nicht vertretbar ist.

Gemeinsamer Erfolg von dbb und BDZ: Die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung wird durchgesetzt.

1983

Der Unmut über den rigorosen Sparkurs der neuen Bundesregierung hält an: Zöllner beteiligen sich an einer spontanen Protestaktion beim Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in der dbb-Bundesgeschäftsstelle.

In Verhandlungen muss die Bundesregierung den Einkommensrückstand im öffentlichen Dienst einräumen: Bei gleichzeitigem Preisanstieg von rund sechs Prozent sind die Realeinkommen nach langjährigen Versäumnissen bei der Besoldungsanpassung erheblich zurückgegangen.

In der Diskussion über den Umweltschutz sieht der BDZ in der intensiveren Bekämpfung der Umweltverschmutzung zusätzliche Einsatzmöglichkeiten für den Zoll.

Der BDZ kritisiert die fehlende gewerkschaftliche Beteiligung im Zusammenhang mit dem neuen automatisierten Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes (HKR-Verfahren).

Der Anteil der über 40-jährigen Zolloberinspektoren ist – bedingt durch



Bundeskanzler Helmut Kohl diskutiert mit protestierenden Zollbeamten (1983)

den langjährigen Beförderungsstau – von 43 Prozent im Jahr 1978 auf fast 67 Prozent gestiegen.

Mit Sorge verfolgt der BDZ die Absicht des BMF, Bundeswohnungen in erheblichem Umfang zu veräußern.

1984

Der BDZ unterstützt Beschwerden von Studierenden der Fachhochschule der Bundesfinanzverwaltung gegen ungerechte Bewertungen von Klausuren in der Zwischenprüfung.

Beim traditionellen Parlamentarischen Abend in der BDZ-Bundesgeschäftsstelle wird die geplante Übernahme von BGS-Beamten in die Zollverwaltung mit Bundestagsabgeordneten kontrovers diskutiert.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen auch zwischen BDZ und BMF über die Situation der Schichtdienst-

leistenden. Die Laufbahntrennung im mittleren Dienst bewirke, dass die Beamten des Grenzzolldienstes fast alle während des gesamten Berufslebens Schichtdienst verrichten müssen, argumentiert der BDZ. Wechselschichtdienstleistenden solle die Chance eröffnet werden, in den Binne-zolldienst zu wechseln.

dbb und BDZ forcieren die seit Jahren geforderte Absenkung der Antragsaltersgrenze von 62 Jahren für die freiwillige Versetzung in den Ruhestand. Ein Jahr später wird die Maßnahme umgesetzt.

1985

Die 23. Bundeshauptversammlung findet unter dem Motto »Mit dem Zoll für Europa« in Kiel statt. Die Delegierten verlangen die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst. Eine Verfassungsbeschwerde gegen die entsprechende Regelung des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 bleibt erfolglos.



Bundeshauptversammlung in Kiel (1985)



Bundeshauptversammlung in Kiel (1985)

Jahrelang führt der BDZ einen Musterprozess gegen die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe im Wohnungswesen durch die Oberfinanzdirektion Köln. Nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen hat sich der Verordnungsgeber nicht an die Grenzen der Ermächtigung für die entsprechende Rechtsverordnung gehalten. Der Rechtsschutz des BDZ hat damit auch in zweiter Instanz Erfolg.

Der BDZ kann seine dominierende Stellung in den Personalräten behaupten und beachtliche Zugewinne auch im Tarifbereich verzeichnen.

BDZ-Erfolg: Das Bundeskabinett gibt den Weg für 602 Stellenhebungen frei, davon 303 im mittleren Zolldienst und 299 im gehobenen Zolldienst.

1986

Mit Blick auf den fortschreitenden europäischen Einigungsprozess warnt der BDZ vor einem voreiligen Abbau der Grenzkontrollen.

Zu den Einkommensforderungen des BDZ im Bereich des Zolls gehört die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten.

Nach genehmigten Stellenhebungen entspannt sich die Beförderungssituation spürbar. Nach der Ausschöpfung der Obergrenzen für Beförderungsämter hält es der BDZ für unverzichtbar, zur Realisierung der Planstellenhebung die seit 1971 bestehende Funktionsgruppenverordnung zu ergänzen.

Der Bundesvorstand des BDZ strebt an, eine Interessenvertretung für Frauen in seinen Gremien zu ver-

ankern. Damit wird der Grundstein für die Arbeit der späteren Arbeitsgemeinschaft bzw. des Ständigen Ausschusses Frauenvertretung gelegt.

1987

Vom BDZ gefördert und aktiv begleitet: Endlich werden Frauen in den Grenz-zolldienst eingestellt.

Für den höheren Dienst mahnt der BDZ ein einheitliches Personalkonzept an.

Gegenüber dem dbb ergreift der BDZ die Initiative mit dem Ziel, Beförderungen auch nach dem 63. Lebensjahr zu erreichen.

Erneut verlangt der BDZ eine Erhöhung von Zulagen. Die Forderung umfasst unter anderem die Polizei-, Nachtdienst-, Techniker- und Programmierzulage.

Unter den BDZ-Mitgliedern wächst die Angst vor den organisatorischen Veränderungen, die mit dem Verlust der Grenzkontrollen im Zuge der Vollendung des europäischen Binnenmarkts einhergehen. Zukunftsängste erfassen auch die Beschäftigten bei den Bundeskassen. Zwangsversetzungen lehnt der BDZ ab. Vielmehr gelte es, Möglichkeiten der heimatnahen Verwendung des Personals zu nutzen.

1988

Der BDZ kann es als sein Verdienst ansehen, dass die Einnahmebereiche und der Vollstreckungsdienst der Zollverwaltung von Planstellenkürzungen ausgenommen werden. Eine ursprünglich geplante sechsmonatige Wiederbesetzungssperre, die die ohnehin angespannte Beförderungssituation weiter verschärft hätte, kann abgewendet werden.



Vorstände des BDZ und der luxemburgischen Gewerkschaft LDG an der Glienicker Brücke in Berlin (1987)



Bundesfinanzminister Stoltenberg verleiht dem Bundesvorsitzenden Müller das Bundesverdienstkreuz (1988)

Seine Kritik am Entwurf einer Dienstpostenbewertung erhält der BDZ auch nach Vorlage der Neufassung aufrecht.

In Anlehnung an entsprechende Vorschläge des BDZ verbessert das BMF die Fortbildung für Zollfahndungsbeamte.

Bei den Personalratswahlen verteidigt der BDZ seine dominierende Position.

Die von BDZ und Hauptpersonalrat initiierte »Arbeitsgruppe Westgrenze« legt erste Ergebnisse vor. Der BDZ bemängelt, dass der tatsächliche Personalbedarf ignoriert wird.

Die Frauenförderung in der Zollverwaltung bleibt hinter den Erwartungen des BDZ zurück.

Der BDZ warnt vor einem Rückzug des Zollfahndungsdienstes aus der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und setzt sich durch: Die Zuständigkeit bleibt erhalten.

Konsens mit Bundestagsabgeordneten über die Folgen des Schengener Abkommens: Ein Personalüberhang, so die übereinstimmende Einschätzung, sei auch nach Schengen I nicht zu erwarten.



Eintreten für eine bessere Bezahlung: Fackelzug des dbb in Bonn mit dem BDZ-Bundesvorsitzenden Müller (1988)

Das fünfte Jahrzehnt: Deutsche Einheit und Folgen des Schengener Abkommens

1989

In der Debatte über illegale Lieferungen von Nukleartechnik nach Pakistan

wird die Forderung erhoben, die Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs mit sensiblen Waren den Polizeibehörden zu übertragen. Der BDZ



Fall der Berliner Mauer: Bundesvorsitzender Müller sowie die Bundesvorstandsmitglieder Gries und Stark unmittelbar nach der Grenzöffnung bei einem Besuch in Berlin



Bundeshauptversammlung in Aachen (1989)

wehrt sich gegen diese Angriffe und weist darauf hin, dass die Außenwirtschaftsüberwachung infolge der mangelnden Ausstattung der Zolldienststellen mit Personal und IT lückenhaft sei.

Der BDZ appelliert an Bundeskanzler Helmut Kohl, die Zuständigkeit des Zollfahndungsdienstes nicht zu schmälern.

In einer eindrucksvollen Kundgebung in Bonn-Bad Godesberg macht der BDZ auf die gravierenden Folgen des Schengener Abkommens aufmerksam. Das BMF signalisiert seine Bereitschaft zu sozialverträglichen Lösungen.

Der Bundesvorstand erörtert Probleme des Wasserzolls im BMF und fordert grundlegende Strukturverbesserungen. Ein Teilerfolg stellt sich bald ein: Die Bord- und Maschinenzulage wird erhöht. Für die Anwärter verlangt der BDZ Sonderzuschlagsregelungen.

Das Ergebnis eines vom BDZ in Auftrag gegebenen verfassungsrecht-

lichen Gutachtens liegt vor. Prof. Dr. Joachim Rottmann stellt fest, dass die unterschiedliche Besoldung gegen Artikel 3 des Grundgesetzes verstoße, da zwischen beiden Vergleichsgruppen eine Funktionsidentität bestehe. Die Rechtsprechung folgt seiner gutachterlichen Bewertung nicht.

Die 24. Bundeshauptversammlung in Aachen steht unter dem Motto »Europa nicht auf dem Rücken der Zöllner«. Die Delegierten verabschieden ein »Europa-Programm«.

Nach einem Gespräch des Bundesvorsitzenden Richard Müller mit Bundesfinanzminister Theo Waigel steht fest: Einen Personalabbau als Konsequenz aus dem Schengener Abkommen wird es nicht geben. Die ministerielle Arbeitsgruppe »Westgrenze« soll ihre Tätigkeit fortsetzen und Konzepte erarbeiten, wie auf der Grundlage der organisatorischen Vorgaben die personalwirtschaftlichen Probleme gelöst werden.

Termin des Bundesvorsitzenden Richard Müller beim Chef des Bundeskanzleramts: Rudolf Seiters stellt klar, dass Bundeskanzler Helmut Kohl die Leistungen der Zöllnerinnen und Zöllner bei den bevorstehenden Umstrukturierungen zu würdigen wisse.

Bewegende Erlebnisse: Am 9. November 1989 fällt in Berlin überraschend die Mauer. Bundesvorsitzender Richard Müller und der Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim BMF, Eduard Gries, reisen am 14. November 1989 an den Ort des Geschehens und machen sich ein Bild von der Grenzöffnung.

1990

Auf dem Weg zur gewerkschaftlichen Einheit: Nach der Gründung der Gewerkschaft der Zöllner (GdZ) in der DDR am 3. März 1990 in Plessow wird ein Kooperationsvertrag mit dem BDZ geschlossen. Zu den Gründungsmitgliedern der GdZ gehören die späteren Mitglieder des Bundesvorstands Wolfgang Fischer, Hubert Germer und Hans-Hubert Herzog. Mit dem Prozess der deutschen Wiedervereinigung nimmt auch eine Fusion beider Gewerkschaften erste Konturen an.

In der DDR beginnt der Umbau der Zollverwaltung, die ersten Planungen zufolge rund 7.300 Planstellen umfassen soll.

Nach der Unterzeichnung eines Staatsvertrags über eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 18. Mai 1990 werden die Kontrollen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze am 1. Juli 1990 eingestellt.

Die sich abzeichnenden Personalprobleme werden zum Thema von Großveranstaltungen in Helmstedt und Eschwege. Der BDZ warnt vor einer Entwicklung, an dessen Ende die Zöllner als Verlierer dastehen.

Im Zuge dieser Veränderungen erreicht der BDZ im Zusammenspiel mit dem Hauptpersonalrat beim BMF Meilensteine bei der Sozialverträglichkeit und bei der Integration der Beschäftigten der DDR-Zollverwaltung in die Bundesfinanzverwaltung.

Die Prognose des BDZ, dass sich die Personalprobleme ohne Vorruhestandsregelungen nicht lösen lassen, bestätigt sich. Der Bundestag beschließt, dass bei Aufgabenwegfall Beschäftigte des mittleren Dienstes auf Antrag mit 55 Jahren in den Ruhestand versetzt werden können. Die Beamten erhalten beim Ausscheiden das Ruhegehalt, das ihnen mit 65 Jahren zugestanden hätte.



Bundesvorsitzender Müller bei der WDR-Sendung »Hallo Ü-Wagen« in Aachen zum Thema »Europa an der Grenze« (1990)



Gründung der GdZ in Plessow (1990)

In der Diskussion über die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität durch den Zoll fordert der BDZ ein schlüssiges Gesamtkonzept, das den wirksamen Beitrag des Zollfahndungsdienstes angemessen berücksichtigt. Ergebnis: Der Zoll behält die Zuständigkeit.

Die Beamten der Hauptzollämter an Flughäfen werden in den Empfängerkreis der Polizeizulage einbezogen. Damit ist die gesetzliche Erweiterung bei der Gewährung der Polizeizulage vorerst abgeschlossen.

Die Erfolgsbilanz des BDZ kann sich sehen lassen:

- Anhebung der Eingangssämter im einfachen und mittleren Wasserzollendienst
- Erhöhung, Dynamisierung und Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage auf der Basis des Dienststellenprinzips
- Anhebung bzw. Einführung der Harmonisierungszulagen entsprechend dem Tarifbereich
- Erhöhung der Obergrenzen für Beförderungssämter im mittleren Grenzzollendienst
- Anhebung der Außenprüferzulage

1991

Soweit DDR-Einrichtungen auf den Bund überführt werden, bestehen die Arbeitsverhältnisse der in den nachgeordneten Bereichen der Ministerien beschäftigten Arbeitnehmer zunächst fort. Auch in der Bundeszollverwaltung wird nach dem Grundsatz der Einzelfallprüfung von der Möglichkeit der Kündigung Gebrauch gemacht, wenn eine Weiterbeschäftigung, etwa wegen einer Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit, unzumutbar erscheint.

Der Aufbau der Bundesfinanzverwaltung in den neuen Bundesländern fordert den BDZ und seine Personalräte. Die Zusammenarbeit mit dem BMF ist erfolgreich. Zum 1. Januar 1991 werden die Oberfinanzdirektionen Rostock, Magdeburg, Chemnitz und Cottbus errichtet. Später folgt der Standort Erfurt.

Für die Beschäftigten der Zollverwaltung in den neuen Ländern fordert der BDZ eine Ausgleichszulage in den Fällen, in denen Einkommensminderungen eintreten. Nach dem Einigungsvertrag müssen Bedienstete im Osten je nach Funktion, Dienstalter und familiärer Situation Einkommenseinbußen in Höhe von 100 bis 250 DM monatlich hinnehmen.

Der BDZ kämpft energisch für Verbesserungen zu Gunsten der Rentner der ehemaligen DDR-Zollverwaltung.

Planstellenhebungen im mittleren Grenzzollendienst: Die Änderung der Dienstpostenbewertung wird als unausgewogen kritisiert. Mit einer Öff-

nungsklausel, so die Forderung des BDZ, solle die bessere Planstellenausstattung auch für den Binnenzollendienst genutzt werden. Diese Öffnungsklausel wird noch im selben Jahr vom Bundestag beschlossen.

Der Wegfall von 1.000 Planstellen im Bundeshaushalt 1991 stößt auf massive Kritik.

Der BDZ erreicht, dass die Arbeitsgruppe »Binnenmarkt« gebildet wird. Die Vollendung des europäischen Binnenmarkts erfordert es aus Sicht des BDZ, »Pläne für den Tag X« zu entwickeln, um die Ungewissheit über die berufliche Zukunft des Personals zu beseitigen.

BDZ-Forderung erfüllt: Die Observationseinheiten Zoll (OEZ) werden gebildet.

Der BDZ setzt sich engagiert für neue Aufgaben des Zolls ein: Die Prüfgruppen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung durch den Zoll (BillBZ) sind für die Kontrolle der Sozialversicherungsausweise zuständig.

Nach dem Bundestagsbeschluss über die Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin fordert der BDZ sozialen Schutz für die Beschäftigten des BMF.

Der BDZ beklagt die katastrophale Lage bei Wohnungen und Dienststellen in den neuen Bundesländern und verlangt schnelle Abhilfe.

Die Möglichkeit der Verbeamtung auch nach dem 50. Lebensjahr geht auf eine Initiative des BDZ zurück.



Spezialeinheit beim Zoll

Die vom BDZ geforderte Bildung einer Arbeitsgruppe »Beitrittsgebiet« wird vom BMF abgelehnt. Die Lösung der Probleme, die durch die beabsichtigte Verringerung des Personalbestands entstehen, sieht der BDZ in einem »koordinierten Sozialplankonzept«.

1992

Das BMF lehnt eine Änderung der Dienstpostenbewertung für den mittleren Binnenzolldienst ab.

Die für den gehobenen Wasserzolldienst geforderte Regellaufbahn wird vom BDZ weiterhin entschieden abgelehnt.

Im Mittelpunkt eines Spitzengesprächs mit Bundesfinanzminister Theo Waigel stehen Probleme bei der Vollendung des europäischen Binnenmarkts.

Nachdem die Öffnungsklausel für den mittleren Binnenzolldienst durchgesetzt wurde, rollt das Beförderungsgeschehen an. Die Öffnungsklausel ermöglicht Planstellenhebungen für den mittleren Zolldienst in der gesamten Bundeszollverwaltung. Über 2.000 Beförderungen sind die Folge.

Das Zollkriminalamt wird Oberbehörde mit Sitz in Köln. Es ist die Zentralstelle des deutschen Zollfahndungsdienstes, dessen Hauptaufgabe in der Koordi-



Demonstration in Brüssel mit dem Bundesvorsitzenden Müller (1992)

nierung der Zollfahndungsämter bei der Verfolgung und Verhütung der mittleren, schweren und organisierten Zollkriminalität liegt. Darüber hinaus werden dem Zollkriminalamt eigene Ermittlungsbefugnisse zugestanden. Weitere Standbeine bleiben die kriminalwissenschaftlichen Untersuchungen und die Marktbeobachtung.

Der BDZ behauptet seine dominierende Position bei den ersten gesamtdeutschen Personalratswahlen.

Bundesvorsitzender Richard Müller verlangt vor der Bundespressekonferenz in Bonn ein neues Konzept im Kampf gegen organisierte grenzüberschreitende Kriminalität. Kernpunkte sind verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen und im Binnenland sowie Fortschritte in der internationalen Zusammenarbeit.

Das BMF legt den Bericht der Arbeitsgruppe »Binnenmarkt« vor. Unter Berücksichtigung der Aufgabenwegfalls im Binnenmarkt fehlten allein im gehobenen Dienst rund 400 Beamte. Eine Fragebogenaktion im mittleren Dienst bestätigt die allgemeine Verunsicherung der Beschäftigten.

Das BMF lehnt eine vom BDZ geforderte Ausdehnung von Vorruhestandsregelungen ab. Der BDZ vertritt die Auffassung, dass es über 55-jährigen Beamten nicht zuzumuten ist, in einen anderen Hauptzollamtsbezirk versetzt zu werden und verlangt eine Ausweitung der Vorruhestandsregelung.

»Abschichtung« heißt das Schlagwort, mit dem das BMF die im gehobenen Zolldienst bestehenden Personal-



Eröffnung des Deutschen Zollmuseums in Hamburg durch Bundesfinanzminister Waigel (1992)

engpässe beseitigen will. Mit Entscheidung wendet sich der BDZ dagegen, dass Aufgaben, die dem gehobenen Dienst zugewiesen sind, neu bewertet und auf den mittleren Dienst verlagert werden. Befürchtet wird ein Abbau von Dienstposten. Mit dieser Maßnahme, die der BDZ nicht verhindern kann, wird der Personalbedarf im gehobenen Dienst korrigiert.

BDZ-Erfolg: Bei einer Dienstverrichtung an den Ostgrenzen gibt das BMF Vorruhestandszusagen. Beamte, die erst 1994 oder 1995 die altersmäßigen Voraussetzungen für den Ruhestand erfüllen, können in den Vorruhestand gehen, wenn sie bereit sind, sich bis dahin in Verstärkungsbereichen verwenden zu lassen.

1993

Der europäische Binnenmarkt wird mit Jahresbeginn vollendet. Einschneidende organisatorische und personelle Auswirkungen sind die Folge. An den Binnengrenzen werden 105 Grenzzollämter und sämtliche Zollkommissariate aufgelöst. Erfolg des BDZ: 19 Grenzzollämter werden in Binnenzollämter umgewandelt.

Wachsende Mitgliederzahl in den neuen Ländern: Mehr als 3.600 Beschäftigte gehören bereits dem BDZ an.

Im Zuge geplanter Änderungen bei den Beförderungsprinzipien verlangt der BDZ die Sonderlaufbahn »Zollverwaltung« für alle Funktionsgruppen und die Allgemeine Zollverwaltung.



Gespräch zwischen Bundesfinanzminister Waigel und dem Bundesvorsitzenden Müller (1993)

Die Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst werden spürbar verbessert. Der Haushaltsentwurf für das Folgejahr sieht vor, den Stellenanteil des gehobenen Zolldienstes im Grenzzolldienst durch die Hebung von 500 Planstellen des mittleren Zolldienstes von 7,2 Prozent auf 12,4 Prozent zu erhöhen.

Das Problem rasant steigender Preise in den Ballungsräumen wird vom BDZ thematisiert. Als Lösung schlägt der BDZ einen individuellen Mietzuschuss vor. Hiernach soll immer dann, wenn ein Beschäftigter mit etwa 25 Prozent seines Einkommens mit Miete belastet ist, ein Zuschuss gezahlt werden, der 250 DM nicht unterschreiten sollte. Der Vorschlag setzt sich nicht durch.

Beim Eingangsamts der Besoldungsgruppe A 7 sieht der BDZ eine diskriminierende Ungleichbehandlung des Zolls gegenüber dem BGS.

Rund 700 BDZ-Mitglieder nehmen an einer Protestdemonstration des dbb in der Bonner Beethovenhalle teil. Bundesvorsitzender Richard Müller beeindruckt mit einer kämpferischen Rede.

Bei der 25. Bundeshauptversammlung des BDZ in Bonn-Bad Godesberg scheidet Richard Müller aus dem Amt des Bundesvorsitzenden und wird Ehrenbundesvorsitzender des BDZ. Neuer Bundesvorsitzender wird der bisherige Schriftleiter des Magazins ddz, Heinz Schulze.

Die Mobilien Kontrollgruppen (MKG) nehmen ihre Arbeit auf. Der BDZ kritisiert die fehlende Bewaffnung und



Der Bundesvorstand bei der Bundeshauptversammlung in Bonn-Bad Godesberg (1993)

die mangelnde Anbindung an den Zollfahndungsdienst.

Der Bundeshauptvorstand beschließt eine Protestresolution wegen der geplanten Verlegung der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung Dresden an den Sitz der Oberfinanzdirektion Chemnitz.

1994

BDZ-Forderung wird erfüllt: In den neuen Bundesländern werden verstärkt Nachwuchskräfte beim Zoll eingestellt.

Die Personalbedarfsberechnung unter Beschuss: Neue Parameter führen nach Ansicht des BDZ zu erhöhter Arbeitsdichte und zu Personalabbau.

Erstmals in der Geschichte des BDZ wird eine Frau an die Spitze eines Bezirksverbands gewählt.

In den neuen Ländern setzt der BDZ Beförderungen noch während der Probezeit durch. Der Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Zolldienst wird in den neuen Bundesländern vereinfacht.

Die Verlegung der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung Dresden nach Chemnitz kann abgewendet werden.

Österreich vor dem EU-Beitritt: Mit der Fachgruppe Zoll des Nachbarlandes findet ein intensiver Gedankenaustausch statt.

Im mittleren Zolldienst wird die Besoldungsgruppe A 6 als Eingangsamts durchgesetzt.



Empfang der Bundesleitung im österreichischen Bundesfinanzministerium (1994)

Die Stelleneinsparungen für Vollzugsdienste der Zollverwaltung werden gestoppt.

Die Küstenwache, an der der Wasserzoll beteiligt ist, wird als Koordinierungsverbund von Bundesbehörden mit Aufgaben auf See gegründet. Dazu gehört auch die Überwachung der Zollgrenzen.

1995

Das BMF reagiert ausweichend auf den Vorschlag einer verbesserten Planstellenausstattung und Dienstpostenbewertung im höheren Dienst. Vernichtende Kritik an Vorstellungen des BMF zur Personalbedarfsbemessung und zur Dienstpostenbewertung: Diese Entwürfe seien bereits im Ansatz verfehlt.

Die Initiativen für die Zahlung von Bewährungszulagen im Schreibdienst führen zum Erfolg.

Auf breiter Front mobilisiert der BDZ Bundestagsabgeordnete, um Personalkürzungen beim Zoll zu verhindern. Die politischen Aktivitäten sind teilweise erfolgreich.

Der BDZ wirbt in der Politik auch für die Einführung einer allgemeinen Funktionsgruppe im mittleren Zolldienst.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe Strukturentwicklung Bundesfinanzverwaltung (AGS) werden erste konkrete Vorstellungen bekannt, unter anderem zur Neuorganisation der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilungen. Der BDZ nimmt eine ablehnende Haltung zur geplanten Straffung der Mittelbehörden ein.



Pressegespräche am Rand der Bundeshauptvorstandssitzung in Eisenach (1995)

Der BDZ ergreift eine Initiative, die auf eine Anpassung der Ost-Bezüge an das Westniveau abzielt.

Der Bundeshaushalt für das Folgejahr nimmt die Vollzugsbereiche der Zollverwaltung (Grenzzoll, Zollfahndungsdienst und Wasserzoll) von globalen Stelleneinsparungen aus.

1996

In der Forumsveranstaltung zur Situation des Grenzaufsichtsdienstes (GAD)

im Januar 1996 in Weiden lautet die Botschaft: Der GAD muss personell und technisch verstärkt und angemessen bezahlt werden.

Der BDZ erreicht vorerst, dass die Polizeizulage ruhegehaltfähig bleibt.

Der BDZ setzt sich für eine Sonderfunktionsgruppe im mittleren Zolldienst ein. Das BMF weigert sich, den Stellenkegel für den mittleren Zolldienst zu verbessern. Für den höheren Zolldienst werden die Regelungen verbessert.

Die Zusatzversorgung Ost im Tarifbereich ist endlich perfekt.

Der BDZ erreicht eine Garantie für die Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter. Die Zusage von Bundesfinanzminister Theo Waigel bildet bis heute die Grundlage für die Fortsetzung dieser Garantie.

Bei den Personalratswahlen kann der BDZ die absolute Mehrheit im Haupt-



Forum zur Lage des Zollfahndungsdienstes in Bonn-Bad Godesberg (1996)

personalrat verteidigen. Am 21. Mai 1996 findet in Bonn eine Forumsveranstaltung zur Lage des Zollfahndungsdienstes statt, an der Bundesfinanzminister Theo Waigel und seine Staatssekretärin Irmgard Karwatzki teilnehmen.

Eine weitere Forumsveranstaltung am 24. September 1996 in Dortmund befasst sich mit der Situation der Allgemeinen Zollverwaltung.

1997

Das Konzept für die Zollfahndungszweigstellen wird vom BDZ verworfen. Die geplante Auflösung bzw. Umwandlung dieser Dienststellen sei zum jetzigen Zeitpunkt unsinnig, da in der Organisation des gesamten Zollfahndungsdienstes grundlegende Organisationsveränderungen zu erwarten seien.

Der BDZ setzt sich erneut für Verbesserungen bei der Vollstreckungsvergütung ein. Über eine Basiszulage hinaus solle die Vergütung bis zum Höchstbetrag erfolgsabhängig ausbezahlt werden.

Die Notwendigkeit der Straffung der Oberfinanzdirektionen mit ihren Zoll- und Verbrauchsteuerabteilungen sowie den Abteilungen der Bundesvermögensverwaltung wird vom BDZ bezweifelt.

Bei der Dienstpostenbewertung des gehobenen Zolldienstes verhindern BDZ und Hauptpersonalrat nach hartnäckigen Verhandlungen Verschlechterungen.



Plenum und Bundesleitung bei der Bundeshauptversammlung in Dresden (1997)

Die 26. Bundeshauptversammlung in Dresden beschließt umfangreiche Satzungsänderungen. Mit Uta Kramer-Schröder rückt erstmals eine Frau in die Bundesleitung. Heinz Schulze wird im Amt des Bundesvorsitzenden bestätigt.

Der BDZ legt ein Konzept zur Optimierung der Vollzugsdienste vor. Seinem Vorschlag, die operativen Aufsichtsdienste in einer Organisationseinheit zu bündeln, folgt das BMF nicht.

Bei Gesprächen mit Berichterstattern des Haushaltsausschusses des Bundestags dringt die Spitze des BDZ auf eine aufgabengerechte Personalausstattung. Auch im Gespräch mit Bundesfinanzminister Theo Waigel wird deutlich gemacht, dass mangelnde Planungssicherheit das Personal demotiviert.

Gegen den Widerstand des BDZ wird die Umstrukturierung der Zollfahndungszweigstellen vollzogen. Selbst die zukunftsorientierten Vorschläge einer Arbeitsgruppe des BMF bleiben dabei weitestgehend unberücksichtigt.

Der BDZ unternimmt einen erneuten Vorstoß mit dem Ziel, die Polizeizulage für Bedienstete der MKG durchzusetzen.

1998

Bei den Todesschüssen von Konstanz und Ludwigsdorf am 10. Februar sterben drei deutsche und ein Schweizer Zöllner bei ihrer Dienstausbildung.

An der damaligen deutsch-polnischen Grenze auf der Einreisepur des Zollamts Ludwigsdorf nahe der sächsischen Stadt Görlitz werden Zollobersekretär Thomas Haupt und Zollobersekretär Ralph Schulze von einem offenbar psychisch gestörten Mann aus Kasachstan erschossen. Nur wenige Stunden später sterben an der deutsch-schweizerischen Grenze am Zollamt Klein-Venedig in Konstanz Zollhauptsekretär Thomas Lachmaier und der Schweizer Gefreite Stefan Jetzer durch die Schüsse eines Waffenschmugglers.

Auch in der Vergangenheit gab es bereits tragische Vorfälle zu beklagen. So wird am 14. Oktober 1972 der 37-jährige Zollobersekretär Anton Kreim hinterrücks in den Räumlichkeiten des Zollamts am Grenzübergang Schafberg erschossen. Erst nach der Grenzöffnung wird im Jahr 1997 bekannt, dass der Täter ein 22-jähriger Tschechoslowake war, der seinen Grundwehrdienst beim damaligen tschechoslowakischen Grenzschutz ableistete und betrunken die Grenze in Richtung Bayern überquert hatte.

Am 3. Juli 1951 wird der Zollassistent Georg Nirschl von der Grenzaufsichtsstelle Hohenberg an der Eger im Dienst erschossen. Gemeinsam mit seiner Zollhündin Berta und dem Zollassistenten Fritz Popp verrichtete er Grenzaufsdienst. In der Nacht postierten sie sich im Egergrund zwischen der Pfeiffermühle/Hohenberg und Sommerhau unter der Grünstegbrücke. Plötzlich sprang der Zollhund auf und lief in Richtung Grenze. Nirschl rannte hinterher und wurde von Maschinengewehrschüssen der tschechischen Grenzsoldaten getroffen. Er verstarb an Ort und Stelle. Die Hintergründe wurden unseres Wissens nie aufgeklärt.

Als Konsequenz aus diesen tragischen Geschehnissen forderte der BDZ mit Erfolg eine bessere Ausrüstung, Ausbildung und Eigensicherung. In jährlichen Gedenkveranstaltungen erinnert der BDZ an die bei der Ausübung ihrer Pflicht getöteten Kolleginnen und Kollegen und gedenkt dem Leid der Hinterbliebenen.



Demonstration in Dresden (1998)

Der BDZ demonstriert am 30. März 1998 in Dresden gegen die Sitzverlegung der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung von Dresden nach Chemnitz. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Protestkundgebung werfen Bundesfinanzminister Theo Waigel Wortbruch vor, der 1994 zugesagt hatte, dass die Abteilung in Dresden verbleibt. Wiederum muss die Verwaltung von ihren Umzugsplänen abrücken.

Der BDZ kritisiert die Regelungen zur Leistungsbezahlung als völlig unzureichend. Die spätere Praxis bestätigt diese Einschätzung.

Im Oktober 1998 wird ein CESI-Aktionsprogramm verabschiedet, das Vorschläge für eine Vereinheitlichung der Arbeitsstandards in den europäischen Zollverwaltungen enthält.

Der BDZ erreicht die Bewaffnung der Prüfgruppen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung durch die Zollverwaltung (BillBZ).

Der Bundestag verabschiedet das Versorgungsreformgesetz 1998 mit weitreichenden Einschnitten in die Beamtenversorgung. dbb und BDZ lehnen das Gesetz mit der Begründung ab, die Neuregelungen seien systemwidrig und unsozial. Von den Versorgungsempfängern bereits erbrachte Vorleistungen blieben weitgehend unberücksichtigt.

Zum 1. August 1998 tritt die Straffung der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilungen bei den Oberfinanzdirektionen in Kraft, durch die sich neue Zuständigkeiten ergeben. Der BDZ hatte im Vorfeld die Entscheidungen über Anzahl und Standorte kritisiert.

Das Land Hessen erhebt gegen die Straffung bei den Oberfinanzdirektionen Verfassungsbeschwerde, da sie die hierzu ergangene Rechtsverordnung des BMF als verfassungswidrig ansieht. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet am 27. Juni 2002, die Rechtsverordnung sei mit dem Grundgesetz vereinbar.

Das sechste Jahrzehnt: Grundlegende Strukturveränderungen

1999

Eine außerordentliche Bundeshauptversammlung unter dem Motto »Zoll 2000 – Perspektiven für das Personal schaffen« debattiert in Bad Breisig über die geplante Straffung der Oberfinanzdirektionen und weitere organisatorische Veränderungen. Darüber hinaus beschließen die Delegierten Änderungen der Satzung und der Beitragsregelung für den BDZ.

Im Zollfahndungsdienst sorgt die Kleinfälle-Regelung für Aufsehen. Die Entlastung von Kleinfällen hat nach Ansicht des BDZ nur Sinn, wenn die BDZ-Vorschläge für die Neuausrichtung des Zollfahndungsdienstes beachtet werden.

Die Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter bleibt garantiert. Bundesfinanzminister Hans Eichel bestätigt die gegenüber dem BDZ gegebene Zusage, auch künftig einzustellende Nachwuchskräfte tatsächlich zu übernehmen. In anderen Verwaltungen ist diese Praxis keineswegs selbstverständlich.



Gemeinschaftliche Besprechung des Hauptpersonalrats mit Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine (1999)

Über 1.500 BDZ-Mitglieder nehmen an der Demonstration des dbb in Berlin gegen die Sparpläne der Bundesregierung teil. In einer Protestresolution wird weiteren Nullrunden, einer ungleichen Bezahlung von Ost und West und einem rigorosen Stellenabbau eine klare Absage erteilt.

2000



Demonstration gegen Bezahlungsunterschiede in Ost und West in Dresden (2000)

Mit über 500 Mitgliedern beteiligt sich der BDZ an der Demonstration des dbb in Dresden am 12. April gegen die Ungleichbehandlung der Bezahlung in Ost und West. »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« lautet der Slogan.

Das Schutzwestenkonzept wird auf Initiative des BDZ überarbeitet. Der Kaufpreis für privat beschaffte Unterziehwesten wird auf Antrag erstattet. Schadstoffbelastete Schutzwesten werden ausgetauscht. Umstritten bleibt die generelle Tragepflicht, nachdem das BMF die Schutzweste als persönliche Schutzausrüstung anerkannt hat und die Kosten für die Beschaffung trägt.

Sonderausschüsse des BDZ beraten zur Umorganisation der Bundeszollverwaltung. Diskussionsgrundlage ist das Eckpunktepapier des BMF. Die

Themen sind Organisation, Osterweiterung, Prüfungsdienste, Zollfahndung sowie Aus- und Fortbildung.

Nach dem Ende des Tarifkonflikts im öffentlichen Dienst soll der Abschluss nicht auf die Besoldungs- und Versorgungsempfänger übertragen werden. dbb und BDZ drohen mit spürbaren Reaktionen.

Nach dem Rücktritt von Heinz Schulze als Bundesvorsitzender stellt der BDZ-Bundeshauptvorstand in seiner Sitzung am 18. September 2000 in Bonn die Weichen für die gewerkschaftliche Zukunft. Ronald Hilgert übernimmt kommissarisch den Bundesvorsitz. Klaus H. Leprich wird als Bundesvorsitzender nominiert. Die Bundeshauptversammlung wird vorgezogen und soll im März 2001 in Potsdam tagen.

Nach langjährigen Bemühungen erreicht der BDZ, dass die Bediensteten der Spezialeinheiten beim Zoll in die Regelung über die Erschwerniszulage für vergleichbare Beamte von Polizei und BGS einbezogen werden.

In einem Spitzengespräch mit der Bundesleitung sagt Bundesfinanzminister Hans Eichel die Einführung einer Funktionsgruppe für den gehobenen Zolldienst zu. Die Möglichkeit einer prüfungsfreien Überführung der Beamtinnen und Beamten des einfachen in den mittleren Zolldienst soll geprüft werden.

2001

Die 27. Bundeshauptversammlung in Potsdam, die unter dem Motto »Bundesfinanzverwaltung der Zukunft – nur mit uns!« steht, wählt Klaus H. Leprich zum Bundesvorsitzenden und beschließt die Umbenennung in BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft. Für den Aufbruch steht auch das neue Logo, das den Bundesadler ersetzt.

Der BDZ verlangt vom BMF, dass das IT-System ATLAS im Rahmen der flächendeckenden Einführung auch tatsächlich funktionsfähig ist. ATLAS müsse mit dem vorhandenen Personal den fachlichen und finanziellen Anforderungen gerecht werden. Ohne ein funktionierendes Verfahren drohe aus dem Projekt ein Fiasko zu werden. Streitpunkt sind die noch nicht gesicherten Dateneingaben durch die Wirtschaftsbeteiligten sowie die Eingaben durch die Beschäftigten als reine Datenerfasser. Der BDZ befürchtet,



Die neue Bundesleitung bei der Bundeshauptversammlung in Potsdam (2001)

tet, dass die Qualität der Abfertigung verschlechtert wird.

Der BDZ verlegt seinen Sitz nach Berlin. Dieser Schritt stellt einen tiefgreifenden Einschnitt dar. 28 Jahre befand sich die Bundesgeschäftsstelle in der



BDZ-Bundesgeschäftsstelle im dbb forum in Berlin (seit 2001)

Nähe des ehemaligen Bonner Regierungsviertels. Mit der Sitzverlegung verabschieden sich Beschäftigte nach langjähriger engagierter Mitarbeit. Die neue Bundesgeschäftsstelle befindet sich im dbb forum berlin mitten im Zentrum der Bundeshauptstadt.

Mit Blick auf die immer größer werdende Arbeitsverdichtung und zunehmende Personaldefizite setzt sich der BDZ beim BMF dafür ein, die gesamte Zollverwaltung von den globalen Stelleneinsparungen auszunehmen. Ein weiterer Personalabbau gefährde die ordnungsgemäße Aufgabenerledigung.

Die im Versorgungsänderungsgesetz 2001 geplanten Maßnahmen zur Reform der Beamtenversorgung stoßen beim BDZ auf massiven Widerstand. Das Gesetz sieht eine Absenkung des Versorgungsniveaus von 75 Prozent auf 71,75 Prozent vor. Nach Ansicht des BDZ wird das Ziel verfehlt, die Rentenreform wirkungsgleich und systemgerecht zu übertragen.

Die drohenden Einschnitte dieses Gesetzesvorhaben und der Kahlschlag bei der Zusatzversorgung für die Tarifbeschäftigten führen zu einer Protestkundgebung des dbb am 10. November 2001 in Berlin-Treptow. Unter dem Motto »Kein Raubbau an der Altersversorgung« beteiligen sich mehr als 1.000 BDZ-Mitglieder an der Veranstaltung.

Die vom BDZ ergriffene Initiative zur Einbindung der Zollverwaltung in das Programm »Innere Sicherheit« wird parteiübergreifend unterstützt. Der Zoll sei einer der Garanten für die Sicherheitslage in Deutschland. In Gesprä-

chen mit Abgeordneten wirkt der BDZ darauf hin, dass der Zoll Bestandteil des Gesamtkonzepts zur inneren und äußeren Sicherheit werde. Die zunächst signalisierte Zustimmung wird jedoch nur unzureichend umgesetzt.

2002

Nach der Hochwasserkatastrophe in Deutschland startet der BDZ den Aufruf »Zöllner helfen Zöllnern«. Der Appell löst eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. BDZ-Mitglieder spenden über 35.000 Euro für die Opfer der Überschwemmungen.

Mit dem Inkrafttreten des Zollfahndungsdienstgesetzes zum 1. April 2006 wird der Zollfahndungsdienst dem Zollkriminalamt unterstellt. Die Umstrukturierung erfolgt bereits – zeitgleich mit der der Hauptzollämter im Binnenbereich – zum 1. Januar 2002. Das Zollkriminalamt ist somit eine Mittelbehörde.

Der Bundesvorstand beschließt die Gründung einer Fachgruppe Zollfahndungsdienst. Damit verfügt der BDZ über ein Fachleutegremium, das die Interessen der Angehörigen dieses Dienstzweiges vertritt. Die Fachgruppe konstituiert sich im September.

Eine Äußerung von Staatssekretär Dr. Manfred Overhaus über die Arbeitsmoral der Beschäftigten löst Empörung aus. Dr. Overhaus hatte erklärt, die Einführung der Stechuhr habe sich für die angestrebte Produktivitätssteigerung als Flop erwiesen. Die Leistungsträger hätten jetzt häufiger als vorher zum Überstundenausgleich einen



Fachtagung »Zoll – wohin?« in Berlin (2002)

freien Tag. Der BDZ weist die Äußerung in scharfer Form als völlig überzogen zurück.

Bundesfinanzminister Hans Eichel sagt bei einer Fachtagung des BDZ, die am 25. März unter dem Motto »Zoll wohin?« in Berlin stattfindet, den Bestand der Strukturveränderungen »für dieses Jahrzehnt und darüber hinaus« zu. Die Politik signalisiert Unterstützung für die Forderungen des BDZ, die Einstellungszahlen beim Zoll zu erhöhen und auf pauschale Stelleneinsparungen zu verzichten.

40.000 Beschäftigte folgen dem Aufruf des dbb zu einer Großdemonstration am 14. Dezember in Berlin, um dem Protest gegen die angedrohte Nullrunde und die von den Ländern geplanten Öffnungsklauseln zum Ausdruck zu bringen. Die Mobilisierung

des BDZ ist hoch: Über 1.800 Mitglieder beteiligen sich an dem Protest vor dem Brandenburger Tor.

BDZ-Erfolg: Die Sonderlaufbahn gehobener Zolldienst wird eingeführt. Das Bundeskabinett verabschiedet die Bundesobergrenzenverordnung. Damit ist auch der Weg für die vom BDZ angestrebte Dienstpostenbündelung endlich frei. Der BDZ hatte beim BMF massiv auf die zügige Realisierung der Sonderlaufbahn gedrängt.

2003

Bundesfinanzminister Hans Eichel stoppt die als »Petersberger Initiative« bekannt gewordenen Aktivitäten seines Staatssekretärs Dr. Manfred Overhaus zur Abschaffung der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilungen und bei den

Oberfinanzdirektionen. BDZ-Bundesvorsitzender Leprich hatte diese Bestrebungen in einem Vier-Augen-Gespräch mit Bundesfinanzminister Eichel heftig kritisiert.

Angesichts der nicht eingelösten Zusage von Bundesfinanzminister Hans Eichel, den einfachen in den mittleren Zolldienst zu überführen, appelliert der BDZ: »Wort halten, Herr Eichel!« Mit Blick auf die bevorstehende EU-Osterweiterung und die Strukturveränderungen dulde die Entscheidung keinen Aufschub mehr. Die Zusage bleibt unerfüllt.

Der Bundestag bewilligt Planstellenhebungen in beträchtlichem Umfang. Die Folge sind Beförderungen von je 30 Prozent der Beamtinnen und Beamten in die Spitzenämter des mittleren und gehobenen Zolldienstes.

Bundesfinanzminister Hans Eichel billigt die Überführung der Bundesvermögensverwaltung in eine Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Für den BDZ sind die Bedenken gegenüber einer Spartenorganisation keineswegs ausgeräumt. Weder das fachliche noch das personalwirtschaftliche Konzept sind überzeugend. Trotz intensiver Bemühungen bleibt die Auflösung der Bundesvermögensverwaltung bestehen. Auch die Forstverwaltung wird in die neue Bundesanstalt integriert.

Der BDZ wendet sich gegen die ab 2004 geplante Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzung des Weihnachtsgeldes. Bei allem Verständnis für die Haushaltszwänge könne den Beschäftigten keine Minusrunde zu-

gemutet werden. BDZ und dbb können die Kürzungen bei den Beamtinnen und Beamten nicht verhindern.

Der BDZ veranstaltet am 4. und 5. Dezember 2003 in Dortmund eine Forumsveranstaltung mit rund 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Veranstaltung bildet den Auftakt zum Personalratswahlkampf 2004, der unter dem Motto »Wir schaffen Klarheit« steht.

Es werden Workshops zu den Schwerpunktthemen gebildet. In der Abschlusskundgebung bekennt sich Bundesfinanzminister Hans Eichel zu einem starken und handlungsfähigen Zoll.

2004

Der BDZ wendet sich gegen die Einführung der Praxisgebühr für Beihilfeberechtigte. Dieser Schritt sei systemwidrig und diene nur der Haushaltsanierung. Anders als bei den gesetzlich Krankenversicherten wird die finanzielle Mehrbelastung der Beihilfeberechtigten nicht kompensiert.

Der BDZ fordert erneut einen vollständigen Verzicht auf pauschale Stelleinsparungen in der Bundesfinanzverwaltung. Die Ausnahmeregelung für den Vollzug reiche nicht aus, um Qualitätsverluste infolge personeller Probleme bei gleichzeitig zunehmender Arbeitsbelastung zu vermeiden. Der Personalabbau müsse endlich gestoppt werden.

Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) beschäftigt einen Sonderausschuss. Fazit der Beratungen ist: Das Instrument darf nicht der Leistungskontrolle dienen, sondern muss darauf gerichtet sein, Verwaltungsabläufe zu optimieren. Wesentlich sei allerdings, dass die erhobenen Daten überhaupt zum Steuern von Prozessen geeignet sind. Das sei aber nicht der Fall. Außerdem fehle die Akzeptanz bei den Beschäftigten.

Die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes wird von 38,5 auf 40 Stunden pro Woche erhöht. Beim BDZ stößt die Entscheidung auf scharfen Protest. Ohne Gegenleistungen sei die Maßnahme nicht hinnehmbar.

Der BDZ spricht sich für eine Konzentration der Bekämpfung der Umsatzsteuerkriminalität beim Bund aus. Aufgrund der massiven Steuerausfälle durch den organisierten Umsatzsteuerbetrug bestehe ein gesamtstaatliches Interesse an einem effizienten Umsatzsteuervollzug in der Zuständigkeit des Bundes.

Die dreistufige Tabaksteuererhöhung führt zu rückläufigen Einnahmen des Bundes. Damit bestätigen sich die negativen Prognosen, die der BDZ in Anhörungen beim Deutschen Bundestag vorgetragen hat. Auch der Zigaretten-schmuggel nimmt drastisch zu.

Im Rahmen einer Ausbildungsoffensive der Bundesregierung wird auch das BMF verpflichtet, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen. Der BDZ begrüßt diese Maßnahme, warnt aber davor, die Fachangestellten für Büro-



Bundesfinanzminister Eichel und Bundesvorsitzender Leprich (2004)

kommunikation nicht zu übernehmen. Die Forderung bleibt unberücksichtigt.

2005

Die 2004 erfolgte EU-Osterweiterung zum 1. Mai bedeutet den Wegfall von 1.500 Kilometern deutscher Drittlandgrenze gegenüber Polen und Tschechien. Abgesehen von den Seegrenzen und Flughäfen verbleiben noch 407 Kilometer EU-Außengrenze zur Schweiz.

Der Wegfall grenzbezogener Aufgaben zieht tiefgreifende Umstrukturierungen nach sich. Für die betroffenen Beamtinnen werden sozialverträgliche Lösungen erreicht.

Der BDZ setzt sich erneut dafür ein, dass die Situation der Beschäftigten in den Ballungsräumen verbessert wird. Gefordert werden die Gewährung einer Ballungsraumzulage, die Anhebung von Eingangssämtern in den Laufbahnen und die Wohnungsfürsorge. Diese Maßnahmen seien unverzichtbar, um die bestehenden Personalprobleme zu bewältigen.

Das Tarifrecht wird reformiert: Mit dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) legen die Verhandlungspartner nach zweijährigen Verhandlungen ein Vertragswerk vor, das den bisherigen Bundesangestelltentarif (BAT) ablöst. Wesentliche Ziele sind die Vereinheitlichung für Angestellte und Arbeiter sowie die Abkehr von der dienstalters- und familienbezogenen Bezahlung hin



Die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung bestimmt die Debatten im BDZ. 2004 wird die FKS errichtet.



Der BDZ setzt sich wiederholt für den Erhalt des Zoll-Ski-Teams ein.

zu einer erfahrungs- und leistungsorientierten Vergütung. Dadurch soll die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gegenüber der Wirtschaft gesteigert werden.

BDZ-Erfolg: Nach langjährigen Bemühungen des BDZ werden im mittleren Zolldienst wieder zeitgerecht Anstellungen vorgenommen. Mangels Planstellen waren Zollsekretärinnen und -sekretäre nicht mehr unmittelbar nach der Probezeit angestellt worden.

Die 28. Bundeshauptversammlung in Nürnberg bestätigt Klaus H. Leprich als Bundesvorsitzenden. Die Delegierten beschließen zahlreiche Satzungsänderungen. Die Legislaturperiode zwischen den Gewerkschaftstagen wird auf fünf Jahre verlängert. An die Stelle der Arbeitsgemeinschaften treten ständige Ausschüsse.

Die Interessen der Laufbahnen, die bisher von Obleuten repräsentiert wurden, werden im Ständigen Ausschuss Beamtenpolitik gebündelt. Die Vertretung der Senioren wird erneut gestärkt.

Der sogenannte »Kaffee-Erlass« sorgt für Unmut unter den Beschäftigten. Die Verschärfung sieht vor, dass auch die Annahme einer Tasse Kaffee oder eines Glases Wasser in die Regelungen zur Korruptionsvorsorge einbezogen wird. Der umstrittene Erlass wird vom BDZ als praxisfremd verworfen. Ein Jahr später bezeichnet Bundesfinanzminister Peer Steinbrück den »Kaffee-Erlass« in einer Personalversammlung im BMF als »Schwachsinn« und ändert ihn ab.



Die Bundesleitung bei der Bundeshauptversammlung in Nürnberg (2005)

2006

In der Debatte über Sparpläne weist der BDZ nach, dass Beamtinnen und Beamte des Bundes innerhalb von nur zwei Jahren eine Gehaltseinbuße von fast zwölf Prozent erleiden. Die Schere

habe sich seit 2003 durch Streichung des Urlaubsgeldes, zweimalige Kürzungen des Weihnachtsgeldes und Verlängerungen der Wochenarbeitszeit zum Nachteil der Beamtinnen und Beamten geöffnet.



Bundeshauptversammlung in Nürnberg (2005)

Unter dem Motto »Vorsicht Taschendiebe!« protestieren am 2. Februar 2006 in Berlin über 1.000 BDZ-Mitglieder gegen die Halbierung der Sonderzahlung und die erneute Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden. Ein von hohem Medienecho begleiteter Demonstrationzug bewegt sich von der Gedächtniskirche zum Bundeshaus. Der Protest bleibt im Ergebnis zwar erfolglos. Dennoch wurde ein wichtiges Zeichen gesetzt.



BDZ-Demonstrationszug an der Berliner Gedächtniskirche (2006)

Die Altersteilzeit gerät nach Ansicht des BDZ zur Farce. Von Stellenabbau-bereichen abgesehen, wird Altersteilzeit sowohl für Beamte als auch für Arbeitnehmer nur noch im Teilzeitmodell bewilligt.

In der Diskussion über die Reform des Gesundheitswesens schlägt der BDZ ein Wahlrecht für Beamte zwischen Beihilfe bzw. privater Krankenversicherung, gesetzlicher Krankenversicherung mit Arbeitgeberanteil und freier Heilfürsorge vor.

Die Bundesregierung beschließt die Errichtung eines Versorgungsfonds für den Bund. Der BDZ begrüßt die Maßnahme als Beitrag zur Haushaltsklarheit und zur Sicherung der Beamtenversorgung.

Verdorbenes Fleisch sorgt für Schlagzeilen. Als Reaktion auf diesen Skandal regt der BDZ an, die Zuständigkeiten für die Lebensmittelkontrollen neu zu regeln und die Mobilien Kontrollgruppen stärker einzubeziehen. Damit könnten Verdachtsfälle rechtzeitig aufgedeckt und gezieltere Kontrollen der Veterinärbehörden ermöglicht werden.

In einer Forumsveranstaltung am 28. November 2006 in Berlin diskutieren rund 400 Delegierte des BDZ mit Vertretern aus Politik und Verwaltung über die Konsequenzen des Projekts »Strukturentwicklung Zoll«. In Statements werden Probleme einzelner Bereiche des Zolls beleuchtet.



Forumsveranstaltung zum Projekt »Strukturentwicklung Zoll« in Berlin (2006)

2007

Auch die geplante Anhebung der Altersgrenze der Beamtinnen und Beamten des Bundes auf 67 Jahre begegnet dem Widerstand des BDZ. Dieses Vorhaben sei nichts anderes als eine verdeckte Kürzung der Versorgungsbezüge, so die Kritik. Der BDZ fordert mit Unterstützung des dbb eine besondere Altersgrenze für Vollzugskräfte des Zolls.

Zu den Kernpunkten der Gesundheitsreform gehört die Einführung eines Gesundheitsfonds und einer Versicherungspflicht ab 2009. Der BDZ warnt vor negativen Auswirkungen auf das Beihilferecht.

Das Bundesverfassungsgericht lehnt die auch vom BDZ geforderte »Ballungsraumzulage« ab. Weder das Alimentationsprinzip noch der Leistungsgrundsatz verpflichtet den Besoldungsgeber, erhöhten Lebens-

haltungskosten durch einen spezifischen Ausgleich Rechnung zu tragen. Der BDZ sieht nach wie vor dringenden Handlungsbedarf.

Keine Sicherheit zum Nulltarif: In einer sogenannten G-9-Initiative ruft der BDZ gemeinsam mit anderen Gewerkschaften im Bereich der Bundessicherheitsbehörden dazu auf, die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Der bereits entstandene Vertrauensverlust müsse durch klare politische Entscheidungen gestoppt werden, heißt es in dem Appell.

Auf europäischer Ebene unterstützt der BDZ neben der Bekämpfung des internationalen Zigaretten schmuggels die Initiativen zur Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie. Die Kontrollen des Zolls müssten verstärkt werden, um Verbraucherschutz und Wettbewerbsgerechtigkeit zu gewährleisten. Erforderlich sei eine Vernetzung der nationalen Zollbehörden in



Karikatur von Berndt A. Skott zum Thema
»Pension mit 67« für das BDZ magazin (2007)

Europa. Der dramatische Aufgabenzuwachs erfordere eine bessere Personalausstattung. Allerdings sei der Trend in Europa gegensätzlich. Es herrsche Personalabbau vor.

Der BDZ bekräftigt seine Forderung, eine polizeiliche Eilzuständigkeit für alle Vollzugskräfte des Zolls einzuführen. Änderungen im Polizeirecht einzelner Länder reichten nicht aus. Die dringend gebotene Rechtssicherheit müsse bundesweit gewährleistet werden.

Das BMF nimmt eine BDZ-Initiative zum Anlass, um den Dienstunfallschutz auf Fälle der Hilfeleistung durch Voll-

zugsbeamte des Zolls außerhalb ihrer Zuständigkeit auszudehnen. Danach wird Dienstunfallschutz auch dann gewährt, wenn die Hilfeleistung der dienstlichen Sphäre zuzurechnen ist.

Schrittweise zum Erfolg: Von den pauschalen Stelleneinsparungen werden mittlerweile auch die Mobilien Kontrollgruppen und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit ausgenommen. Weitergehende Forderungen des BDZ bleiben unerfüllt.

Erneut setzt sich der BDZ dafür ein, die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage zu verlängern. Im mittleren Dienst erfolgt eine Rechtsstandwahrung bis 2010. Im gehobenen Dienst endet dieser Anspruch bereits Ende 2007. Ausgangspunkt der Initiative sind entsprechende Regelungen in Bayern. Im Bund besteht keine Bereitschaft zu einer Korrektur.

Der Rat der Europäischen Union einigt sich über den Modernisierten Zollkodex. Durch die Modernisierung sollen die Rechtsvorschriften vereinfacht und die Zollverfahren gestrafft werden. BDZ und UFE sehen für das Projekt nur dann Erfolgchancen, wenn der Personalabbau beendet, soziale Mindeststandards festgeschrieben und eine einheitliche Basisausbildung in ganz Europa eingeführt wird.

Der Bundesvorstand fordert in seiner Sitzung in Stralsund eine umgehende Anpassung der Ost-Gehälter an das West-Niveau für alle Beschäftigten des Bundes. 17 Jahre nach der Wiedervereinigung sei es nicht mehr hinnehmbar, dass Arbeit und Leistung unterschiedlich bezahlt würden. Die Angleichung

soll im Rahmen der Besoldungsrunde 2008/2009 erneut thematisiert werden.

2008

Der BDZ schaltet sein Intranet frei. Die Kommunikationsplattform steht nur BDZ-Mitgliedern offen, die sich für das Intranet registriert haben. In einem Forum besteht die Möglichkeit, Informationen, Meinungen und Erfahrungen auszutauschen.

Die Spezialkräfte des Zolls können mit kräftigen finanziellen Verbesserungen rechnen. Bereits 2002 war die Bundesregierung den Argumenten des BDZ gefolgt und hatte die Angehörigen der Zentralen Unterstützungsgruppe Zoll (ZUZ) und der Observationseinheiten Zoll (OEZ) in die Anhebung der Erschwerniszulage einbezogen. Eine weitere Anhebung folgt im Jahr 2008, mit der den gestiegenen zusätzlichen Belastungen Rechnung getragen wird.

»Acht Prozent« lautet die gemeinsame Forderung von dbb und ver.di in der Einkommensrunde 2008. In Berlin und Dortmund versammeln sich BDZ-Mitglieder, um gegen das Minusangebot der Arbeitgeber zu protestieren. In der Bundeshauptstadt ziehen über 400 BDZ-Mitglieder vor das Bundesfinanzministerium. Über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden bei der Abschlusskundgebung gezählt.

Die Proteste gehen weiter: Der BDZ beteiligt sich an weiteren Aktionen in Berlin, Hamburg, Hannover, Düsseldorf und Nürnberg. Dem Druck der Beschäftigten folgt ein Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in letzter Minute. Im Tarifbereich hat der Abschluss ein Gesamtvolumen von 8,7 Prozent.

Nach dem Tarifabschluss vom 31. März 2008 folgt – wie vom BDZ und dbb gefordert – eine Übertragung auf die Besoldungs- und Versorgungsempfänger des Bundes im Verhältnis eins zu eins.



Demonstration vor dem Bundesfinanzministerium in Berlin (2008)

Rückwirkend zum 1. Januar 2008 werden ein Sockelbetrag von 50 Euro und eine lineare Erhöhung um 3,1 Prozent (2008) und 2,8 Prozent (2009) gezahlt. Ergänzend wird zum 1. Januar 2009 eine Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro gewährt.

Mit der Besoldungsanpassung gelingt auch die Angleichung Ost, die im gehobenen Dienst zum 1. April 2008 vorgezogen wird. Nach der Anhebung der Bezüge von Beamtinnen und Beamten des einfachen und mittleren Dienstes auf Westniveau zum 1. Januar 2008 war die Angleichung im gehobenen Dienst ursprünglich erst für 2010 vorgesehen. Mit der vorgezogenen Anpassung Ost endet eine jahrelange Ungleichbehandlung. Auch dieses Ergebnis wäre ohne den gewerkschaftlichen Protest undenkbar gewesen.

Der BDZ sieht sich durch Warnungen vor den von begasten Containern ausgehenden Gesundheitsgefahren in seiner jahrelangen Einschätzung bestätigt. Eine Lösung lässt sich aus Sicht des BDZ nur gesamteuropäisch, etwa bei der Modifizierung des Zollkodex, erreichen.

Im Zusammenhang mit der Liechtensteiner Steueraffäre bekräftigt der BDZ seine Forderung nach einer Bundessteuerverwaltung und schlägt eine Bundessteuerfahndung vor.

Nach der Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung, die Wegstreckerentschädigung für die Nutzung privater Pkws bei Dienstreisen zu erhöhen, fordert der BDZ den Bund auf, diesem Beispiel zu folgen. Der dbb-

Bundeshauptvorstand greift die Initiative auf, das Bundesinnenministerium ist jedoch zu keiner Änderung bereit.

In der Debatte über eine Zwangsvereinigung von Pensionen und Renten warnt der BDZ vor populistischen Forderungen und unseriöser Berichterstattung. In Wahrheit handele es sich um eine Kampagne mit dem Ziel der Abschaffung des Berufsbeamtentums.

Mit einem Festakt am 15. Dezember in Berlin begeht der BDZ sein 60-jähriges Bestehen.

Das siebte Jahrzehnt: Die Strukturveränderungen werden fortgesetzt

2009

Der BDZ kritisiert das Dienstrechtsneuordnungsgesetz, weil viele Chancen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes nicht genutzt worden sind. Allerdings ist es gelungen, die Einarbeitung der Sonderzahlung in die monatlichen Bezüge durchzusetzen. Dadurch ist das frühere »Weihnachtsgeld« nun Bestandteil der amtsangemessenen Alimentation und dem beliebigen Zugriff des Haushaltsgesetzgebers entzogen.

Gesetzliche Vorgaben erfordern eine grundlegende Überarbeitung der Beurteilungsrichtlinie (BRZV) und der Ausschreibungsrichtlinie (ARZV). Der BDZ gestaltet die Rahmenbedingungen maßgeblich mit, um eine bundesweit einheitliche Verfahrensweise zu gewährleisten.

Die Arbeitnehmerrechte werden durch ein wegweisendes Gerichtsurteil gestärkt. Dienstliche E-Mail-Adressen

dürfen für gewerkschaftliche Zwecke genutzt werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt war es wichtig, den hohen Stellenwert des Grundrechts der Koalitionsfreiheit in Erinnerung zu bringen.



Karikatur auf dem Cover des BDZ magazins
Dezember 2011 zum Weihnachtsgeld

Die berufliche Förderung der Tarifbeschäftigten in der Zollverwaltung wird neu geregelt. Es ist ein Meilenstein für die Personalentwicklung dieser Berufsgruppe. Durch gesonderte Ausschreibungen konnte bereits im November die Höhergruppierung von 150 Personen vermeldet werden.

BDZ und dbb setzen sich seit jeher für eine nachhaltige Finanzierung der Versorgung ein. Der 4. Versorgungsbericht widerspricht den bisherigen Negativprognosen: Beim Bund gibt es weniger Versorgungsempfänger als vorhergesagt, weniger Frührenten und deutlich verringerte Versorgungsausgaben. Durch Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds ist das System zukunftssicher aufgestellt.

2010

Das Jahr startet mit verschiedensten Protestveranstaltungen im Rahmen der Tarifrunde. Die Arbeitgeber hatten auch nach der zweiten Gesprächsrunde kein Angebot unterbreitet. Dies sorgt für Unverständnis bei den Beschäftigten, nachdem die Banken und die Wirtschaft in Folge der Finanzkrise durch milliardenschwere Schutzschirme gestützt worden waren. Die Gewerkschaften laufen Sturm gegen diese Nichtwürdigung derjenigen, die als Garanten eines stabilen Staates das Überstehen dieser und anderer Krisen erst ermöglichen.

In einem Gespräch mit Minister Dr. Wolfgang Schäuble erneuert der Bundesvorsitzende den Vorwurf, dass der öffentliche Dienst nicht weiter der Steinbruch zur Konsolidierung der

Staatsfinanzen sein dürfe. Trotz hoher Fehlbestände und dem sich immer deutlicher abzeichnenden demographischen Wandel seien die Einstellungszahlen seit Jahren zu niedrig. Der akute Personalmangel werde zusätzlich durch die Pauschal Stellen einsparungen verschärft.

Der permanente Einsatz des BDZ im politischen Bereich trägt Früchte. Beim 29. Gewerkschaftstag in Magdeburg erteilt der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Koschyk der Spaltung des Zolls eine eindeutige Absage. Im Kielwasser der sogenannten »Werthebach-Kommission« hatte es wüste Diskussionen über mögliche grundlegende organisatorische Veränderungen gegeben. Der BDZ hat sich schon immer energisch für den Erhalt und die Stärkung der Bundesfinanzverwaltung eingesetzt und sieht sich in seinen Zielen bestärkt.



Karikatur im BDZ magazin Januar/Februar 2013 zur »Bundespolizei«

Der BDZ widerspricht Medienberichten über eine angebliche »Top-Versorgung« von Beamtinnen und Beamten in scharfer Form. Bei den Ergebnissen

einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) handele es sich um eine verkürzte und unseriöse Darstellung. Der BDZ kritisiert die einseitige Berichterstattung, die viele Gesichtspunkte nicht berücksichtigt und letztendlich nur zu weiteren ungerechtfertigten Neiddebatten beiträgt.



Gespräch der Bundesleitung mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble am 11. Januar 2010

Am 11. Januar kommt Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble mit der Bundesleitung des BDZ in Berlin zu einem gewerkschaftlichen Spitzengespräch zusammen. Schäuble kündigt darin an, die begonnene Strukturreform der Zollverwaltung fortzusetzen. Nach Umsetzung des Feinkonzepts des Projekts »Strukturentwicklung Zoll« und einer Konsolidierungsphase werde eine Evaluierung durchgeführt. Ausdrücklich sagt Schäuble dem BDZ die gewerkschaftliche Beteiligung und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu. Für die beamteten Nachwuchskräfte des mittleren und gehobenen Dienstes erneuert er die Übernahmegarantie nach bestandener Laufbahnprüfung, die der BDZ erstmals mit Minister Theo Weigel vereinbart hatte.

Erneut müssen Presseberichte über angebliche Pläne einer Verschmelzung von Bundespolizei und Zoll dementiert werden. Verantwortliche des Bundesfinanzministeriums und des Bundesinnenministeriums stellen klar, dass es keine Fusion geben werde. »Wer sich diesen Unsinn ausgedacht habe, verfolge ein konkretes Ziel«, meint Hartmut Koschyk.

2011

Angestoßen durch den Leitantrag zum Gewerkschaftstag gibt der Bundesvorstand des BDZ den Auftrag für die Erarbeitung eines »Attraktivitätsprogramms Zoll 2015«. Viele der Forderungen nach besseren Fortkommensmöglichkeiten, einer höheren Laufbahndurchlässigkeit und sonstigen Verbesserungen wurden mittlerweile erfüllt. Einige stehen noch immer auf unserer Agenda, wie die längst überfällige Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit im Beamtenbereich oder die Schaffung von finanziellen Ausgleichen für Hochpreisregionen.

Die Forderungen des BDZ nach einer deutlichen Erhöhung der Einstellungszahlen für unsere Verwaltung werden nachdrücklicher. Durch die Anpassungen des Mindestlohns sowie durch die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die 2004 beigetretenen neuen EU-Mitglieder steigt der Arbeitsdruck in der FKS deutlich. Die Vollstreckungssachgebiete sind permanent unterbesetzt und es bilden sich Bearbeitungsrückstände.

Die Belastungen für die Beschäftigten steigen auch durch zusätzliche Aufga-

ben wie die Luftverkehrsabgabe, die Ökosteuer, die Erhöhung der Tabaksteuer, die Intensivierung der Bekämpfung der Geldwäsche, die Übertragung der Zuständigkeit für die Erhebung der Kfz-Steuer sowie die Zunahme des Schmuggels von Zigaretten und des Verbringens von synthetischen Drogen wie Crystal Meth.

Der BDZ thematisiert die Wegstreckenentschädigung bei Nutzung des privateigenen Kraftfahrzeuges. Die gezahlten Beträge sind aufgrund der extremen Preissteigerungen bei den Treibstoffen und sonstigen Betriebskosten nicht mehr kostendeckend.



Sitzung des Bundesvorstands vom 21. bis 23. Februar 2011 in Berlin

Der BDZ appelliert an das Bundesfinanzministerium, bei der künftigen Dienstkleidung Funktionalität, Modernität und die unverzichtbare Akzeptanz bei den Beschäftigten sicherzustellen. Er setzt sich erfolgreich dafür ein, dass keine Eigenbeteiligung von den Beschäftigten gezahlt werden muss.

2012

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich in der dritten Verhandlungsrunde in der Nacht vom 30. zum 31. März in Potsdam auf tabellenwirksame Einkommenssteigerungen von insgesamt 6,3 Prozent bei einer Laufzeit von 24 Monaten geeinigt. Ein hartumkämpfter Kompromiss, bei dem gerade der BDZ eindeutig Flagge gezeigt hat.



Einkommensrunde 2012

Im März gibt Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble die Zusage, die Pauschalen Stelleneinsparungen mit dem Haushalt 2013 zu beenden. Trotz massiver gewerkschaftlicher Proteste sind ab 1993 Planstellen und Stellen pauschal eingespart worden. Ein Aderlass, der die Belastungen für das Personal stark erhöht hat.



Dieter Dewes im Gespräch mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (2. Februar 2012)

Bei den Verhandlungen zu einer Änderung der Erholungsurlaubsverordnung gelingt es, die Anzahl der Urlaubstage altersunabhängig auf 30 Tage pro Jahr rückwirkend ab 2011 zu erhöhen.

Seit dem Jahr 2004 wird eine Praxisgebühr mit dem Ziel erhoben, die Anzahl der Arztbesuche zu verringern. Nachdem klar geworden ist, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde, können BDZ und dbb die Abschaffung auch im Beihilferecht durchsetzen.

Im Juni wird eine Mitarbeiterbefragung in der Zollverwaltung durchgeführt. Der BDZ kritisiert seit Langem, dass seit 2003 keine weitere Mitarbeiterbefragung stattgefunden hat. Mit seiner Mitgliederbefragung im Jahr 2009, deren Ergebnisse von der Verwaltung nicht anerkannt worden waren, setzte der BDZ ein Zeichen und gab den Anstoß zur erneuten Befragung der Mitarbeiter/innen.

Ende des Jahres bringt die Bundesregierung die Auflösung der Branntweinmonopolverwaltung auf den Weg. Der BDZ begleitet die sozialverträgliche Abwicklung der personalwirtschaftlichen Folgen eng.

2013

Die Zollverwaltung soll die Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Kraftfahrzeugsteuer nach einer Übergangszeit bis zum 1. Juli 2014 in eigener Zuständigkeit gewährleisten. Der anerkannte Bedarf von 1.771 Beschäftigten soll nach einem sogenannten »Maßgabebeschluss« des Haushaltsausschusses vom 8. November 2012

ausschließlich aus bestehenden Personalüberhängen, insbesondere aus dem Geschäftsbereich des BMVg, gedeckt werden. Der BDZ warnt schon frühzeitig, dass die Umsetzung der Vorgaben nicht wie geplant funktionieren würde. Leider behält er Recht: Die Personalgewinnung, die Übertragung der Aufgaben von den Ländern und die Kommunikation mit den vielen Millionen Steuerbeteiligten bringen die Verwaltung und die Beschäftigten an ihre Belastungsgrenzen.



Dieter Dewes im Gespräch mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und dem Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim Bundesfinanzministerium, Julian Würtenberger (18. Februar 2013)

Für Unruhe und Unverständnis sorgt ein unüberlegter Schnellschuss der Zollabteilung des BMF. Für die Berechnung der künftigen Personalverteilung sind für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit neue Indikatoren festgelegt worden – mögliche Folge: Standortschließungen. Die Vorgaben sind weder praxismäßig noch nachvollziehbar und ihre Festlegung ist ohne Beteiligung der Basis erfolgt. Der BDZ stellt sicher, dass die Umsetzung gestoppt wird.



Gewerkschaftstag 2014: Die neu gewählte Bundesleitung

2014

Der außerordentliche Gewerkschaftstag in Magdeburg steht unter dem Motto: »Mit Weitblick den Kurs bestimmen«. Als neuer »Kapitän« wird Dieter Dewes künftig maßgeblich die gewerkschaftliche Arbeit lenken. Er folgt Klaus-Hilger Leprich nach, der für seinen unermüdlichen Einsatz und fast 13 Jahre an der Spitze des BDZ zum Ehrenvorsitzenden ernannt wird.

Neben Adelheid Tegeler werden Christian Beisch, Wolfgang Kailer und Thomas Liebel zu Stellvertretern gewählt. Schwerpunkte des Podiumsgesprächs mit Staatssekretär Werner Gatzer und Zollabteilungsleiter Julian Würtenberger, in dem der neue Bundesvorsitzende gewerkschaftliche Grundsatzpositionen verdeutlichte und Zukunftskonzepte einforderte, sind die moder-

nen Steuerungsinstrumente, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, die Vollstreckung, die demografische Entwicklung, dienstrechtliche Reformen, die Förderung der Tarifbeschäftigten und die Betreuungssituation der Seniorinnen und Senioren.

Auf breiter Basis startet im Frühjahr die Überführung möglichst vieler Beschäftigter des einfachen in den mitt-



Gewerkschaftstag 2014: Podiumsdiskussion Staatssekretär Werner Gatzer, BDZ Bundesvorsitzender Dieter Dewes, Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim Bundesfinanzministerium Julian Würtenberger



Gewerkschaftstag 2014: Plenum

leren Dienst. Die Aktion geht auf Gespräche des BDZ mit der Leitung des BMF zurück. Auch in den Folgejahren setzt sich der BDZ für eine Übernahme der verbliebenen Beamtinnen und Beamten des einfachen Dienstes ein.

Der BDZ stellt sein Modell der Ämter spreizung mittels einer flexibleren Ausgestaltung der Dienstpostenbewertung vor. Eine Änderung des bestehenden Laufbahnrechts wäre nicht notwendig, da die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden können. Vorstellbar ist eine Bewertung einzelner Dienstposten für den mittleren Dienst bis Besoldungsgruppe A 11 und für den gehobenen Dienst bis Besoldungsgruppe A 15.

2015

Der BDZ intensiviert seinen steten Einsatz für eine heimatnahe Verwendung nach der Laufbahnprüfung. Das griffige von uns geprägte Motto »aus der Region – für die Region« steht dabei nicht nur für eine Personalpolitik, die sich an der persönlichen Lebenssituation der Beschäftigten orientiert, sondern hat auch bei der Personalgewinnung eine steigende Bedeutung.

Bei der Forumsveranstaltung im Oktober in Berlin wird wieder einmal je-

dem deutlich vor Augen geführt, warum sich der BDZ zu Recht als Fachgewerkschaft bezeichnet. In vier Foren diskutieren ca. 350 Delegierte mit Verwaltungsvertretern über dienstliche Problemfelder und suchen gemeinsam nach Lösungsansätzen.



Forumsveranstaltung 2015: Lebhafter Meinungsaustausch zwischen Dr. Claudia Hülsebusch (Unterabteilung III A), BDZ Bundesvorsitzendem Dieter Dewes, Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen Werner Gatzer und Julian Würtenberger (Abteilung III)

Höhepunkt der Veranstaltung ist die Ansprache von Minister Dr. Wolfgang Schäuble, der den BDZ als wichtigen Dialogpartner würdigt und die Leistungen der Beschäftigten lobt.

Im Nachgang der Forumsveranstaltung beginnt der schwierige Weg der Erarbeitung eines Seniorenbetreuungs-konzeptes, das der Minister zugesagt hat. Der Ansatz folgt langjährigen For-



Forumsveranstaltung 2015: Plenum

derungen des BDZ, kann aber aus gewerkschaftlicher Sicht nur ein erster Schritt zur Erfüllung der Fürsorgeverpflichtung des Dienstherrn sein.

2016

Nach der Errichtung der Generalzolldirektion finden die ersten Personalratswahlen statt. Die bisher regional zuständigen Bezirkspersonalräte sind entfallen. Künftig gibt es bundesweit bei der GZD als Oberbehörde nur noch einen Bezirkspersonalrat und einem (Gesamt-)Personalrat. Der BDZ fährt trotz der neuen Struktur wieder ein sehr gutes Ergebnis ein – mit Christian Beisch und Thomas Liebel als Spitzenkandidaten.

Zum Jahresbeginn wird das ITZBund errichtet. Rund 2.700 Beschäftigte, 12 bundesweite Dienstsitze und insgesamt etwa 1.000.000 Nutzende aus Verwaltung, Wirtschaft und Industrie, 85.000 betreute IT-Arbeitsplätze: Das sind nur einige, aber aussagekräftige Eckdaten des neugeschaffenen zentralen IT-Dienstleisters für die Bundesverwaltung. Der BDZ engagiert sich von Anfang an stark für die Beschäftigten dieser Behörde, die von großer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Bundesverwaltungen ist.

Nach dem Auslaufen des sogenannten »Verwendungsaufstiegs« soll nach Ansicht des BMI ein praxisorientiertes Format für einen Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn entfallen. BDZ und dbb können mit fundierten Stellungnahmen erreichen, dass auch weiterhin derartige Aufstiegsangebote bestehen bleiben.

Angesichts der steigenden fachlichen Anforderungen setzt sich der BDZ nachdrücklich für eine deutliche Steigerung der Durchlässigkeit der Laufbahnen für Leistungsträger in allen Laufbahngruppen ein.

dbb und BDZ fordern beim Bundesinnenministerium die Übertragung der gesetzlichen Vorgaben zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf auf die Bundesbeamten ein. Mittlerweile ist dieser Ansatz ein tragendes Element der Personalpolitik der Zollverwaltung geworden, dessen Beachtung von den BDZ-Fraktionen in den Personalräten sichergestellt wird.

In Interviews wendet sich Dieter Dewes nach der jährlichen Zolljahrespressekonferenz der Verwaltung an die Öffentlichkeit und stellt klar, dass der Zoll trotz der guten Ergebnisse zu schwach aufgestellt sei, um die enormen Aufgabenzuwächse auch künftig bewältigen zu können. Er macht deutlich, dass die für die Kontrolle des Mindestlohns bewilligten 1.600 Planstellen nicht ausreichen werden.

In der Diskussion um die Zukunft der Versorgungsrücklage fordern dbb und BDZ, dass diese zukunftssicher ge-



Anhörung im Innenausschuss des Bundestages (17.10.2016)

macht und vor Zugriffen der Politik geschützt werden muss. Sie setzen durch, dass bei jeder Besoldungs- und Versorgungsanpassungsrunde nur je einmal die Erhöhung gegenüber dem Tarifbereich um 0,2 Prozentpunkte geringer ausfallen und der Versorgungsrücklage zugeführt werden darf.

Der BDZ thematisiert frühzeitig die enormen Auswirkungen für die Zollverwaltung durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU.

2017



Am 20. März 2017 fanden zwei Anhörungen zur Maut im Verkehrsausschuss und Finanzausschuss des Bundestages statt, an denen für den BDZ der Bundesvorsitzende Dieter Dewes teilnahm.

Der BDZ nimmt im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu dem Gesetzentwurf zur Etablierung einer Kraftfahrzeug-Maut kritische Stellung. Er warnt eindringlich vor den rechtlichen und haushalterischen Risiken des Entwurfs, der eine grobe Fehlkalkulation des personellen und administrativen Aufwands beinhaltet.

Das Problem der Bearbeitung von Ausfuhrkassenzetteln im nicht kommerziellen Reiseverkehr an der Schweizer Grenze ist seit Jahren bekannt. Der BDZ kritisiert wiederholt, dass rund 150 Zöllnerinnen und Zöllner täglich Tausende von Ausfuhrkassenzetteln abstempeln müssen, ohne dass wirksame Kontrollen durchgeführt werden und Sanktionsmöglichkeiten bestehen, und fordert die Einführung eines automatisierten Verfahrens. Die Generalzolldirektion geht mit der Einrichtung eines Projekts einen wichtigen Schritt hin zu einer Automatisierung. Durch die Weigerung der Politik angemessene Wertgrenzen einzuführen, nehmen die Belastungen durch diese Aufgabe auch in den Folgejahren kaum ab.

In den letzten Jahren haben Bedrohungen und Angriffe gegen unsere Beschäftigten bedenklich zugenommen – sei es beim persönlichen Kontakt oder durch Verunglimpfungen im Internet. Der BDZ thematisiert beispielhaft die Bedrohung durch die sogenannten »Reichsbürger« und fordert die Verwaltung auf, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und für eine verstärkte Verfolgung bei Übergriffen zu ergreifen.

Zum 1. Juni nimmt die Financial Intelligence Unit (FIU) ihre Arbeit bei der Zollverwaltung auf. Die Zentralstelle für Geldwäsche-Verdachtsmeldungen war vorher beim Bundeskriminalamt angesiedelt. Die neue Einheit wird mit mehr Kompetenzen ausgestattet, kämpft aber mit vielen Anlaufschwierigkeiten, die insbesondere der großen Flut an Meldungen und Softwareproblemen geschuldet sind.



Hans Eich, Leiterin der Zentralabteilung Dr. Martina Stahl-Hoepner, Dieter Dewes (2017)

Durch den Einsatz des BDZ kann erreicht werden, dass die Erschwerniszulage für die Einsatzkräfte von OEZ und ZUZ erhöht wird und den Vollzugsbeamtinnen und -beamten eine erhöhte sogenannte »Schluckerzulage« zusteht. Dies ist nur ein Beispiel für den permanenten Einsatz des BDZ im Bereich der Zulagen. Insbesondere im Zusammenhang mit der Polizeizulage kann der BDZ auf viele Erfolge verweisen.

Durch die Errichtung der Generaldirektion und die Stärkung der Ortsebene ergeben sich neue Herausforderungen



Personalrätekonferenz in Kassel (2017)

für die Personalvertreter des BDZ. Über 120 von ihnen treffen sich im März in Kassel und diskutieren ange-regt mit Vertretern der Verwaltung. Vier Arbeitsgruppen bereiten unterschiedliche Themenkomplexe auf. Die Ergebnisse werden anschließend gemeinsam im Diskussionsforum lebhaft erörtert.

Neben der eingehenden Schulung seiner Jugend- und Personalvertreter ist es dem BDZ wichtig, diesen durch Veranstaltungen wie dieser das nötige Rüstzeug an die Hand zu geben, um die Interessen der Beschäftigten kompetent und nachdrücklich vertreten zu können.

Die BDZ-Jugend startet einen Vorstoß zur Bereitstellung von WLAN an den BWZ-Standorten. Eine Selbstverständlichkeit in vielen Bereichen des täglichen Lebens; leider schafft es die Verwaltung trotz weiterer Initiativen auch in den Folgejahren nicht, dies an allen Standorten umzusetzen.

Bereits 2014 ist der § 70a des Bundesbesoldungsgesetzes geändert worden. Der bislang erhobene Eigenanteil entfällt ersatzlos, sobald die Ausstattung

mit neuer Dienstkleidung beginnt. Damit wird eine Kernforderung des BDZ zur Neuordnung des Dienstkleidungswesens in der Zollverwaltung erfüllt.

Vielfältig sind die Einflussnahmen des BDZ im komplexen Prozess der Einführung neuer Dienstkleidung. Er setzt durch, dass alle Beschäftigten sich an der Meinungsbildung zur Farbauswahl beteiligen können und positioniert sich bei der Einbeziehung der Binnenzollämter sowie der Nachwuchskräfte. Unsere Personalvertreter bringen sich bei vielen Detailfragen des Ausstattungskonzeptes zum Wohle der Dienstkleidungsträger ein.



Abteilungsleiterin III Colette Hercher, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, BDZ Bundesvorsitzender Dieter Dewes (16. Mai 2017)

Der BDZ mahnt nachdrücklich die steigenden Belastungen durch die grenzüberschreitende Drogenkriminalität und andere Deliktfelder an. Eine höhere Kontrolldichte, eine bessere technische Ausstattung und begleitende gesetzgeberische Maßnahmen sind notwendig, um die Problematik in den Griff zu bekommen. Als wichtigen Schritt in die richtige Richtung wertet der BDZ die Umsetzung der schon lange geforderten Möglichkeit des Zugriffs auf Fluggastdaten, um eine gezielte Risikoanalyse durchführen zu können.

Insbesondere durch die Änderungen des Zollverwaltungsgesetzes werden viele Vorschläge des BDZ endlich umgesetzt: So werden die rechtlichen Grundlagen für eine bessere Kontrolle von Postsendungen geschaffen, deren Anzahl extrem ansteigt, sowie die Werkzeuge zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geschärft. Aus Sicht des BDZ findet das breite Feld der Internetkriminalität im sogenannten Darknet zu wenig Beachtung.

2018

Der von BDZ und dbb angeprangerte Raubbau am öffentlichen Dienst und der Personalnotstand spiegeln sich auch im Vergleich auf europäischer Ebene wider. Durch die rigorose Sparpolitik gibt es bundesweit rund 200.000 unbesetzte Stellen im öffentlichen Dienst. Gleichzeitig »entledigt« sich der Staat vieler wichtiger Aufgaben durch Privatisierungen und wirkungsgleiche Maßnahmen. Während Dänemark 16,1 Prozent seines Brutto-sozialprodukts für seinen öffentlichen Dienst aufwendet, befindet sich Deutschland auf dem vorletzten Platz des Rankings. Der BDZ startet vor diesem Hintergrund eine Gesprächstour mit Haushaltspolitikern aller Parteien, um frühzeitig Einfluss auf die Politik der gerade gewählten großen Koalition nehmen zu können.

Die GZD veröffentlicht die Details des Seniorenbetreuungskonzeptes. Viele unserer Forderungen werden umgesetzt, aber es besteht nach wie vor Verbesserungsbedarf.

Auch in der Einkommensrunde 2018 steht der BDZ wieder an vorderster Front bei den Demonstrationen. Letztendlich kann ein faires Ergebnis erzielt werden.

Im März weist der BDZ bei einer von ihm initiierten Gesprächsrunde auf akuten Handlungsbedarf bei den Service-Centern hin. Durch die Überlastung des Personals kommt es zu Wartezeiten von ca. 30 Tagen bei der Beihilfesachbearbeitung. Auch die Bereiche Reisekosten, Trennungsgeld und Versorgung sind notleidend.

Ab 1. Januar 2019 ist das Bundesverwaltungsamt für die Beihilfeanträge unseres aktiven Personals und der Versorgungsempfänger zuständig. Der BDZ stellt für das freigesetzte Personal eine sozialverträgliche personalwirtschaftliche Abwicklung sicher.

Aus- und Fortbildung sind von tragender Bedeutung für eine Verwaltung. Der BDZ thematisiert die Versäumnisse bei der Schaffung von Lehrsälen sowie Unterkünften und fordert Anreize, um wieder genügend Personal für die Lehrtätigkeit gewinnen zu können.

Nach einer Vielzahl von Gesprächen mit Haushaltspolitikern aller Parteien wird der langjährige Einsatz des BDZ belohnt: Dem Zoll werden im Bundeshaushalt deutlich mehr Planstellen zur Verfügung gestellt.

In Folge dieser Entwicklung fordert der BDZ von der Verwaltung eine Verbesserung der Ausbildungsinfrastruktur, eine Intensivierung der Personalgewinnung und ein Standortkonzept für die Einsatz- und Trainingszentren.



Gespräch der Bundesleitung mit Bundesfinanzminister Scholz: links ALin III Mildenberger, rechts Staatssekretär Böisinger (18. August 2018)

In einem ersten Gespräch mit Minister Olaf Scholz präsentiert die Bundesleitung ein breites Forderungspaket für eine deutliche Stärkung des Zolls und für eine Verbesserung der Berufsperspektiven des Personals.

Rund 140 Personalräte sowie hochrangige Vertreter aus dem BMF und der GZD erörtern in einer Personalrätekonferenz in Kassel die Herausforderungen und Chancen des anstehenden Personalzuwachses.



Personalrätekonferenz in Kassel: Plenum (2018)



Personalrätekonferenz in Kassel: Thomas Liebel, Tanja Mildenberger, Dieter Dewes, Colette Hercher (2018)

Der BDZ setzt durch, dass weiterhin ein praxisbezogenes Aufstiegsverfahren bestehen bleibt. Die fachspezifische Qualifikation nach § 38 BLV ersetzt den Verwendungsaufstieg. Es gelingt, nach der Etablierung des neuen Verfahrens Jahr für Jahr die Anzahl der angebotenen Stellen zu erhöhen. Der BDZ strebt mittelfristig 300 Aufstiegsmöglichkeiten pro Jahr vom mittleren in den gehobenen Dienst an. Leider weigert sich die Verwaltung hartnäckig ein vergleichbares Verfahren für den Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst anzubieten. Sie besteht darauf, dass ein Studium an der Fachhochschule des Bundes zu durchlaufen ist.



Personalrätekonferenz in Kassel: Frauen stark präsent (2018)

Bei einer Fachtagung des BDZ in Weimar zum Themenkreis FKS sagt Staatssekretär Dr. Böisinger (BMF) diesem Bereich verbesserte Kompetenzen und mehr Personal zu.

Minister Scholz hält seine Zusage ein, die Attraktivität des mittleren Dienstes zu steigern. Neben der Anhebung des Eingangsamtes auf A 7 erhöht er den Anteil der Beförderungsamter für Beförderungen aus der Besoldungsgruppe A 9m nach A 9m+Z.

Es zeichnet sich ab, dass umsatzsteuerliche Änderungen zu einer enormen Herausforderung für die zollrechtliche Behandlung von Postsendungen



Runder Tisch in Weimar (2018)



BDZ Bundesvorsitzender Dieter Dewes, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (2018)

werden. Aufgrund des Mehrwertsteuer-Digitalpakets ist mit zusätzlichem Abfertigungsbedarf in zweistelliger Millionenhöhe zu rechnen. Zusammen mit den erwarteten Auswirkungen des Brexit ist dies eine enorme Herausforderung und Belastung für die Beschäftigten der Zollverwaltung, insbesondere bei den Zollämtern, aber auch in der nachfolgenden Sachbearbeitung. Der BDZ setzt sich nachdrücklich für zusätzliches Personal und den schnellen, automatisierten Einsatz von geeigneter Software ein.

Im Rahmen einer Veranstaltung im November 2018 spricht der BDZ-Bundesvorsitzende Dieter Dewes mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier über die Herausforderungen für die Zollverwaltung.

Das achte Jahrzehnt: Die Corona-Pandemie erzwingt neue Wege in der Arbeitsgestaltung

2019

Das Jahr startet mit einem Gewerkschaftstag, der prominent besetzt ist. Minister Scholz stellt klar, dass der Zoll gut aufgestellt ist und keiner strukturellen Neuausrichtung bedarf. Dieter Dewes wird von den Delegierten in seinem Amt bestätigt. Ihm werden folgende Bundesleitungsmitglieder an die Seite gestellt: Adelheid Tegeler, Christian Beisch, Thomas Liebel, Peter Link und Michael May.



Gewerkschaftstag 2019: Podiumsdiskussion



Gewerkschaftstag 2019: Charly Wißmeyer, Matthias Foit, Bundesfinanzminister Olaf Scholz, Jochen Göller, MdB Andreas Schwarz, BDZ Bundesvorsitzender Dieter Dewes



Gewerkschaftstag 2019: Die neue Bundesleitung

Zu Schockwellen führt der Entwurf des Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes, der u. a. eine Halbierung des Familienzuschlags der Stufe 1 vorsah. Vertreter des BDZ verhindern die Umsetzung durch überzeugende Ausführungen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens. Letztendlich können Verschlechterungen abgewehrt und Erhöhungen bei den Zulagen auf den Weg gebracht werden.

Zwar ist die lang überfällige Grundsatzreform der Besoldung nicht gelungen, aber die Bereichszulage wird neu geschaffen. Der BDZ erreicht, dass diese auch berechtigten Tarifbeschäftigten gezahlt wird und der Empfängerkreis deutlich erweitert wird.

Auch in diesem Jahr lädt der BDZ wieder zu einer Forumsveranstaltung nach Berlin ein. Minister Scholz lobt den Einsatz und die Arbeit der Beschäftigten der Zollverwaltung und verspricht den über 300 anwesenden Kolleginnen und Kollegen, weiterhin vertrauensvoll mit dem BDZ zusammenzuarbeiten. In insgesamt vier Foren wird lebhaft über die Erledigung der dienstlichen Aufgaben diskutiert.



Forumsveranstaltung in Berlin (2019)



Forumsveranstaltung in Berlin: Podiumsdiskussion Thomas Liebel, GZD-Präsidentin Colette Hercher, St Bösinger, Dieter Dewes (2019)

Auch im Bundeshaushalt 2020 wird die Handschrift des BDZ deutlich sichtbar. Viele Forderungen nach Planstellen und finanziellen Verbesserungen werden erfüllt, wie z. B. die überfällige Einführung der Besoldungsgruppe A 13+Z.



Bundesjugendtag in Berlin: Tim Lauterbach, Viktoria Braun, Peter Schmitt, Nico Hellmuth (2019)

Beim ersten Bundesjugendtag wird der Grundstein gelegt für die künftige Arbeit der BDZ-Jugend. 70 Delegierte sind dafür nach Berlin gekommen und thematisieren Probleme der Ausbildung und andere Fragestellungen, die insbesondere jüngere Kolleginnen und Kollegen tangieren.

2020

Trotz der unsicheren Ausgangssituation durch die Corona-Pandemie gelingt es dem BDZ erneut, bei den Personalrats- und den gleichzeitig stattfindenden Jugend- und Auszubildendenvertretungswahlen ein hervorragendes Ergebnis einzufahren.

Das Jahressteuergesetz sieht zum Jahresbeginn eine Erhöhung der Tagelöhner vor. Der BDZ erneuert seine langjährige Forderung nach einer deutlichen Anhebung der Wegstreckenentschädigung.

BDZ und dbb sehen die beabsichtigte Errichtung einer Zentralstelle für Gewalttaten gegen Amtspersonen durch das BMI als Erfolg an. Dieter Dewes betont dabei die Notwendigkeit, noch konsequenter Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten der Zollverwaltung zu veranlassen.

Das Coronavirus beeinflusst und verändert das Leben aller Bundesbürger. Die Bedeutung eines funktionierenden Staates wird vielen deutlich vor Augen geführt. Trotz aller Belastungen und Risiken für die Beschäftigten gewährleisten diese die permanente Funktionsfähigkeit der Zollverwaltung.

Durch das Jahressteuergesetz 2019 wurde die Forderung von BDZ und dbb nach einem Ausbau der Steuerbegünstigung für Jobtickets erfüllt. Der BDZ drängt auf eine rasche Umsetzung durch Aufnahme der Verhandlungen mit den Verkehrsverbänden.

Der BDZ sieht sich durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts bestätigt, das die Voraussetzungen für die Annahme eines einheitlichen eingruppierungsrelevanten Arbeitsvorgangs großzügiger fasst. Der BDZ stellt klar, dass er nun eine schnellstmögliche Überprüfung aller Arbeitsplatzbewertungen erwartet.

Bereits 2014 hatte das BMF die Ausstattung der Zolldienststellen mit modernen Mobilfunkgeräten auf den Weg gebracht. Geräte wurden bisher jedoch nicht ausgeliefert. Der BDZ fordert nachdrücklich ein umgehendes Handeln.

Durch eine Satzungsänderung des Gewerkschaftstages werden die Fachausschüsse Grundsatz/OPH, Zölle und Steuern, Sicherheitsaufgaben sowie Informations- und Kommunikationstechnik zur Beratung der Bundesleitung eingeführt.

Mit dem Bundeshaushalt 2021 werden dem ITZBund zusätzliche 500 Planstellen zuerkannt, davon 154 Stellen für den IT-Betrieb der Bundesverwaltungen. Der BDZ sieht dies als ersten Erfolg seiner Bemühungen an. Weiteres zusätzliches kompetentes Personal ist aber notwendig, um die IT-Konsolidierung des Bundes zu gewährleisten.

2021

dbb und BDZ können wesentliche Änderungen bei der Verabschiedung der Verordnung zur Weiterentwicklung der



Bundesvorstandssitzung in Würzburg (2021)

dienstlichen Regelungen zu Arbeitszeit und Sonderurlaub erreichen, insbesondere bei den Vorgaben für Langzeitkonten, im Hinblick auf die Pflege und bei einer besseren Anrechnung von Reisezeiten auf die Dienstzeit.

Die vom BDZ durchgesetzten höheren Einstellungszahlen erfordern zusätzliche Kapazitäten bei der Ausbildung – ein lange vernachlässigter Bereich. Neben Leipzig wird in Erfurt ein weiterer Ausbildungsstandort geschaffen. Der BDZ wird den Ausbildungsbereich weiterhin eng begleiten.

Steter Tropfen höhlt den Stein – ein Satz, der die Gewerkschaftsarbeit oft begleitet, besonders beim permanenten Einsatz für Anpassungen der Beihilfevorschriften. Gemeinsam mit dem dbb erreichen wir deutliche Verbesserungen, wie die Erhöhung wichtiger Beträge, höhere Zuschüsse, die Anerkennung von neuen Therapieformen und von Fahrtkosten sowie Verbesse-

rungen für freiwillig gesetzliche Versicherte und bei der Erstattung von Auslagen im Zusammenhang mit der Corona-Problematik.

Der BDZ tritt als steter Mahner hinsichtlich der zunehmenden Verbrauchsteuerkriminalität auf und fordert das notwendige Personal sowie Optimierungen bei der Ausstattung für den Kontrollbereich und für den Zollfahndungsdienst. Der Schwarzmarkt boomt, wie auch der spektakuläre Aufgriff von 16 Tonnen Kokain im Hamburger Hafen jedem deutlich vor Augen führte.

Die Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes wird von dbb und BDZ eng begleitet und führt zu einer grundsätzlichen Revision des überalterten Gesetzeswerkes. Allerdings besteht weiterer Handlungsbedarf.

Im Vorfeld der Bundestagswahl zeigt der BDZ auf breiter Front Flagge für

die Belange der Zollverwaltung und führt viele Gespräche mit Politikern aller Parteien. Mit den sogenannten »Wahlprüfsteinen« fordern wir erneut eine Grundsatzklärung der Parteien zur Zollverwaltung ein, damit unsere Mitglieder diese Ausführungen in ihre Wahlentscheidung einfließen lassen können.

Zur Darstellung der wichtigen Rolle des Zolls in der Sicherheitsarchitektur trägt auch der Digitale Zolltag bei, den der Behörden Spiegel unter Beteiligung des BDZ veranstaltet. Er steht unter dem aussagekräftigen Motto: »Organisierte und Finanzkriminalität – Herausforderungen für die Sicherheit«.

Die Einstellungsoffensive der Zollverwaltung zur Gewinnung externer Kräfte begleitet der BDZ u. a. durch die Herausgabe der hilfreichen Broschüre »Tarif-Check«, die der Ständige Ausschuss Tarif erarbeitet hat.

Staatssekretär Dr. Rolf Bösingher gibt die Standorte für 11 Einsatztrainingszentren für unsere Vollzugskräfte bekannt. Der BDZ hat sich stets für die Professionalisierung der Aus- und Fortbildung eingesetzt, ist aber nach wie vor der Ansicht, dass es einer wesentlich höheren Anzahl dieser Einrichtungen bedürfte.

Ein Resümee zu den Beförderungen beweist eindeutig, dass es dem BDZ durch seinen erfolgreichen politischen Einsatz gelungen ist, die Beförderungssituation insbesondere im mittleren Dienst deutlich zu verbessern. So erhöhte sich die Anzahl der Planstellen seit 2014 in den Besoldungsgruppen A 9m und A 9m+Z jeweils um

mehr als 30 Prozent. Für die anderen Laufbahnen bleiben wir weiter am Ball.

2022

Die Zollverwaltung kann in Folge der Gespräche des BDZ mit der Politik mehr als 2.600 Nachwuchskräfte einstellen. Im mittleren Dienst sollen 1.650 Nachwuchskräfte ihre Ausbildung und im gehobenen Zolldienst 950 Nachwuchskräfte ihr Studium beginnen. Darüber hinaus sollen 32 Studierende im Bereich Verwaltungsfachinformatik eingestellt werden. Auch der Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst wird parallel weiterhin angeboten.

Bundesvorsitzender Dieter Dewes und der HPR-Vorsitzende Thomas Liebel kommen im Februar zu einem Meinungsaustausch mit Bundesfinanzminister Christian Lindner zusammen. Ein derartiges Treffen wird anderen Gewerkschaften kaum ermöglicht. Unsere Funktionäre setzen sich insbesondere



Dieter Dewes, Christian Lindner, Thomas Liebel (2022)

für eine kernstrukturelle Bestandsgarantie, für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und für eine Verbesserung der beruflichen Perspektiven ein.

Jahrelang hatte sich der BDZ für die sogenannte Eilzuständigkeit der Zollbeamten eingesetzt. Inzwischen sind die bestehenden Gesetzeslücken geschlossen und die Eilzuständigkeit bundesweit gesetzlich verankert.

Die Forderung des BDZ, alle Förderungsinstrumente der Bundeslaufbahnverordnung zu nutzen, um ein berufliches Fortkommen zu ermöglichen, wird endlich umgesetzt. Verbeamtete Zöllnerinnen und Zöllner, die privat einen höheren Bildungsabschluss erworben haben, können sich gemäß § 24 BLV im Rahmen von (externen) Stellenausschreibungen um den Dienstposten einer höheren Laufbahn bewerben.

Im Frühjahr finden bundesweite Aufbauschulungen des BDZ zum novellierten Bundespersonalvertretungsgesetz statt. Wir legen Wert darauf, dass unsere Personalräte ihre rechtlichen Möglichkeiten kennen, um die Belange der Beschäftigten optimal vertreten zu können.

Im Zwei-Jahres-Rhythmus werden die Jugend- und Auszubildendenvertretungen auf allen Stufen neu gewählt. Auch dieses Mal überzeugen die Kandidatinnen und Kandidaten des BDZ die Wahlberechtigten und erzielen wieder ein beeindruckendes Ergebnis.

Seit vielen Jahren kämpft der BDZ für die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage, um den anhaltenden Belastungen im Zollvollzugsdienst auch im Ruhestand Rechnung zu tragen. Nach einem aktuellen Gesetzesentwurf soll unser Ansatz endlich umgesetzt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Pläne des BMI nicht dem Rotstift haushalterischer Vorgaben des BMF zum Opfer fallen.

Nach Auffassung des BDZ umfassen alle Dienstposten der Besoldungsgruppen A 9m und A 13g auch die jeweiligen Zulagen. Das BMI hat unsere Auslegung bestätigt und damit der Rechtsauffassung des BMF widersprochen.



**Entwicklung des BDZ
im Laufe der Jahrzehnte**



Interview mit einem Gründungsmitglied

Joachim Balzer wurde 1923 geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er in Hamburg in den Zolldienst ein. Er wurde unmittelbar Mitglied des BDZ. Seine Mitgliedsnummer damals war die 91. Da es im Februar 1948 den BDZ nur in Hamburg gab, war Balzer das 91. BDZ-Mitglied bundesweit.

Zu Beginn seiner Karriere war Joachim Balzer Zollbetriebsassistent, dann Zollgrenzassistent und 1951 schließlich Zollassistent. 1953 begann er mit der Ausbildung im gehobenen Dienst. Diese dauerte damals 13 Monate. Nach bestandener Prüfung wurde er zum 1. Januar 1965 zum Zollinspektor ernannt.

Während seiner beruflichen Laufbahn war Joachim Balzer Zollkommissar und Sachbearbeiter bei den Hauptzollämtern Kehr wieder und St. Annen. Später wurde er stellvertretender Sachgebietsleiter für Verbrauchsteuern beim damaligen Hauptzollamt Kehr wieder. Er war auch stellvertretender

Sachgebietsleiter in der Außenprüfung. Um Zollamtsrat zu werden, wurde Joachim Balzer Sachgebietsleiter bei der Bundeskasse in Hamburg. Von dort ging er mit 63 Jahren mit Ablauf des Monats April 1986 in den Ruhestand.

Gewerkschaftlich hat sich Joachim Balzer zu Beginn seines Berufslebens als Vorsitzender des Ortsverbands beim damaligen Zollkommissariat Köhlbrand engagiert. Ab 2001 war er vier Jahre stellvertretender Vorsitzender des Ortsverbands Ruhestand. Im Zusammenhang mit seiner Wahl in dieses Amt erzählt er folgende Anekdote: »In meiner Vorstellung sagte ich, dass ich 78 Jahre alt bin und noch viele Interessen habe und noch gerne reise. Ich weiß nicht, ob ich damit überhaupt geeignet bin, das Amt eines stellvertretenden Ortsverbandsvorsitzenden auszuüben. Ich wurde daraufhin einstimmig gewählt.«

Herr Balzer, Sie sind am 9. Februar 1948 in den BDZ eingetreten. Welche Gründe haben Sie damals zu diesem Schritt bewogen?

Joachim Balzer: Der Eintritt in den BDZ war für mich eine Selbstverständlichkeit. Mir war klar, dass unsere Interessen nur durch einen Verband vertreten werden können. Da ich Zöllner war, hat mich der Verbandsname »Bund der Deutschen Zollbeamten« geradezu zum Eintritt aufgefordert.

1948 war das Gründungsjahr des BDZ. Wie haben Sie die Gewerkschaftsarbeit erlebt? Was waren die herausragenden Fragen und Probleme jener Zeit? Wie gestaltete sich die Verbandsarbeit des BDZ?

Joachim Balzer: Die Gewerkschaftsarbeit war von einer Aufbruchsstimmung gekennzeichnet. Die drängenden Fragen waren Gehaltsverbesserungen und eine bessere Organisation in der Ausübung des Dienstes, insbesondere bei den Arbeitszeiten. So waren 12-Stunden-Schichten keine Seltenheit.

Der Bezirksverband war für uns immer ansprechbar. Insbesondere der Kollege Wiethüchter hatte immer ein offenes Ohr für uns. Es gab viele Treffen der Ortsverbandsvorsitzenden der Grenzdienststellen. Vieles war damals in Bewegung. Der BDZ hatte kontinuierliche Erfolge. So wurde unsere Dienstbezeichnung »Zollbetriebsassistent« – eine Vorgabe der Engländer – auf Initiative von Erich Dentler in »Zollgrenzassistent« und 1951 in »Zollassistent« geändert.

Seit diesem Zeitpunkt gehörten wir dem mittleren Dienst an. Eine Urlaubsregelung wurde durchgesetzt, bessere Dienstkleidung beschafft, der Dienstsport gefördert, leichte Arbeitszeitverkürzungen erreicht und die Nachtdienstzulage erkämpft.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass permanent Verbesserungen erreicht wurden. Kleine Mosaiksteine wurden zu einem Ganzen zusammengesetzt.

Erich Dentler war der erste Bundesvorsitzende des BDZ. Von 1960 bis 1973 stand mit Rolf Robert Wiethüchter ein Hamburger an der Spitze des BDZ. Die Bundesgeschäftsstelle hatte ihren Sitz in Hamburg. Können Sie sich an persönliche Begegnungen erinnern?

Joachim Balzer: Ich kann mich noch an eine Ortsverbandsversammlung erinnern, in der ich mich mit Erich Dentler so gestritten habe, dass ich die Versammlung verlassen habe. Als ich nach Hause kam, wartete dort Erich Dentler auf mich, um sich mit mir wieder zu vertragen.

Rolf-Robert Wiethüchter war für mich immer ansprechbar. Insofern hatten wir viele schöne Begegnungen. Auch an die früheren Tanzveranstaltungen des BDZ im Curio-Haus erinnere ich mich gut. Meine Frau und ich haben sie immer gerne besucht.

In den Gründungsjahren war auch das Berufsbeamtentum noch keineswegs gefestigt. Der BDZ wandte sich gegen bestehende Tendenzen, diesen Status durch ein Anstellungsverhältnis zu ersetzen. Wie sicher waren Sie, ihre Berufsjahre als Beamter auf Lebenszeit zu verbringen?

Joachim Balzer: Ich war mir immer sicher, dass ich meine Berufsjahre als Beamter auf Lebenszeit verbringen werde, zumal ich erst ein halbes Jahr nach meiner Anstellung die Eignungsprüfung abgelegt habe.

Die Besoldung garantierte anfangs alles andere als eine Mindestversorgung. Wie sah Ihre finanzielle Situation damals aus?

Joachim Balzer: Nach der Währungsreform hatte ich während meines Einführungsjahrs einen Gehalt in Höhe von ungefähr 160 DM. Für die damalige Zeit war das recht ordentlich. Als Zollinspektor habe ich dann mit drei Kindern 496 DM verdient.

Nach den Aufbaujahren stellten sich rasch Erfolge ein. Der BDZ hatte maßgeblichen Anteil an Tausenden Stellenhebungen und zahlreichen Beförderungsmöglichkeiten. Wurden diese Verbesserungen als Verdienste des BDZ wahrgenommen?

Joachim Balzer: Ja, die Verbesserungen wurden als Verdienste des BDZ wahrgenommen. So war ich neun Jahre lang Zollinspektor. Nach nur vier Jahren als Oberinspektor wurde ich bereits Amtmann.

Mit dem europäischen Einigungsprozess und dem Wegfall der EU-Binnengrenzen wandelte sich auch das Gesicht der Zollverwaltung. Organisatorische Veränderungen wurden vom BDZ kritisch begleitet. Am Ende standen sozialverträgliche Lösungen, an denen der BDZ wesentlich beteiligt war. Fühlten sich die Beschäftigten damals in ihren Zukunftssorgen von ihrer Gewerkschaft ernst genommen?

Joachim Balzer: Es gab viele Veränderungen. Betrachtet man die Veränderungen nüchtern, war es eigentlich nicht so schlimm. Der BDZ hatte immer ein offenes Ohr für unsere Sorgen und Ängste. Ja, wir fühlten uns vom BDZ ernst genommen.

Wie hat sich die gewerkschaftliche Arbeit vor Ort im Lauf der Jahrzehnte entwickelt. Worin besteht beispielsweise der Unterschied zwischen damaligen und heutigen Ortsverbandsversammlungen? Gibt es heute mehr oder weniger Basisbeteiligung?

Joachim Balzer: Früher gab es teilweise lebhaftere Diskussionen. Für mich war es immer selbstverständlich, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Ich glaube, früher war der Zusammenhalt unter den Kollegen besser. Ob es heute mehr oder weniger Basisbeteiligung gibt, kann ich nicht sagen. Ich bin im April 1986 in den Ruhestand getreten. In den ersten Jahren meines Ruhestandes war ich noch Mitglied im Ortsverband der Oberfinanzdirektion, bis Werner Lembke mich fragte, ob ich

nicht lieber in den Ortsverband Ruhestand wechseln und dort aktiv mitarbeiten möchte. Im Ortsverband Ruhestand gibt es nach wie vor eine sehr intensive Basisbeteiligung.

Welches persönliche Fazit ziehen Sie nach 60 Jahren Zugehörigkeit zum BDZ? Aus welchen Gründen würden Sie Anwärterinnen und Anwärter, die heute zum Zoll kommen, – aus ihrer langjährigen Erfahrung heraus – einen Beitritt zum BDZ empfehlen?

Joachim Balzer: Ich denke, es hätte auch ohne den BDZ Verbesserungen gegeben. Ich bin mir aber sicher, dass der Umfang der Verbesserungen wesentlich geringer gewesen wäre. Ohne den BDZ wäre das heutige Gehalts- und Pensionsniveau deutlich niedriger. Die Arbeitszeit wäre länger. Die Planstellenhebungen und die Planstellenobergrenzen hätte es in diesem Umfang nie gegeben. Die Situation in der Zollverwaltung wäre ohne den BDZ heute deutlich schlechter und wir hätten auf Verbesserungen wesentlich länger warten müssen. Aufgrund meiner positiven Erfahrungen würde ich auch heute den Anwärterinnen und Anwärtern raten, in den BDZ einzutreten. Der BDZ ist für mich immer eine Stütze gewesen und ist es heute noch.

Der BDZ – die einzige echte Fachgewerkschaft

Der Begriff »Fachgewerkschaft« ist für uns nicht nur eine Worthülse, sondern ein Auftrag uns aktiv in wichtige Diskussionen und Prozesse einzubringen. Neben der Abgabe von Stellungnahmen und Einflussnahmen im politischen Bereich organisiert der BDZ auch große Veranstaltungen zu einzelnen Themenkomplexen – teilweise auch in Kooperation mit unserem Dachverband, dem dbb. Dabei werden Praktiker und Entscheider zusammengeführt, um Probleme zu erörtern und Lösungsansätze zu finden. Ziel ist es aber oft auch, unsere Anliegen medienwirksam aufzubereiten, um die Öffentlichkeit und die politischen Entscheider auf Handlungsbedarf aufmerksam zu machen oder um Protesten Nachdruck zu verleihen.

Beispielhaft hier einige ausgesuchte Aktionen:

Bei dem Protestmarsch im Jahr 1970 in die Bonner Beethovenhalle, muss der Staatssekretär beim BMF, Dr. Gerhard Reischl, seine Rede nach Tumulten abbrechen. Bundesvorsitzender Rolf Robert Wiethüchter erklärt unter tosendem Beifall: »Die Zollbeamten

haben es satt, sich noch länger zweitklassig behandeln zu lassen!« Am Ende des Protests stehen beachtliche Gehaltsverbesserungen.



Demonstration am 11. September 1982 in Bonn

Unter dem Eindruck der nach dem Regierungswechsel angekündigten Sparmaßnahmen nehmen 1982 rund 40.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an einer Großkundgebung des dbb in Bonn teil, die unter dem Motto »Protest und Solidarität« steht. BDZ-Mitglieder aus allen Teilen der Bundesrepublik folgen dem Aufruf.

In einer eindrucksvollen Kundgebung in Bonn-Bad Godesberg macht der BDZ 1989 auf die gravierenden Folgen

des Schengener Abkommens aufmerksam. Das BMF signalisiert seine Bereitschaft zu sozialverträglichen Lösungen.

Nach der Unterzeichnung eines Staatsvertrags über eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 18. Mai 1990 werden die Kontrollen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze am 1. Juli 1990 eingestellt. Die sich abzeichnenden Personalprobleme werden zum Thema von Großveranstaltungen in Helmstedt und Eschwege. Der BDZ warnt vor einer Entwicklung, an dessen Ende die Zöllner als Verlierer dastehen.

Im Zuge dieser Veränderungen erreichen BDZ und Hauptpersonalrat beim BMF Meilensteine bei der Sozialverträglichkeit und bei der Integration der Beschäftigten der DDR-Zollverwaltung in die Bundesfinanzverwaltung.

Rund 700 BDZ-Mitglieder nehmen 1993 an einer Protestdemonstration des dbb in der Bonner Beethovenhalle teil. Bundesvorsitzender Richard Müller beeindruckt mit einer kämpferischen Rede.

In der Forumsveranstaltung am 24. Januar 1996 in Weiden zur Situation des Grenzaufsichtsdienstes (GAD) lautet die Botschaft: Der GAD muss personell und technisch verstärkt und angemessen bezahlt werden.

Am 21. Mai 1996 lädt der BDZ Bundesfinanzminister Theo Waigel und seine Staatssekretärin Irmgard Karwatzki zu einer Forumsveranstaltung in Bonn zur Lage des Zollfahndungsdienstes ein.



Forum zur Lage des Grenzaufsichtsdienstes in Weiden (1996)

Eine weitere Forumsveranstaltung am 24. September 1996 in Dortmund befasst sich mit der Situation der Allgemeinen Zollverwaltung.

Über 1.500 BDZ-Mitglieder nehmen 1999 an der Demonstration des dbb in Berlin gegen die Sparpläne der Bundesregierung teil. In einer Protestresolution wird weiteren Nullrunden, einer ungleichen Bezahlung von Ost und West und einem rigorosen Stellenabbau eine klare Absage erteilt.

Mit über 500 Mitgliedern beteiligt sich der BDZ am 12. April 2000 an der Demonstration des dbb in Dresden gegen die Ungleichbehandlung der Bezahlung in Ost und West. »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« lautet der Slogan.

Zu einer Protestkundgebung des dbb am 10. November 2001 unter dem Motto »Kein Raubbau an der Altersversorgung« reisen mehr als 1.000 BDZ-Mitglieder nach Berlin-Treptow.

In einer großen Informationsveranstaltung am 24. Oktober 2001 in Weiden thematisiert der BDZ die Auswirkungen der beabsichtigten EU-Erweiterung, um sichere Planungsgrundlagen für die Beschäftigten zu erreichen.

Bundesfinanzminister Hans Eichel sagt bei einer Fachtagung des BDZ, die am 25. März 2002 unter dem Motto »Zoll wohin?« in Berlin stattfindet, den Bestand der Strukturveränderungen »für dieses Jahrzehnt und darüber hinaus« zu. Die Politik signalisiert außerdem Unterstützung für die Forderungen des BDZ, die Einstellungszahlen beim Zoll zu erhöhen und auf pauschale Stelleneinsparungen zu verzichten.

40.000 Beschäftigte folgen im gleichen Jahr dem Aufruf des dbb zu einer Großdemonstration am 14. Dezember 2002 in Berlin, um den Unmut des Personals gegen die angedrohte Nullrunde und die von den Ländern geplanten Öffnungsklauseln zum Ausdruck zu bringen. Die Mobilisierung des BDZ ist hoch: Über 1.800 Mitglieder beteiligen sich an dem Protest vor dem Brandenburger Tor.

Der BDZ veranstaltet am 4. und 5. Dezember 2003 in Dortmund eine Forumsveranstaltung mit rund 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet unter dem Motto »Wir schaffen Klarheit«. Es werden Workshops zu den Schwerpunktthemen gebildet, unter anderem zu der neu errichteten FKS. Mit Wirkung vom 1. Januar 2004 werden rund 500 Beamtinnen und Beamten sowie 2.000 Tarifbeschäftigte der Arbeitsmarktsinspektion der damaligen Bundesanstalt für Arbeit gesetzlich übergeleitet.

Unter dem Motto »Vorsicht Taschendiebe!« protestieren am 2. Februar 2006 in Berlin über 1.000 BDZ-Mitglieder gegen die Halbierung der Sonder-

zahlung und die erneute Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden. Ein von hohem Medienecho begleiteter Demonstrationzug bewegt sich von der Gedächtniskirche zum Bundeshaus.

In einer Forumsveranstaltung am 28. November 2006 in Berlin diskutieren im gleichen Jahr rund 400 Delegierte des BDZ mit Vertretern aus Politik und Verwaltung über die Konsequenzen des Projekts »Strukturentwicklung Zoll«.

»Acht Prozent« lautet die gemeinsame Forderung von dbb und ver.di in der Einkommensrunde 2008. In Berlin und Dortmund versammeln sich BDZ-Mitglieder, um gegen das Minusangebot der Arbeitgeber zu protestieren. In der Bundeshauptstadt ziehen über 400 BDZ-Mitglieder vor das Bundesfinanzministerium. Über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden bei der Abschlusskundgebung gezählt.

Die Proteste gehen weiter: Der BDZ beteiligt sich an weiteren Aktionen in Berlin, Hamburg, Hannover, Düsseldorf und Nürnberg. Dem Druck der Beschäftigten folgt ein Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in letzter Minute. Im Tarifbereich hat der Abschluss ein Gesamtvolumen von 8,7 Prozent.

Mit der Besoldungsanpassung gelingt auch die Angleichung Ost, die im gehobenen Dienst zum 1. April 2008 vorgezogen wird. Nach der Anhebung der Bezüge von Beamtinnen und Beamten des einfachen und mittleren Dienstes auf Westniveau zum 1. Januar 2008 war die Angleichung im gehobe-

nen Dienst ursprünglich erst für 2010 vorgesehen. Mit der vorgezogenen Anpassung Ost endet eine jahrelange Ungleichbehandlung. Auch dieses Ergebnis wäre ohne den gewerkschaftlichen Protest undenkbar gewesen.

Nach intensiver Vorarbeit zwischen dem BDZ-Bundesvorsitzenden Klaus H. Leprich sowie den Vertreterinnen und Vertretern des Bundesfinanzministeriums folgen über 150 Personalratsmitglieder der Einladung zu einer Personalräteschulung vom 28. bis 30. September 2011 nach Magdeburg; insbesondere werden Themen im Zusammenhang mit dem Projekt »Struk-

turentwicklung Zollverwaltung« erörtert.

Im Kampf gegen den zunehmenden Schmuggel mit der Droge Crystal muss der Zoll personell und sachlich besser ausgestattet werden. Dies fordert der BDZ bei dem Runden Tisch zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Drogenkriminalität am 11. Juni 2014 in Hof, an dem Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Staatsanwaltschaft, Kommunen und Zoll teilnehmen, um Strategien zur Lösung des Problems zu entwickeln, das – über die Regionen an der deutsch-tschechischen Grenze hinaus – immer größere Ausmaße annimmt.



Projekt »Strukturentwicklung Zoll« (v.l.n.r.) Frank Hönigschmid, Christof Heuwinkel, Dr. Martin Scheuer und Dieter Dewes



Forumsveranstaltung 2015: Dieter Dewes, Wolfgang Schäuble

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble würdigt den BDZ im Rahmen der Forumsveranstaltung »Dialogpartner im Interesse aller Beschäftigten« am 12. Oktober 2015 als wichtigen Ansprechpartner und hebt die Leistungen der Zöllnerinnen und Zöllner anerkennend hervor. Die Neustrukturierung der Bundeszollverwaltung nennt Schäuble keine einfache, aber eine richtige Grundentscheidung und geht

in seiner Rede auch auf die Rolle des Zolls bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ein.

Nach den Erfolgen seiner Themenreihe zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Drogenkriminalität bei Veranstaltungen in Bayern und Nordrhein-Westfalen setzt der BDZ mit weiteren Runden Tischen ein Zeichen gegen die drohende Ausbreitung der



Veranstaltung Runder Tisch 2014 in Hof



Veranstaltung Runder Tisch 2020 in Bremerhaven

Modedroge Crystal Meth und die Organisierte Kriminalität im grenzüberschreitenden Warenverkehr.

Über 120 Personalvertreterinnen und Personalvertreter des BDZ versammeln sich vom 22. bis 24. März 2017 zum Dialog über die aktuellen personalvertretungsrechtlichen Herausforderungen und Handlungsfelder der Zollverwaltung in Kassel.

Zum gleichen Zweck treffen sich dort auch im Oktober 2018 über 140 Personalräte des BDZ mit hochrangigen Gästen aus dem Bundesministerium der Finanzen sowie der Generalzolldirektion.

Bei der großen BDZ-Forumsveranstaltung 2019 in Berlin bestätigt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) im Dialog mit dem BDZ: »Auf den Zoll kann man sich verlassen.«

Auch der BDZ muss während der Corona-Pandemie auf Präsenzveranstaltung weitestgehend verzichten. Trotz unseres hohen Alters von 75 Jahren werden wir nicht müde werden, uns auch weiterhin fachlich fundiert für die Interessen der Beschäftigten nachdrücklich einzusetzen.

Die Bezirks- und Ortsverbände im BDZ

Anders als viele andere Gewerkschaften besteht der BDZ aus starken Bezirksverbänden, die rechtlich selbstständig und von denen viele eingetragene Vereine sind. Zu unterschiedlichen Zeitpunkten und auf unterschiedlichen Wegen sind die heute bestehenden 15 Bezirksverbände und die ihnen angegliederten 121 Ortsverbände entstanden. 1947 von Hamburg ausgehend – durch den Hafen seit jeher ein zöllnerischer Brennpunkt – fanden sich im ganzen Bundesgebiet Beamtinnen und Beamte zusammen, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Teilweise vereinten dabei auch Bundes- und Landesbeamte ihre Kräfte, darunter insbesondere Beschäftigte der Steuerverwaltungen.

Ein wichtiges Momentum war die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), das Berufsbeamten abzuschaften. Der DGB deklarierte den »völlig gleichberechtigten Einbau der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die neuen Wirtschaftskammern und deren Geschäftsführung«, eine sofortige Reform der Sozialversicherung bei »Erfassung aller in der Wirtschaft und Verwaltung tätigen Personen«, also die Einbeziehung der

Beamten in die Sozialversicherung. Die Höhe der Gehälter der Beamten und Angestellten sollte künftig zwischen Gewerkschaft und Verwaltung ausgehandelt werden. Der Hoheitscharakter des Berufsbeamtentums sollte als »überholtes Requisite« fallen und die Anstellung der Beamten durch Abschluss eines Tarifvertrags erfolgen.

Die Beamtinnen und Beamten wehrten sich gemeinsam unter dem Dach des Deutschen Beamtenbundes energisch gegen diese Bestrebungen und setzten sich letztendlich durch. Im Laufe der Jahre erfolgte aber eine allmähliche organisatorische Trennung der Beschäftigten der Zollverwaltung und der Steuerverwaltungen sowie allgemein eine stärkere Differenzierung zwischen Bundes- und Landesbeamten.

Die heutige Organisation der Finanzverwaltungen hat sich über Jahrhunderte entwickelt. Ein Meilenstein war die »Erzbergersche Finanzreform« (1919/1920), durch die der damalige Finanzminister Matthias Erzberger während der Weimarer Republik ein einheitliches Steuerverfahrensrecht und durch eine finanzwirtschaftliche Zentralisierung die Grundlagen für das

noch heute vorhandene deutsche Steuersystem schuf.

Im Gegensatz zu anderen Verwaltungen kam es bei der Reichsfinanzverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu einem völligen Zusammenbruch. Die Besatzungsmächte koordinierten die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes. 1949 wurde im Grundgesetz die im Grundsatz noch heute gültige Verteilung der Steuerverwaltungskompetenzen zwischen Bund und Ländern festgelegt. Im Jahr 1950 folgte das Gesetz über die Finanzverwaltung, das das Bundesministerium der Finanzen (BMF) als oberste Bundesbehörde, die Oberfinanzdirektionen als Mittelbehörden und die Hauptzollämter und Zollfahndungsstellen einschließlich der Hilfsstellen als örtliche Behörden definierte. Neben der Zollverwaltung waren auch die Bundesvermögens-, die Bundesforst- und die Bundesbauämter bei den Oberfinanzdirektionen beheimatet. Mit dem Finanzanpassungsgesetz wurde 1971 das Bundesamt für Finanzen geschaffen, das als Oberbehörde zwischen dem BMF und den Oberfinanzdirektionen angesiedelt wurde.

Die Oberfinanzdirektionen koordinierten die Zusammenarbeit der Finanzbehörden der Bundes- und der Länderverwaltungen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich die Bezirksverbände des BDZ in der Regel an den Oberfinanzbezirken orientierten und ihre Zuständigkeitsbereiche diesen regional anpassten.

Als Folge mehrerer Umorganisationsprozesse, etwa die Projekte »Strukturentwicklung Zoll« oder »NeuFin«, gab

es massive Veränderungen, insbesondere auf der Mittel- und der Ortsebene. Die Oberfinanzdirektionen verloren ihre Funktion als Bindeglied zwischen der Bundes- und den Landesverwaltungen. Ihre Anzahl wurde von 21 auf 8 reduziert. Nach der Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes wurden die Bundesabteilungen der bisherigen Oberfinanzdirektionen zum 1. Januar 2008 durch Bundesfinanzdirektionen ersetzt. Nach weiteren acht Jahren gingen diese dann 2016 in der jetzigen Generalzolldirektion auf.

Zuvor war zum 1. Januar 2005 zur Betreuung der Liegenschaftsangelegenheiten des Bundes die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben errichtet worden.

Zum 1. Januar 2006 wurde das Bundesamt für Finanzen (BfF) aufgelöst und in drei Ämter aufgeteilt. Die steuerlichen Aufgaben des BfF und steuerfachliche Aufgaben des BMF wurden in einem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) gebündelt. Die Aufgaben des Bundesamts zur Regelung offener Vermögensfragen (BARoV) und die Dienstleistungen des BfF für andere Behörden wurden in einem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) zusammengeführt. Die IT-Abteilung des BfF wurde mit dem Zentrum für Informations- und Datentechnik (ZID) der Zollverwaltung zu einem zentralen Dienstleister, dem Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik (ZIVIT), verschmolzen. Dieses ist inzwischen als Oberbehörde im Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund) aufgegangen.

Im Laufe der Jahre gab es stetig Veränderungen bei den örtlichen Dienststellen, insbesondere aufgrund des Wegfalls der Grenzkontrollen zu den Staaten der Europäischen Union. Einen besonders starken Einschnitt verursachte das Projekt »Strukturentwicklung Zoll«. Maßgeblich durch die Integration der 21 Hauptzollämter für Prüfungen wurde die Zahl der Hauptzollämter von 84 auf 43 drastisch reduziert (aktuell gibt es noch 41 Hauptzollämter). Gleichzeitig wurde die Zahl der Zollämter von 388 auf 277 eingeschmolzen. Die 21 Zollfahndungsämter mit 31 Außenstellen wurden in acht Ämter mit 24 Außenstellen umgewandelt.

Infolge der genannten Veränderungen – vor allem, sobald eine Umorganisationswelle durch die Finanzverwaltung schwappte – wurde stets lebhaft diskutiert, ob auch der BDZ seine Organisationsstruktur ändern solle. Dabei wiederholten sich stets zwei Grundsatzfragen: »Soll der BDZ seine regionale Gliederung auf Bezirks- und Ortsebene an die Struktur der Verwaltung anpassen?« und »Macht die Aufgliederung in Bezirks- und Ortsverbände noch Sinn oder sollte der BDZ stärker durch eine starke Zentralstelle gesteuert werden?«.

Bei den Ortsverbänden kam es immer wieder zu regionalen Veränderungen, oft nach der Auflösung oder Zusammenlegung von Dienststellen. Teilweise passten sich örtliche Verbände den Hauptzollamtsbezirken an, aber nach wie vor gibt es auch kleine Einheiten, die beispielsweise abgelegene Zollämter betreuen. Allerdings gab es nie ernsthafte Diskussionen über die Not-

wendigkeit dieser wichtigen Einrichtungen zur Betreuung der Mitglieder vor Ort. Sei es die Organisation von Veranstaltungen und Ausflügen, die Verteilung von Informationen oder die Sicherstellung der innergewerkschaftlichen Kommunikation – die Ortsverbände sind unverzichtbar für einen funktionierenden BDZ.

Bei den Bezirksverbänden – die hauptsächlich für die gewerkschaftliche Meinungsbildung und den Kontakt mit der Politik in ihrer Region zuständig waren – kamen immer wieder Überlegungen auf, ob man sich zusammenschließen sollte. Durch die Bündelung der Kräfte steigt natürlich der politische Einfluss, gleichzeitig nehmen aber die Probleme bei der Mitgliederbetreuung in der Fläche zu.

Nach der Umsetzung der Ergebnisse des Projektes »Strukturentwicklung Zoll« stellten sich einige Bezirke die Frage, ob die Zuständigkeiten nicht an die Grenzen der übrig gebliebenen Oberfinanzdirektionen bzw. ab 2008 an die der neu entstandenen Bundesfinanzdirektionen angepasst werden müssten. Eine einheitliche Linie hat es nie gegeben. Sogar eine Auflösung der Bezirksverbände wurde diskutiert, verbunden mit einer Stärkung der Bundesleitung und der Bundesgeschäftsstelle. Dieser Ansatz fand jedoch keine Mehrheit in den Gremien. Durch die Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse bei der Generaldirektion in Bonn hatten diese Überlegungen alle ein Ende. Seither hat es keine weiteren organisatorischen Veränderungen gegeben.

Gründung eines Bezirksverbands: Beispiel Westfalen

Die offizielle Gründung des Bezirksverbands Westfalen erfolgte auf dem ersten Bezirkstag in Münster am 9. und 10. Juli 1949. Im Folgenden soll daran erinnert werden, dass unter den westfälischen Zöllnern die Bemühungen um die Gründung einer reinen Beamtenvereinigung mindestens ebenso früh begannen wie in anderen Bezirken – allerdings zunächst gemeinsam mit den Kollegen der Steuerverwaltung.

Den Anlass zu den Bestrebungen, eine selbstständige Beamtenorganisation zu gründen, gab der DGB durch Forderungen, die auf eine Abschaffung des Berufsbeamtentums hinausliefen und ihm eine entscheidende Machtstellung gegenüber der Verwaltung sichern sollten. Der Hoheitscharakter des Beamtenberufs sollte als »überholtes Requisit« entfallen und die Anstellung durch Abschluss eines Tarifvertrags erfolgen. Die im Beamtenrechtsrahmengesetz nicht festgelegten beamtenrechtlichen Bestimmungen sollten mit der Gewerkschaft vereinbart werden. In Berlin wurde das Berufsbeamtenrecht tatsächlich abge-

schaft. Es ist erst nach Jahren wieder eingeführt worden.

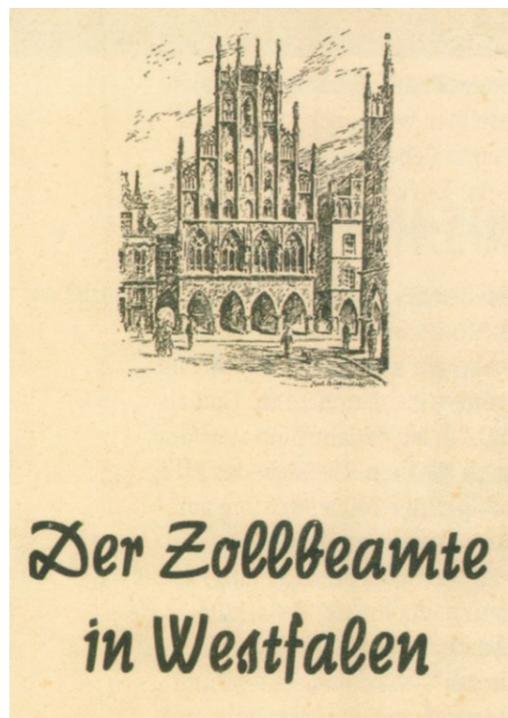
Den ersten Anstoß zur Bildung einer selbstständigen und vom DGB unabhängigen Beamtenorganisation gab eine vom 6. März 1947 datierte Aufforderung des Beamtenausschusses der in der Gewerkschaft »Öffentliche Betriebe« organisierten Beamten des Finanzamts Bielefeld an alle westfälischen Finanzämter, in der zum Eintritt in den DGB aufgefordert wurde. Demgegenüber forderten am 9. April 1947 Kollegen aus neun westfälischen Finanzämtern die Erhaltung eines unabhängigen Berufsbeamtentums und die Gründung einer besonderen Beamtenengewerkschaft. Bei der Oberfinanzdirektion Münster bildete sich daraufhin ein vorbereitender Arbeitsausschuss, der aus Steuer- und Zollbeamten bestand und schon im Juni 1947 seine Werbeschreiben an die Kollegen aller westfälischen Finanzämter und Zolldienststellen sandte.

Zu einer nach Hamm einberufenen Tagung erschienen am 22. Juli 1947 Vertreter von 41 Finanzämtern, sieben

Hauptzollämtern, der Inspektion des Zollgrenzschutzes und der Oberfinanzdirektion. Die Abstimmung ergab einstimmig den Willen zur Schaffung einer selbstständigen Beamtenorganisation.

Schon im August 1947 hatten 2.000 Steuerbeamte und 450 Zollbeamte durch Unterschrift ihre Zustimmung zur Gründung einer besonderen Beamtenorganisation gegeben. Dann aber verzögerte sich die geplante Gründung durch die Haltung der britischen Militärregierung, die damals noch das letzte Wort hatte. Sie sympathisierte eindeutig mit dem DGB und stand den Bestrebungen der Beamtenschaft mit dem größten Misstrauen gegenüber. Denjenigen Kollegen, die in der Gewerkschaftsbewegung neue und eigene Wege gehen wollten, wurden Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Weitere Beamtenversammlungen mit klaren Abstimmungsergebnissen machten auf die Militärregierung keinen Eindruck. Es folgten hochnotpeinliche Vernehmungen der Gründer und Organisatoren des neuen Verbandes. Informationen wurden eingeholt. Entnazifizierungsbescheide mussten vorgelegt werden, weil man die Gründung einer nationalsozialistischen Tarnorganisation befürchtete und es an Kollegen mangelte, die das »Tausendjährige Reich« ohne braune Tupfer überstanden hatten. Noch in einem Schreiben der Militärregierung vom 3. Dezember 1947 an einen Kollegen hieß es: »Die Vorarbeit, die Sie geleistet haben, stimmt nicht mit den Vorschriften der Militärregierung überein.«



Titelblatt der BDZ-Zeitschrift des Bezirksverbands Westfalen in den 50er Jahren

Schließlich erhielten die »Gründer« die Auflage, zunächst noch an drei Orten des Oberfinanzbezirks vorbereitende Versammlungen abzuhalten. Dadurch sollte der Beweis erbracht werden, dass der überwiegende Teil der Steuer- und Zollbeamten die Gründung einer selbstständigen Beamten-gewerkschaft wünschte. Diese noch unter der Kontrolle der Militärregierung geführten Versammlungen fanden im Februar und März 1948 in Dortmund, Münster und Bielefeld statt. Sie waren ein voller Erfolg, und aus der Mitte der Abgesandten wurden die Delegierten für die Gründungsversammlung gewählt. So konnte dann endlich am 29. April 1948 in Hamm die Gründungsversammlung des »Verbandes der Finanzbeamten Westfalen« stattfinden.

Die Bildung des Verbandes und die sofort einsetzende lebhafteste Organisationsarbeit hatten erheblichen Einfluss auf die Kollegen anderer Verwaltungen. Die Gründung des Deutschen Beamtenbundes, der erst am 14. August 1948 – also ein halbes Jahr später – in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen wurde, konnte der Verband der Finanzbeamten Westfalen mit wesentlichen finanziellen Mitteln unterstützen.

Inzwischen hatte jedoch der Bund der Deutschen Zollbeamten von Hamburg aus die Kollegen in der damaligen britischen Besatzungszone zum Beitritt aufgefordert. Da sich zudem zu dieser Zeit schon das »Auseinanderleben« der beiden Schwesterverwaltungen abzuzeichnen begann – die Zollverwaltung wurde Bundesverwaltung, die Steuerverwaltung blieb Landesverwaltung –, beschlossen die dem »Verband der Finanzbeamten Westfalen« angehörenden Zollbeamten die Grün-

dung eines eigenen Bezirksverbandes innerhalb des Bundes der Deutschen Zollbeamten und den Anschluss an diesen. Im Dezember 1948 wurde zu diesem Zweck ein vorläufiger geschäftsführender Vorstand bestellt.

Am 14. Februar 1948 wurde in Hamburg der Anschluss des Bezirksverbands Westfalen und der zur gleichen Zeit gegründeten Bezirksverbände Düsseldorf, Köln, Niedersachsen und Schleswig-Holstein an den BDZ beschlossen.

Zum 1. Januar 1949 schieden die Zöllner aus dem »Verband der Finanzbeamten Westfalen« aus, während sich die Kollegen der Steuerverwaltung bald darauf zum »Bund Deutscher Steuerbeamten«, der späteren Deutschen Steuergewerkschaft, zusammenschlossen. Mit einiger Verspätung fand am 9. Juli 1949 der erste Bezirkstag in Münster statt.

Autor: Paul Stöcker, Münster



Delegation des Bezirksverbands Westfalen bei der Bundeshauptversammlung in Hamburg (1953)



Prozesse und Ereignisse

Europäische Einigung

Der europäische Einigungsprozess prägt die Zollverwaltung nachhaltig und führt zahlreiche organisatorische Veränderungen herbei. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ist die ursprüngliche Bezeichnung des Zusammenschlusses europäischer Staaten zur Förderung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik im Rahmen der europäischen Integration. Im Jahre 1957 wird die EWG mit der Unterzeich-

nung der Römischen Verträge durch Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland gegründet. 1967 wird die EWG mit der Montanunion und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) zu den Europäischen Gemeinschaften zusammengefasst. Mit dem Vertrag von Maastricht von 1992 wird die EWG zur Europäischen Gemeinschaft (EG).



CESI Fachtagung 2020 in Budapest u.a. mit Christian Beisch (6.v.l.) und dem dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach (3.v.l.) (25. Oktober 2019)

1973 wird das Gebiet im Zuge der ersten Norderweiterung auf Dänemark, Irland und Großbritannien ausgedehnt.

Die erste Süderweiterung führt 1981 zum Beitritt Griechenlands.

Um die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes voranzutreiben, vereinbarten fünf europäische Staaten im Jahr 1985 das sogenannte Schengener Abkommen, durch das auf Kontrollen des Personenverkehrs an den gemeinsamen Grenzen verzichtet wird. 1990 werden dann die konkreten Verfahrensabläufe der Umsetzung des Übereinkommens festgelegt. Während innerhalb des Schengen-Gebiets die Grenzkontrollen wegfallen, wird an den Drittstaaten aber weiterhin kontrolliert. Im Zeitablauf wird das Abkommen sukzessive auch auf Nicht-EU-Staaten erweitert.

Im Rahmen der zweiten Süderweiterung treten 1986 Portugal und Spanien bei.

Mit der Vollendung der Deutschen Einheit 1990 wird das Gebiet der ehemaligen DDR Teil der europäischen Gemeinschaft.

Die zweite Norderweiterung umfasst 1995 die Länder Finnland, Schweden und Österreich.

2004 treten die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern der EU bei.

2007 werden unter strikten Auflagen Bulgarien und Rumänien in die EU aufgenommen. Das Gemeinschaftszoll-

recht gilt aber grundsätzlich auch in den neuen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien.

Bis zum 1. Juli 2013 – und somit 10 Jahre – hat Kroatien auf den EU-Beitritt gewartet.

Mit dem Beitritt entfallen alle Zölle und Handelshemmnisse im Warenverkehr mit und zwischen den übrigen Mitgliedstaaten der EU.

Nach einem langwierigen Prozess tritt das Vereinigte Königreich mit Ablauf des 31. Januar 2020 aus der Europäischen Union aus – es kommt zum sogenannten Brexit. Während einer Übergangsphase bis zum 24. Dezember 2020 wird das Vereinigte Königreich zollrechtlich aber noch wie ein Mitgliedstaat der Europäischen Union behandelt. Am 24. Dezember 2020 wird zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ein Handels- und Kooperationsabkommen geschlossen. Ohne dieses wäre das Vereinigte Königreich ab dem 1. Januar 2021 wie ein Drittland zu behandeln gewesen.

Durch das Nordirland-Protokoll bleibt Nordirland zwar Teil des britischen Zollgebiets, aber alle relevanten Binnenmarktregeln der EU sowie der EU-Zollkodex werden in Nordirland weiter angewendet. Dies bedeutet, dass Nordirland zollrechtlich so behandelt wird, als ob es zum Zollgebiet der Union gehören würde.

Der BDZ macht im Rahmen des Brexits immer wieder auf die erhöhten Belastungen für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen aufmerksam, die

zunächst aus dem stark erhöhten Anfrageaufkommen von Beteiligten resultierten. Durch diese Anfragen wird offenkundig, dass es teilweise an grundsätzlichem zollrechtlichem Basiswissen mangelt.

Der BDZ kritisiert, dass der ursprünglich angenommene Personalmehrdarf von 900 zusätzlichen Planstellen viel zu gering angesetzt wurde. Der BDZ fordert eine signifikante Erhöhung der Planstellensituation zur Bewältigung des Brexits nicht nur für die Warenabfertigung, sondern auch für die die Folgeprozesse zu behandelnden Arbeitsbereiche.

Zudem weist der BDZ immer wieder auf die Probleme hin, die sich aus dem zeitlichen Zusammentreffen von Brexit und dem Mehrwertsteuer-Digitalpaket ergeben. An sich hatte man das unmittelbare Aufeinandertreffen der beiden Größen Brexit und E-Commerce (hier die Umsetzung des Mehrwertsteuer-Digitalpakets) vermeiden wollen. Dieses Ziel wird allerdings verfehlt. Lediglich ein halbes Jahr liegen beide Ereignisse nun nur noch auseinander. Dies führt zu zusätzlichen Belastungen beim Zoll. Hier fordert der BDZ nicht nur eine haushalterische Anerkennung des Personalbedarfs für die Umsetzung des Mehrwertsteuer-Digitalpakets zum 1. Juli 2021, sondern auch geeignete Maßnahmen, die die Kolleginnen und Kollegen bei der Bewältigung dieser Aufgabe unterstützen.

Der BDZ wird nicht müde zu verdeutlichen, was der Brexit tatsächlich an Mehraufwand mit sich bringt und dass im Ergebnis das Handels- und Koope-

rationsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich für den Zoll zu keinen Erleichterungen führt. Für eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung muss sowohl die Personal- als auch die Sachausstattung gestärkt werden.

Europäische Zollunion

Mit der Verwirklichung der Europäischen Zollunion werden zum 1. Juli 1968 gemeinsame Außenzölle gegenüber Drittländern errichtet. Mit dem Inkrafttreten der Zollunion einigten sich die sechs Gründerstaaten der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf folgende Prinzipien:

- An den Binnengrenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten sind keinerlei Zölle zu entrichten.
- Einfuhren von außerhalb der EU unterliegen EU-weit demselben Zollsatz.
- Für Waren von außerhalb der EU gelten dieselben Ursprungsregeln.
- Der Zollwert wird gemeinschaftlich festgelegt.

Mit dem Inkrafttreten der Zollunion schaffen die Gründungsstaaten eine der wichtigsten Grundlagen für die Europäische Union – ein Prozess, der auch für die deutsche Zollverwaltung tiefgreifende Folgen hat.

Der BDZ begleitet die Entwicklung der Zollunion seit ihrem Inkrafttreten engagiert und setzen sich vor allem bei der Umsetzung organisatorischer Veränderungen mit Erfolg für die Vermeidung sozialer Härten ein.

Europäische Gewerkschaftsarbeit

Der BDZ erkannte früh, dass sich Gewerkschaftsarbeit ausschließlich im nationalen Kontext nicht mehr erfolgreich gestalten ließ. Das vereinigte Europa greift in viele Prozesse ein, die unmittelbar auch die Beschäftigten der Bundesfinanzverwaltung betreffen. Europäische Rechtsvorschriften gelten in zahlreichen Bereichen dieser Verwaltung unmittelbar. In anderen Bereichen gilt vielfach harmonisiertes Recht. Aber auch die Berufsbedingungen werden durch europäische Normen beeinflusst.

Seit 1963 besteht die Union des Finanzpersonals in Europa (UFE), an deren Gründung und Entwicklung der BDZ maßgeblich beteiligt war. Die UFE ist eine gewerkschaftliche Dachorganisation der Finanzverwaltungen Europas mit mehr als 400.000 Mitgliedern aus den Steuer-, Zoll- und Finanzverwaltungen Europas.

Darüber hinaus bildete sich die Europäische Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI) als Zusammenschluss europäischer Gewerkschaften heraus. Die CESI vertritt die Interessen von mehr als acht Millionen Beschäftigten in Europa. Sie nimmt am sozialen Dialog in Europa teil und macht sich für die Interessen der Beschäftigten innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes stark.

Deutsche Teilung, Wende und Wiedervereinigung

Am 9. November 1989 wurde die Weltöffentlichkeit mit der Nachricht überrascht, dass die DDR ab sofort ihre Grenzen zur Bundesrepublik und nach West-Berlin öffnen werde. Dies gelte im Vorgriff bis zum Inkrafttreten des vorgesehenen neuen Reisegesetzes.

In einem wahren Massenansturm feiern die Menschen der DDR ein begeistertes Wiedersehen mit den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland.

Mit dem Wegfall der innerdeutschen Grenze endet die Teilung Deutschlands.

An der innerdeutschen Grenze mit ihrem »Eisernen Vorhang« nahmen im Jahr 1990 rund 3.000 Beschäftigte der Zollverwaltung Aufgaben an 10 Hauptzollämtern, 100 Grenzkontrollstellen und 18 Zollkommissariaten wahr. Mit der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 sind diese Aufgaben fast völlig entfallen.

Von der Auflösung der Dienststellen an der Ostgrenze sind schwerpunktmäßig rund 2.700 Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes betroffen. Für sie stehen etwa 1.700 Arbeitsplätze in den Verstärkungsbereichen zur Verfügung.

In der vom BMF einberufenen Arbeitsgruppe »Ostgrenze« plädiert der BDZ dafür, Bedienstete, die vom Abbau des Personalüberhangs betroffen sind, mithilfe gezielter Fürsorgemaßnahmen und Mobilitätsanreizen in andere Dienststellen zu versetzen. Bediensteten, denen eine Versetzung in weiter entfernte Bereiche aus »schwerwiegenden sozialen Gründen« nicht zumutbar ist, sollen nach Möglichkeit eine Beschäftigung im grenznahen Raum erhalten. Eine Vielzahl heimatnaher Anschlussverwendungen werden tatsächlich in erfreulichem Umfang erreicht.

Die übertarifliche Anwendung der Tarifverträge über den Rationalisierungsschutz wird anerkannt. Zum Vorteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelingt es dem BDZ und seiner Mehr-

heitsfraktion im Hauptpersonalrat, dass der Tarifvertrag nicht zwingend zur Anwendung kommen muss.

Gewerkschaftliche Betätigung in der DDR-Zollverwaltung

Die Zollverwaltung der DDR war für die staatliche Kontrolle sämtlicher Waren-, Devisen- und Geldverkehre nach dem Zollgesetz, dem Devisengesetz und der Geldverkehrsordnung zuständig. Ihr Vorläufer ist das 1952 errichtete Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW).

Nach dem Mauerbau im August 1961 und der Einrichtung von Grenzübergangsstellen wird die Pass- und Zollkontrolle in der DDR ab 1962 schrittweise neu strukturiert und untersteht bis zum 3. Oktober 1990 dem Ministerium für Außenhandel. Sie besteht aus der Hauptverwaltung in Berlin, acht Bezirksverwaltungen in den Städten Berlin, Dresden, Erfurt, Frankfurt an der Oder, Leipzig, Magdeburg, Potsdam und Rostock sowie 61 Grenzzollämtern, 15 Binnenzollämtern, 14 Postzollämtern und 20 Zollfahndungsämtern.

Neue Strukturen für die Arbeit des AZKW folgen aus dem Staatsvertrag von 1955 mit der Sowjetunion. Die Zollorgane in Ost-Berlin werden aufgelöst und die Aufgaben direkt dem AZKW übertragen, das nun auch grenzpolizeiliche Funktionen an den Westgrenzen, am westlichen Ring um Berlin und ab 1960 an der Seegrenze der DDR erhält.

Neben herkömmlichen Zollaufgaben wie der Kontrolle der Warenströme an den Grenzen nimmt die Verhinderung

von Menschenschleusungen aus dem Gebiet der DDR in die BRD einen herausragenden Platz in der täglichen Dienstdurchführung an den Grenzübergangsstellen ein.

Die Zollverwaltung wird als Organ des Ministerium für Außenhandel von der Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit (Sicherung der Volkswirtschaft) kontrolliert. An Grenzübergangsstellen arbeitet die Zollverwaltung mit der Passkontrollenheit des Ministeriums für Staatssicherheit eng zusammen. Eine gleichgelagerte Zusammenarbeit gab es im Rahmen der Postkontrolle in den Postzollämtern.

In der Zollverwaltung der DDR hatten gewerkschaftliche Aktivitäten keinen Raum. Erst die Wende bringt den Zöllnerinnen und Zöllnern in der DDR die Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und zu betätigen. Im Frühjahr 1990 werden in den einzelnen Zolldirektionen der DDR-Zollverwaltung Koordinierungsgruppen zum Aufbau einer Gewerkschaft gebildet.

Am 3. März 1990 findet der Gründungskongress der Gewerkschaft der Zöllner (GdZ) statt. In fairen Verhandlungen auf Augenhöhe wird am 20. März 1990 ein Kooperationsvertrag zwischen der GdZ und dem Bund der Deutschen Zollbeamten (BDZ) geschlossen.

Zu den Gründungsmitgliedern der GdZ gehören Wolfgang Fischer, Hubert Germer, Hans-Hubert Herzog und Günter Hingst, die später Mitglied im Bundesvorstand werden.



BDZ-Bundesvorsitzender Müller und GdZ-Gründungsmitglied Wolfgang Fischer beim Austausch des Vertrags über die Fusion zwischen BDZ und GdZ (1990)

Im April 1990 wird in Thüringen noch zu DDR-Zeiten der erste Bezirksverband gegründet. Bis zum Sommer folgen Bezirksverbände in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Am 1. Juli 1990 werden die Kontrollen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze eingestellt.

Auf der ersten Hauptversammlung ihrer Gewerkschaft in Plessow haben die Zöllner der DDR am 14. Juli 1990 die Einführung des Beamten- und Personalvertretungsrechts und die Angleichung an das Besoldungsniveau der



Bundesrepublik gefordert. Zugleich traten sie für sozialverträgliche Lösungen im Zusammenhang mit Strukturveränderungen und personellen Reduzierungen ein.

Zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Zöllner (GdZ) wird Wolfgang Fischer gewählt. Die Delegierten bestätigen den zwischen der GdZ und dem Bund der Deutschen Zollbeamten abgeschlossenen Kooperationsvertrag, der auf eine baldige Fusion der beiden deutschen Zollgewerkschaften abzielt.



Einer der ersten deutsch-deutschen Lehrgänge in Leipzig (1990)

Auf Basis des Vereinigungsbeschlusses vom 11. September 1990 folgt dann am 3. Oktober 1990, dem Tag als die Volkskammer der DDR den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland erklärt, der Zusammenschluss der beiden Gewerkschaften unter dem Dach des BDZ.

Quellen: Zeitzeugen, »ddr89.de/chronik« und Veröffentlichungen des BDZ Stralsund

Zeitschrift der »Gewerkschaft der Zöllner« (GdZ)

Gewalt gegen Zollbeamte

Todesschüsse in Rheinland-Pfalz erinnern an vergleichbare Fälle beim Zoll

Am Morgen des 31. Januar 2022 wurden eine 24 Jahre alte Polizeianwärtin und ihr 29 Jahre alter Kollege bei einer Verkehrskontrolle im Landkreis Kusel in Rheinland-Pfalz durch Schüsse tödlich verletzt.

Der BDZ hat mit Bestürzung und Trauer auf diese Tat reagiert. Der Bundesvorsitzende Dieter Dewes erklärte: »Diese schlimme Tat erfüllt uns mit Trauer und Entsetzen. Unsere Gedanken und unsere Anteilnahme sind bei den Hinterbliebenen und Angehörigen der Polizistin und des Polizisten.«

Die schreckliche Tat weckt Erinnerungen an den 10. Februar 1998, als in Ludwigsdorf und Konstanz nach Schießereien an der Grenze jeweils zwei Zollbeamte bei ihrer Dienstaufübung starben. An der damaligen deutsch-polnischen Grenze auf der Einreisepspur des Zollamts Ludwigsdorf nahe der sächsischen Stadt Görlitz wurden Zollobersekreter Thomas Haupt und Zollobersekreter Ralph Schulze von einem offenbar psychisch gestörten Mann aus Kasachstan erschossen.

Nur wenige Stunden später starben an der deutsch-schweizerischen Grenze am Zollamt Klein-Venedig in Konstanz Zollhauptsekretär Thomas Lachmaier und der ihm zu Hilfe eilende Schweizer Gefreite Stefan Jetzer unter den Schüssen eines Waffenschmugglers.

Diese schrecklichen Ereignisse lösten damals eine heftige Diskussion über die Sicherheit an den Grenzen aus. Die



Gedenkstein beim Zollamt Ludwigsdorf-Autobahn



Gedenkstein an der Abfertigungsstelle Konstanz-Klein Venedig

Standards der Eigensicherung wurden daraufhin verbessert. Unterziehweschwesten wurden als persönliche Schutzausrüstung eingeführt und die Funktion eines Beamten für Eigensicherung geschaffen.

Die hohen Sicherheitsstandards wurden allerdings auch mit Skepsis gesehen. So war und ist die in der Zollverwaltung praktizierte Tragepflicht für Schutzwesten durchaus umstritten. Deshalb hat sich der BDZ immer für einen höheren Tragekomfort eingesetzt, dabei aber nie die Notwendigkeit in Zweifel gezogen. Der BDZ hat stets bei der Verwaltung ein Höchstmaß an Sicherheit gefordert und gleichzeitig an die Beschäftigten appelliert, die Eigensicherung ernst zu nehmen.

Weitere tragische Vorfälle gab es durchaus auch in der Zollverwaltung:

So wurde am 3. Juli 1951 der Zollassistent Georg Nirschl von der Grenzaufsichtsstelle Hohenberg an der Eger im Dienst erschossen. Er verrichtete mit seiner Zollhündin Berta und dem Zollassistenten Fritz Popp Grenzaufwachtsdienst. Sie postierten in der Nacht im Egergrund zwischen der Pfeifermühle/Hohenberg und Sommerhau unter der Grünstegbrücke. Plötzlich sprang Nirschls Zollhündin auf und lief in Richtung Grenze. Nirschl rannte hinterher und wurde von Maschinenpistolen-schüssen der tschechischen Grenzsoldaten getroffen. Er verstarb an Ort und Stelle. Die Hintergründe wurden unseres Wissens nie aufgeklärt.

Am 14. Oktober 1972 wurde der 37-jährige Zollobersekretär Anton Kreim hinterrücks in den Räumlichkeiten des Zollamts am Grenzübergang Schafberg erschossen. Erst 1997 wurde bekannt, dass der Täter ein 22-jähriger Tschechoslowake war, der seinen

Grundwehrdienst beim damaligen tschechoslowakischen Grenzschutz ableistete und betrunken die Grenze in Richtung Bayern überquert hatte.

Der BDZ hält die Erinnerung an all diese unfassbaren Taten wach. Die Kollegen, die in zöllnerischen Alltagssituationen Opfer hinterhältiger Täter wurden, hatten keine Chance, sich der Anschläge auf ihr Leben zu erwehren.

Die Morde bleiben sinnlos und erschüttern noch heute. Vor allem den Familien der ermordeten Kollegen gilt weiterhin das Mitgefühl für den unersetzlichen Verlust, den sie erleiden mussten.

Bei der Jahrestagung des dbb gab es Anfang Januar 2022 eine klare Ansage von Bundesinnenministerin Nancy Faeser zur Gewalt gegen Beschäftigte: »Die Täter müssen konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Wir brauchen einen besseren Schutz für Betroffene und wollen für eine wirkungsvolle Prävention sorgen.« Als »unerträglich« bezeichnete Faeser die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte und insbesondere gegen Sicherheitskräfte. »Die Polizistinnen und Polizisten verteidigen unsere Demokratie auf der Straße und halten ihren Kopf hin – ihnen müssen wir als Politiker mehr Rückendeckung geben.« Auch die Arbeitsbedingungen müssten verbessert werden, und hierzu zähle für sie unter anderem auch die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage als eine Form der Anerkennung. Dies entspricht einer langjährigen Forderung des BDZ. Zusammen mit dem dbb werden wir die

Umsetzung dieser Ankündigung begleiten und sicherstellen, dass auch die Vollzugskräfte der Zollverwaltung einbezogen werden.

Gemeinsam mit den Personalvertretungen ist der BDZ ständig im Einsatz, um sicherzustellen, dass seitens der Verwaltung alles getan wird, um die Gefahren für die Beschäftigten soweit möglich zu reduzieren – sei es durch gute Ausstattung, ständiges Einsatztraining oder auch verschiedenste Arten der Prävention.





Interessenvertretung

Seniorenbereich: Altersversorgung sichern und Fürsorge verbessern

Im Jahr 1993 beschloss die Bundeshauptversammlung des BDZ in Bonn-Bad Godesberg auf Antrag des Bezirksverbands Hamburg die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft »Bedienstete im Ruhestand und Hinterbliebene«. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass immer mehr Mitglieder des BDZ Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und Hinterbliebene sind und deren Interessen besonderer Berücksichtigung bedürfen.

Im Rahmen einer Satzungsänderung durch die Bundeshauptversammlung im Jahre 2005 in Nürnberg wurden die

bisherigen Arbeitsgemeinschaften durch Ständige Ausschüsse abgelöst und damit die interne Meinungsbildung im BDZ deutlich gestärkt. Gleichzeitig wird dem Anspruch der Mitglieder im Ruhestand Rechnung getragen, angemessen repräsentiert zu werden.

Die Seniorenvertretung versteht sich seit jeher als Anlaufstelle für die politischen Forderungen der Mitglieder im Ruhestand und ihrer Hinterbliebenen. Erklärtes Ziel ist es, den Anspruch auf aktive staatliche Fürsorge – auch im Ruhestand – einzulösen, drohende oder bereits eingetretene Benachteiligungen mit allen gewerkschaftlich verfügbaren Mitteln wirksam zu bekämpfen.

Durch die vielfältigen – in Teilen ressortübergreifenden – Strukturreformen, die mit Zuständigkeitswechseln und organisatorischen Verlagerungen einhergegangen sind, haben sich die Betreuungsbehörden immer weiter von den Pensionären und deren Hinterbliebenen entfernt.

Parallel wandeln sich nicht nur verwaltungsseitig Form und Gestaltung der

Medien. Die zunehmende Digitalisierung erfordert einen höheren Betreuungsbedarf bei Menschen, die keinen Zugang zum Internet und den neuen Techniken haben.

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses begreifen sich daher auch als Selbsthilfegemeinschaft für ältere Kolleginnen und Kollegen sowie deren Hinterbliebene. »Hilfe zur Selbsthilfe« erweist sich als tragfähiges Prinzip in schwierigen Alltagssituationen.

Innerhalb der Verwaltung steht der Fürsorgeaspekt nicht an erster Stelle. Nach zahlreichen Initiativen des BDZ wurde in einem ersten Schritt im Mai 2019 ein Betreuungskonzept in Kraft gesetzt. Die genannten Ansprechpersonen unterstützen alle ehemaligen Beschäftigten der Zollverwaltung (Beamtinnen und Beamte wie Tarifbeschäftigte). Die Generalzolldirektion sieht das Betreuungskonzept als ein wichtiges Handlungsfeld der Zollverwaltung an, das als Instrument einer neu ausgerichteten Fürsorge für die Beschäftigten im Ruhestand kontinuierlich fortentwickelt und verbessert werden soll.

Neben Informationen auf der Internetseite des BDZ erscheint vierteljährlich eine gesonderte Beilage im BDZ magazin, in der aktuelle seniorenpolitischen Fragen aufbereitet werden.

Mit der Arbeit des Ständigen Ausschusses versucht der BDZ die Lücken zu schließen, die bei praktizierter Fürsorgepflicht des Dienstherrn über die aktive Dienstzeit hinaus eigentlich nicht entstehen dürften.

Als Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) redet der BDZ auch in einer der führenden Interessenvertretungen der älteren Generationen in Deutschland mit.



Ständiger Ausschuss Senioren/Seniorinnen im BDZ

Jugend: Zukunft gewinnen

Die Jugendarbeit ist seit jeher ein fester Bestandteil des gewerkschaftlichen Lebens und damit ein aktiver Teil des BDZ. Die Jugendarbeit ist beständig strukturellen, aber auch inhaltlichen Veränderungen unterworfen, um den BDZ und seine Zielsetzungen attraktiv zu halten und sich den aktuellen Bedürfnissen der Nachwuchskräfte anzupassen. Daher ist neben anderen Bereichen eines der Ziele, die Präsenz der BDZ Jugend in den sozialen Medien zeitnah auszubauen und zu verbessern.

Die BDZ Jugend organisiert alle Mitglieder des BDZ unter 30 Jahren. Sie ist Mitglied der dbb jugend und vertritt dort die Interessen von Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten der Bundesfinanzverwaltung bis zum vollendeten 27. Lebensjahr.

Die BDZ Jugend gliedert sich wie der BDZ regional und setzt sich aus dem Ausschussvorsitzenden sowie Vertretern aller 15 Bezirksverbände zusammen. Somit ist die BDZ Jugend ein Netzwerk junger Kolleginnen und Kollegen innerhalb des BDZ als der größten Fachgewerkschaft für den Zoll- und Finanzbereich. In der Orga-



Jugend: Zukunft gewinnen

nisationsform eines Ständigen Ausschusses werden wichtige Themen in Tagungen, Besprechungen oder Projektgruppen diskutiert.

Die BDZ Jugend führt ein Jugend- und Gewerkschaftsleben nach eigener Ordnung mit selbständiger Geschäftsführung in allen Fragen der Jugend- und Gewerkschaftsarbeit. Sie berät die Organe des BDZ und wirkt insbesondere durch Stellungnahmen an der innergewerkschaftlichen Wil-

lenbildung des BDZ mit. Sie tritt unter Beachtung der Satzung des BDZ eigenständig nach innen und außen auf. Die Organe der BDZ Jugend sind der Bundesjugendtag, der Bundesjugendausschuss und die Bundesjugendleitung.

Anwärterinnen und Anwärtern stellt die BDZ Jugend die Broschüre »Zoll-Check« als Starthilfe kostenlos zur Verfügung. Sie umfasst anschauliche Erläuterungen zu den Bereichen Dienstrecht, Ausbildung und dem Personalvertretungsrecht.

Die BDZ Jugend organisiert regelmäßig Informationsveranstaltungen beim Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung und hält die jungen Beamtinnen und Beamten mit Neuigkeiten zu allen jugendbezogenen Themen auf dem aktuellen Stand.

Die Arbeit der BDZ Jugend wird zudem maßgeblich durch ihre Mitglieder in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen auf Orts-, Bezirks- und Bundesebene unterstützt.

Frauen: Gleichberechtigung tatsächlich leben

Im Oktober 1989 konstituierte sich die Arbeitsgemeinschaft Frauenvertretung des BDZ in Bonn. Die Teilnehmerinnen sahen ihre tägliche Arbeit als gleichwertiges Äquivalent zu den Leistungen der männlichen Kollegen an. Durch sachliche Diskussion und Fairness sollte eine Angleichung ohne Vorbehalte wegen des Geschlechts erfolgen.

wegs selbstverständlich. Frauen wurden erst spät integriert und nach wie vor besteht auch gewerkschaftlich Nachholbedarf.

Die Interessenvertretung der Frauen bedarf auch innerhalb des BDZ eines bundesweiten Netzwerks zum Erfahrungsaustausch und zur Mitgliederwerbung. Ziel ist, mehr Frauen anzusprechen, um so deren Mitgliederanteil im BDZ und in seinen Gremien weiter zu steigern.

Der Ständige Ausschuss Frauen im BDZ setzt sich aus den Vertreterinnen der Bezirksverbände des BDZ zusammen und vertritt die Interessen der derzeit mehr als 6.000 weiblichen Mitglieder im Hinblick auf alle frauenpolitisch relevanten Themen.

Die Frauen im BDZ engagieren sich für ein stärkeres Mitspracherecht sowohl im öffentlichen Dienst als auch im gesellschaftlichen und politischen Leben. Sie haben dabei Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen im Blick. Darüber hinaus stehen die demografische Entwicklung, Chancengleichheit bei der Bildung,



Ständiger Ausschuss Frauen im BDZ

Die Interessen der Frauen im BDZ werden heute von einem Ständigen Ausschuss vertreten. Diese Entwicklung der Frauenvertretung war im gewerkschaftlichen Vertretungsbereich der Bundesfinanzverwaltung keines-

Qualität der Kinderbetreuung, beruflicher Aufstieg, Entgeltgleichheit und Altersversorgung auf der Tagesordnung. Weiterhin besteht für den Ausschuss konkreter Handlungsbedarf beim Thema »Gender Budgeting«.

ein wesentliches Anliegen. Sie fordern deshalb nachdrücklich die Umsetzung des Bundesgleichstellungsgesetzes sowie der angrenzenden Rechtsgrundlagen ein.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern – am Arbeitsplatz, in der Politik und in der Sprache – war und ist den Frauen im Ständigen Ausschuss

Tarifbereich: Arbeitsplätze sichern und Lohngefüge verbessern

Mit der Bundeshauptversammlung im Jahr 1973 öffnet sich der BDZ für Angestellte und Arbeiter. Zunehmend finden diese Beschäftigten Zugang zu den Gremien des BDZ auf allen Ebenen. Eine Arbeitsgemeinschaft »Tarif« konstituierte sich im Jahr 2005. Heute gehören die Obleute für den Tarifbereich in den Bezirksverbänden und der Ständige Ausschuss Tarif unveränderlich zur Struktur des BDZ.



Ständiger Ausschuss Tarifbeschäftigte im BDZ

Im Laufe der Jahrzehnte ist das Tarifrecht erheblichen Veränderungen unterworfen. Nachfolger des Bundesangestelltentarifs (BAT) wird der

Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), der von der damaligen dbb tarifunion als eine der gewerkschaftlichen Verhandlungspartnerinnen maßgeblich mitgestaltet und ausgehandelt wird. Gerade im Prozess der Neugestaltung des Tarifrechts zeigte sich, wie wichtig eine wirkungsvolle gewerkschaftliche Interessenvertretung für die Beschäftigten ist. Die Bündelung gemeinsamer Interessen führte auch unter schwierigen Rahmenbedingungen zu bestmöglichen Ergebnissen.

In der Tarifpolitik stehen Lohnforderungen, Arbeitsplatzsicherung und die betriebliche Zusatzversorgung im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aufgaben. Innerhalb der Bundesfinanzverwaltung ist daher ein Netzwerk der Tarifbeschäftigten notwendig, um den Rechten, Interessen und der beruflichen Entwicklung dieser Beschäftigtenengruppe den Nachdruck zu verleihen, den sie verdient.

Aufgrund der stark hoheitlichen Aufgabenstruktur ist die Bundesfinanzverwaltung überwiegend beamtenrechtlich geprägt. Ein vorrangiges Anliegen des Ständigen Ausschusses

ist es daher, dass auch den Tarifbeschäftigten im Rahmen ihrer beruflichen Qualifikation Perspektiven aufgezeigt und in einem gesonderten Qualifizierungskonzept angeboten werden.

Tarifverhandlungen zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und den Gewerkschaften gehören gewerkschaftlich zum Alltagsgeschäft. Eine der Kernaufgaben des Ständigen Ausschusses ist es, in Vorbereitung der jeweiligen Tarifrunden eine eigenständige Positionierung vorzulegen.

Regelmäßig erstellt der Ständige Ausschuss »Tarifbeschäftigte im BDZ« einen an die jeweils aktuellen Entgeltabschlüsse angepassten Flyer »Gehaltstabelle Tarif«.

Für die Tarifbeschäftigten der Zollverwaltung wurde ein Tarifcheck erarbeitet. In Anbetracht der exorbitanten externen Einstellungen im Zollbereich stellt der Tarifcheck eine gute Grundlage zur Gewinnung neuer Mitglieder dar. Ein gleichartiges Informationsblatt für den Bereich des Bundeszentralamts für Steuern (BZSt) und für das Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund) ist in Arbeit.



75 Jahre im Dienst der Mitglieder

75 Jahre im Dienst der Mitglieder

Ob in Hamburg, Bonn oder Berlin – die Bundesgeschäftsstelle erbringt seit Bestehen des BDZ die zentralen Dienstleistungen und leistet das operative Geschäft im Dialog mit Politik, Verwaltung und anderen Gewerkschaften. Die Verlegung des Sitzes der Bundesgeschäftsstelle folgt zeitgeschichtlichen Veränderungen. Vom Gründungsort Hamburg sucht die Spitze des BDZ die Nähe zu Politik und Verwaltung und so beschließt die Bundeshauptversammlung im Jahr 1973 den Umzug in die damalige Bundeshauptstadt Bonn. Folgerichtig ist im Jahr 2001 der Umzug nach Berlin – in das neue Zentrum des politischen Geschehens – erfolgt.

Die nicht enden wollenden Veränderungen der Verwaltung in fachlicher wie organisatorischer Hinsicht und die Zuweisung weiterer neuer Aufgaben sind auch für die gewerkschaftliche Arbeit eine große Herausforderung – insbesondere auf der Ortsebene. Beispielhaft sei hier nur an die Gründung der Generalzolldirektion im Jahre 2016 erinnert.

Eine besondere Erschwernis – von bisher nicht gekannter Art – stellt die



Der BDZ Bundesvorsitzende und die Bundesgeschäftsstelle des BDZ

zu Ende gehende Corona-Pandemie mit ihren starken Einschränkungen im privaten wie beruflichen Bereich für die gesamte Bevölkerung dar.

Politische Kontakte werden für eine effiziente und erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit immer wichtiger. Es bedurfte vieler Gespräche mit Abge-

ordneten und mit den Fraktionen sowie konstruktiver Teilnahmen an Anhörungen des Deutschen Bundestages, um den BDZ selbst und die durch ihn vertretenen Verwaltungsbereiche hinreichend bekannt zu machen. Inzwischen wird der BDZ im politischen Raum als ein verlässlicher und kompetenter Ansprechpartner angesehen.

Die steigenden Mitgliederzahlen lassen darauf schließen, dass der eingeschlagene Weg richtig und zielführend ist. Um die damit einhergehenden steigenden Anforderungen im Tagesgeschäft – etwa die Vorbereitung der Bundesleitung und die Durchführung besonderer Veranstaltungen – weiterhin bestmöglich bewältigen zu können, wurde die Bundesgeschäftsstelle neu strukturiert. Unser Dank und unsere Anerkennung hierfür gebühren den Beschäftigten.

Parallel werden die Dienstleistungen den Bedürfnissen und Anforderungen der Zeit angepasst. Seit seiner ersten Ausgabe im Jahre 1948 bietet das »BDZ magazin« Informationen aus erster Hand. Das Interesse an unserer Mitgliederzeitschrift ist weiterhin ungebrochen. In einer modernen Optik präsentieren sich die BDZ-Themen gemeinsam mit dem dbb-Teil seit 1999. Neben den gewerkschaftlichen Themen wird im Fachteil zöllnerischer Sachverstand auf wissenschaftlichem Niveau vermittelt. Weitere Informationsquellen für unsere Mitglieder sind das Taschenbuch für den Zolldienst (Zollkalender), Broschüren sowie seit 1998 die BDZ-eigene Webseite, das Internet und seit 2007 das Intranet.

Die Rechtsschutzgewährung hat im Laufe der Zeit Veränderungen erfahren. Die Dienstleistungszentren des dbb mit ihren auf das öffentliche Dienstrecht spezialisierten Anwälten nehmen die Mandate auch unserer Mitglieder wahr und führen die überwiegend verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Unabhängig vom Beratungs- und Verfahrensrechtsschutz findet eine umfassende und zeitnahe Beratung der Mitglieder auch durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle statt. Die Gliederungen des BDZ werden ebenfalls beraten und mit erforderlichen Informationen versorgt. Dabei sind der enge Kontakt und die Einbindung der Personalräte mit ihren BDZ-Mehrheiten wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil.

Ein Markenzeichen des BDZ sind seit jeher die Bildungsangebote, durch die alle Mitglieder an zahlreichen interessanten Seminaren und Schulungen teilhaben können. Der BDZ stützt sich dabei neben den eigenen Fortbildungsveranstaltungen auf das hervorragende Angebot der dbb akademie.

Für die im aktiven Dienst- und Arbeitsverhältnis stehenden Mitglieder hat der BDZ mit Wirkung ab 1. Mai 2007 eine Gruppen-Diensthaftpflicht-Versicherung bei der DBV-Winterthur abgeschlossen. Mitglieder können zudem von vergünstigten Leistungen der DBV-Winterthur-Versicherungen profitieren.

Als Mitgliedsgewerkschaft des dbb bietet der BDZ seinen Mitgliedern fer-

ner Vorteile beim dbb vorsorgewerk. Dieses Angebot sichert besonders günstige Konditionen mit qualifizierter Beratung.

Seit 2021 kooperiert Swiss Life Select mit dem BDZ. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit stellt Swiss Life Select den Beschäftigten in der Bundesfinanzverwaltung passende Vorsorgeprodukte sowie viele Mitgliedsvorteile vor, die das dbb vorsorgewerk mit seinen Kooperationspartnern vereinbart hat.

Mitglieder im BDZ haben die Möglichkeit, Kundin oder Kunde bei der BBBank zu werden. Sie bietet BDZ-Mitgliedern gute Konditionen sowohl für ein Girokonto und Geldanlagen als auch bei Darlehen.

Zu günstigen Preisen können eigene Publikationen sowie Bücher und Broschüren des dbb erworben werden. Über die dbb vorteilswelt (www.dbb-vorteilswelt.de) profitieren unsere Mitglieder von besonders günstigen und leistungsstarken Mehrwertangeboten. Sie haben u. a. Zugang zu einem Online-Einkaufsportale mit Rabatten für über 350 Markenshops und Sparmöglichkeiten von bis zu 80 Prozent.

Impressum

Herausgeber:

Bundesleitung des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Friedrichstraße 169
10117 Berlin
Telefon: 030 / 4081-66 00
Telefax: 030 / 4081-66 33
E-Mail: post@bdz.eu
www.bdz.eu

Redaktion:

Peter Link (Text), Dieter Dewes

Bildnachweis:

S. 4 © Bundesministerium der Finanzen/Photothek; S. 6, 84, 93 rechts oben und rechts unten © Marco Urban; S. 76, 79, 80 © Berndt A. Skott; S. 85 links oben © Friedhelm Windmüller; S. 86 © dbb; S. 87 © Bundestag; S. 106 © Jürgen Pätow; übrige © BDZ

Gestaltung:

DBB Verlag GmbH
Friedrichstraße 165
10117 Berlin
www.dbbverlag.de

Druck:

Druckhaus Sportflieger
Sportfliegerstraße 7
12487 Berlin
www.druckhaus-sportflieger.de